

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Konservatismus

Mariam Lau

WAS HEIßT HEUTE
„KONSERVATIV“?

Martina Steber

KLEINE GESCHICHTE
DES KONSERVATISMUS
IN DEUTSCHLAND

Thomas Biebricher

KRISE DES KONSERVATISMUS –
KRISE DER DEMOKRATIE?

Christian Stecker · Ursula Münch

VOM NUTZEN UND SCHADEN
DER „BRANDMAUER“.
ZWEI PERSPEKTIVEN

Marco Bitschman


LINKSKONSERVATISMUS ALS
INKORPORATIONSGEFÜGE

Annett Meiritz · Juliane Schäuble

KONSERVATIVER FEMINISMUS
IN DEN USA

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DAS PARLAMENT

Konservatismus

APuZ 6-9/2026

MARIAM LAU

WAS HEIßT HEUTE „KONSERVATIV“?

Das Etikett „konservativ“ hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich, auch und gerade in der bundesdeutschen Politik. Insbesondere die Unionsparteien ringen derzeit um den richtigen Kurs zwischen linksliberaler Herausforderung und autoritärer Zumutung.

Seite 04–09

MARTINA STEBER

KLEINE GESCHICHTE DES KONSERVATISMUS IN DEUTSCHLAND

Die Geschichte des Konservatismus in Deutschland ist auch eine Geschichte des Widerstreits zwischen gemäßigten und radikalen Traditionen. Dass sich Letztere neuerdings wieder lautstark bemerkbar machen, ist weder sonderlich überraschend noch alternativlos.

Seite 10–17

THOMAS BIEBRICHER

KRISE DES KONSERVATISMUS – KRISE DER DEMOKRATIE?

Mangelnder Wählerzuspruch, Selbstradikalisierung und der Versuch, Rechtsaußenparteien einzubinden, gefährden den Konservatismus – und damit indirekt auch die liberale Demokratie. Dabei käme es gerade jetzt darauf an, die Potenziale des Konservatismus klüger zu nutzen.

Seite 18–23

CHRISTIAN STECKER · URSULA MÜNCH

VOM NUTZEN UND SCHADEN DER „BRANDMAUER“

Wie in anderen europäischen Demokratien wird auch in Deutschland kontrovers über den Umgang konservativer Parteien mit rechtspopulistischen Akteuren diskutiert. Zwei Perspektiven zu den demokratischen Kosten von Abgrenzung und Kooperation.

Seite 24–34

MARCO BITSCHNAU

LINKSKONSERVATISMUS ALS INKORPORATIONSGEFÜGE

Konservatives Denken kann mit linken Positionen harmonisieren, allerdings weniger in Form einer Synthese als in der einer Inkorporation. Durch das Nutzbarmachen konservativer Werte, Strukturen und Ziele können linke Projekte reibungsärmer verwirklicht werden.

Seite 35–40

ANNETT MEIRITZ · JULIANE SCHÄUBLE

KONSERVATIVER FEMINISMUS IN DEN USA

Die konservative Frauenbewegung in den USA ist kein neues Phänomen, hat mit den beiden Präsidentschaften Donald Trumps aber erheblich an Schwung gewonnen. Sie ist emanzipatorisch in der Form und konservativ im Ergebnis – und vielleicht auch ein Menetekel für Europa.

Seite 41–46

EDITORIAL

Das Verhältnis des Konservatismus zur Moderne ist ebenso wechselhaft wie vielschichtig. Entstanden als heterogene und bisweilen diffuse Gegenbewegung zu den Ideen der Aufklärung, hat sich der Konservatismus seit dem 18. Jahrhundert zu einer zentralen politischen Strömung der westlichen Welt entwickelt. Während er im Vereinigten Königreich oder in Frankreich vergleichsweise rasch zum mitunter skeptischen, aber stützenden Begleiter der sich demokratisierenden Gesellschaften wurde, taten sich Konservative in Deutschland deutlich schwerer mit einer konstruktiven Unterstützung des Wandels.

In der Entwicklung des deutschen Konservatismus spiegeln sich die historischen Brüche der deutschen Staats- und Nationsbildung; seine Geschichte ist vom Ringen zwischen gemäßigt-demokratischen und radikal-autoritären Positionen geprägt. Dem gemäßigten Konservatismus geht es um die Bewahrung des Bewährten, um die Verteidigung einer als natürlich verstandenen Ordnung, um die Erhaltung eines als schützenswert erkannten Zustands. Revolutionäre Neuerungen sind ihm fremd, schrittweise Veränderungen und Reformen sollen auf dem Bewährten aufbauen. Mit den heute vielerorts von der radikalen Rechten geforderten Disruptionen, mit der Lust am Umsturz, hat diese Form konservativen Denkens wenig bis nichts gemein. Dass die autoritäre Rechte die gemäßigt konservativen Parteien zu ihren Hauptgegnern erklärt hat, ist daher folgerichtig. Ihr Erstarken bringt nicht nur Gefahren für die liberale Demokratie mit sich, sondern auch für den Konservatismus selbst.

Im Ringen um die Zukunft der Demokratie kommt in Deutschland den Unionsparteien, die nach 1945 die Errichtung und Konsolidierung der Demokratie maßgeblich geprägt haben, eine besondere Rolle zu. Nur sie können dem rechtsautoritären Niedergangsnarrativ eine christlich-konservativ grundierte Politik entgegensetzen, die jene Teile der Gesellschaft anspricht, die sich von den Krisen der Gegenwart überfordert fühlen und der Demokratie abhanden zu geraten drohen. Dass ausgerechnet der Konservatismus die liberale Demokratie vor ihren Gegnern retten soll, ist im deutschen Kontext eine interessante Pointe der Geschichte.

Sascha Kneip

ESSAY

WAS HEIßT HEUTE „KONSERVATIV“?

Die bürgerliche Mitte im Strudel der Zeit

Mariam Lau

Die Karriere des Wortes „konservativ“ in Kreisen der bürgerlichen Mitte ist verblüffend wechselhaft. Wer beispielsweise in den frühen 2000er Jahren schrieb, Friedrich Merz sei „konservativ“, erhielt sehr schnell einen Anruf aus dessen Büro. Also *das* sei Merz nun ganz sicher nicht. Dieses Etikett sei vielmehr längst zu einem Kampfbegriff des politischen Gegners geworden, mit dem die Union als reformorientierte Partei verunglimpft werden solle. Die Zuschreibung wurde als unpassend, als geradezu gefährlich empfunden. Sogar die Autoren des 2007 in der Union Furore machenden Manifests „Moderner bürgerlicher Konservatismus“ beeilten sich zu versichern, man sei „konservativ im Geiste, progressiv im Herzen“.⁰¹ Merz wollte damals als neoliberaler Modernisierer gesehen werden, als Herausforderer des „Systems Kohl“ – fest untergehakt übrigens mit einer gewissen Angela Merkel.

Das ist heute ganz anders. Das Wort „neoliberal“ ist inzwischen ein Schimpfwort. Niemand möchte mehr so genannt werden, nicht einmal Christian Lindner.

BEWAHRENSWERTES

„Konservativ“ hingegen ist inzwischen fast zu einer Auszeichnung geworden, zu etwas Kostbarem, das Schutz verdient. Der Gedanke, dass liberale Demokratien nicht ohne eine starke rechte Mitte überleben können, ist inzwischen weitgehend Allgemeingut geworden. Konservative Parteien, so sagt es der Politologe Thomas Biebricher, „sind entscheidend dafür, wie sich gesellschaftlicher Wandel vollzieht. Ob Neuerungen als Bedrohungen und Gefahr wahrgenommen und ob dann Ressentiments gegen Minderheiten geschürt werden. Hat man eine Atmosphäre, in der alles hyperpolitisiert ist – oder gibt es Konservative, die den Wandel skeptisch, aber konstruktiv begleiten?“⁰² Es werde keine sozialökologische Transformation der Marktwirtschaft geben, ohne dass die Konser-

vativen mit im Boot sind. Dasselbe gelte für eine moderne Migrationspolitik.

„Konservativ“, so sagt Friedrich Merz selbst bei einem Gespräch Anfang 2025 im bayerischen Seeon, „ist eine Lebenshaltung: nicht ständig auf der Suche nach etwas Neuem und nach Aufstand und Revolution zu sein, sondern vielleicht auch einmal das schätzen zu lernen, was man hat. Es anzunehmen und letztlich auch so zu verändern, dass man nicht gleich den Tisch mit allen Gläsern umwirft. Mit einer gewissen Skepsis offen für Neues sein. Respektvoll im Umgang mit anderen Menschen und anderen Meinungen. Ich bin von meinen Reisen zum Beispiel immer gerne wieder nach Hause gekommen. Aber ich bin dann auch immer gerne wieder losgefahren. Diese Ambivalenz zwischen Nähe und Ferne, zwischen Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, die hat mir immer gut gefallen.“

Was der CDU-Vorsitzende hier mit wenigen Pinselstrichen andeutet, macht schon klar, wie sich die politische Kulisse für den Konservatismus in den vergangenen zwanzig Jahren verändert hat. Der grundsätzlich optimistische, zuversichtliche Ton, das Gefühl für das, was man tut (und was eben nicht), die Abwesenheit eines Feindbildes – all das ist unter rechten Parteien der Gegenwart inzwischen eine Seltenheit.

Einst Feindbild in der Ära rot-grüner Hegemonie der späten 1990er und frühen 2000er Jahre, muss sich die rechte Mitte, wie Friedrich Merz und die CDU sie verkörpern, heute so sehr wie nie zuvor Angriffen von rechts außen erwehren. Parteien wie Donald Trumps MAGA-Republikaner oder die Tories in Großbritannien haben längst das Bewahrende abgestreift und wollen „den Tisch mit allen Gläsern umwerfen“, wie Merz sagt, wollen Revolution und Disruption. Ein bisschen davon, ein bisschen Disruption möchte Merz natürlich auch. Wer ihn je über die Plastikflaschenverordnung der EU hat wüten hören, wer ihn je hat rufen

hören: „Ab Tag eins meiner Kanzlerschaft werde ich ...“ – der kann den Impuls spüren.

Gleichwohl sind die Konservativen – jedenfalls die, die sich als Bewahrer der liberalen Demokratie verstehen – inzwischen explizit zum Feindbild der äußersten Rechten geworden. Kaum je wird das in amtlichen Dokumenten so explizit formuliert wie in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der US-Administration. Dort ist die Rede von Europas „zivilisatorischer Selbstauslöschung“ durch Migrationspolitik, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und dem Verlust nationaler Identität und „zivilisatorischen Selbstvertrauens“.⁰³

Zwei Konzepte von Zivilisation treffen hier aufeinander: ein christlich-weißes-nationales und ein universalistisch-pluralistisch-liberales. Ausdrücklich wird in der NSS den „patriotischen Parteien“ versprochen, man werde „den Widerstand“ gegen Europas fehlgeleitete Richtung fördern.⁰⁴

SPANNUNGEN

Tritt man einen Schritt zurück, beschreibt Merz in seinem Statement aber eine Spannung, die dem Konservatismus auch ohne seine neuen Feinde von rechts schon immer innewohnte. Der Konservatismus trat nach der Französischen Revolution zwar als Gegner des Liberalismus auf den Plan, überlebte aber in der Moderne, indem er mit ihm kooperierte – und nach 1945 fast immer und überall dominierte.

Die Reserven gegenüber der Demokratie haben Konservative dabei nie ganz abschütteln können, allerdings ist keine Demokratie lebensfähig, die von der Rechten nicht akzeptiert und gestützt wird. „So verwirrend das klingt“, schreibt der Autor Edmund Fawcett in seiner fabelhaften Geschichte des Konservatismus, „die Konservativen haben eine liberale, moderne Welt geschaffen und zu beherrschen gelernt, in der sie niemals ganz zu

Hause sein können.“⁰⁵ Denn wie sich das Beharren auf Traditionen und Heimatverbundenheit mit der kreativen Zerstörung vertragen, ohne die es keinen Wohlstand und keine freie Marktwirtschaft gibt, ist eine offene Frage.

Konservative misstrauen dem Gleichheitsgedanken und glauben nicht erst seit Friedrich Nietzsche, dass die Liberalen sich da etwas in die Tasche lügen. Dass Leute sich unterscheiden – und dass Respekt oder öffentliche Anerkennung an Leistung, Verdienst und hergebrachte Autorität geknüpft sein müssen. In der Auseinandersetzung über das Bürgergeld im Wahlkampf 2025 konnte man hören, wie viel dieser Gedanke in der CDU noch zählt. Dass die Sozialdemokraten gerade in ihren früheren Hochburgen im Ruhrgebiet so viele Stimmen an die AfD verlieren, erklärt man sich im bürgerlichen Lager neben der Migrationspolitik auch damit, dass ihr der Respekt für Leistung verloren gegangen sei.

Inzwischen finden die Schriften des Soziologen Andreas Reckwitz an der Parteispitze der deutschen Konservativen große Resonanz. Die leise Melancholie, die über dessen Befunden zu Singularisierung und Verlusterfahrung schwebt, teilt Friedrich Merz in Maßen auch, wendet sie aber als erstes gegen den politischen Gegner: „Wir haben es mit einer Krise des übertriebenen und die Gesellschaft spaltenden Liberalismus zu tun. Gerade deshalb bleibt die Soziale Marktwirtschaft jedem anderen System überlegen.“⁰⁶

Aber geht die Verlusterfahrung da nicht längst drüber hinaus? Nicht nur Siemens und VW schwächeln. Inseln versinken, Ordnungen zerfallen, Gletscher schmelzen, Arten sterben, die Zahl der Modernisierungsverlierer steigt, während sich das „Verlustunternehmertum“ in Gestalt von AfD und BSW breit macht. Die Pandemie mit Millionen Todesopfern weltweit hat gerade einer alternden Gesellschaft ihre Verletzlichkeit unter die Nase gerieben. In dieser Lage würden die „Progressiven“, so schreibt Reckwitz, zwangsläufig zu Konservativen, die sich den Schutz des erreichten Fortschritts zu einer zentralen Aufgabe machen. „Dies ist kein klassischer Konservatismus mehr“, so Reckwitz,

01 Stefan Mappus/Markus Söder/Philipp Mißfelder/Hendrik Wüst, *Moderner bürgerlicher Konservatismus – Warum die Union wieder mehr an ihre Wurzeln denken muss*, 6.9.2007, www.welt.de/politik/article1163132.

02 „Ohne Konservative wird es keine ökologische Transformation geben.“ Interview mit Thomas Biebricher, in: *Die Zeit* 16/2023, S. 5.

03 Vgl. National Security Strategy, November 2025, www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf.

04 Vgl. ebd., S. 27.

05 Edmund Fawcett, *Conservatism. The Fight for a Tradition*, Princeton 2020, S. 7 (eigene Übersetzung).

06 „Wir können in dieser Krise nicht allein helfen.“ Interview mit Friedrich Merz, 2.5.2020, www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/friedrich-merz-coronavirus-politik-wissenschaft-massnahmen-pandemie.

„dem es um die Bewahrung des Vormodernen ging, denn nun geht es darum, die Errungenschaften der Moderne selbst zu bewahren.“⁰⁷

Merz redet lieber über Fusionsreaktoren als über versinkende Inseln. „Wir sind nicht im Alarismus unterwegs“, hat er oft über die Grünen gespottet. „Die Welt geht auch morgen nicht unter.“⁰⁸ Aber natürlich hat auch Friedrich Merz die Tragik des Konservatismus erlebt, der immer erst auf den Plan tritt, wenn etwas schon halb verloren und im Begriff ist, zu verschwinden. Wer „Leitkultur“ sagen muss, um den Händedruck zu bewahren, weiß auch, dass er vermutlich nicht mehr zu retten ist.

KONSERVATIVE NEUERFINDUNG?

„Gute Laune, Optimismus und keinen Hauch Ressentiment“ – so möchte der Mainzer Historiker Andreas Rödder (Jahrgang 1967) seinen Konservatismus verstanden wissen. Nicht viele Intellektuelle finden den Weg zur CDU. Rödder, ein Kind des ländlich-katholischen Siegerlands, will ihr wieder zu bürgerlichem Selbstbewusstsein und einer geistig-moralischen Spannkraft verhelfen. Er hat, auf Bitten von Friedrich Merz, mit am neuen Grundsatzprogramm der Partei geschrieben, er will die CDU herausholen aus dem, was er mit einigem Groll den „richtungslosen Pragmatismus“, die „soft-grüne Anpassung“ der Merkel-Ära, die inzwischen beendete Zeit der „grünen Hegemonie“ genannt hat. Wer wissen will, wie sich eine der letzten europäischen Volksparteien der rechten Mitte im Sturm der weltweiten Radikalisierung des Konservativen in den USA und anderswo behauptet, sollte Andreas Rödder im Auge behalten.

Die Union müsse mehr tun als lediglich „Probleme lösen“, schrieb Rödder im Frühjahr 2025 in einem Essay über die „konservative Neuerfindung“.⁰⁹ Vielmehr brauche sie eine eigene Idee, die sich sowohl von „grüner Ideologie als auch gegenüber neurechten Narrativen“ abhebe.

CDU-Parteifreunden, die sich in der Mitte eigentlich ganz wohl fühlen, vergeht die gute Laune allerdings schlagartig, wenn man Rödders Namen

nennt. Im „Spiegel“-Essay schreibt er, die „Brandmauer“ gegen die AfD sei „die goldene Fessel, mit der die rot-grüne Linke die Union in die Gefangenschaft ihrer Deutungshoheit nimmt“, ihre Zurückweisung daher für die CDU existenziell. Weder mit linker noch mit rechter „Identitätspolitik“ solle die Union sich gemein machen.

Das war auch genau die Losung, die Friedrich Merz im Januar vor der Bundestagswahl 2025 und vor der gemeinsamen Abstimmung über seine Migrationswende mit der AfD ausgegeben hatte: „Ich gucke nicht nach rechts, ich gucke nicht nach links. Ich gucke in diesen Fragen nur geradeaus.“ Das magere Wahlergebnis von 28,5 Prozent, das die Union nach diesem Manöver einfuhr, wurde inzwischen in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) auch dieser gemeinsamen Abstimmung zur Last gelegt.¹⁰

Was Rödders inneren politischen Pantheon betrifft, so begegnen einem dort vor allem drei Figuren: der junge Helmut Kohl, der in den 1970er Jahren noch als Rebell mit Rollkragenpullover und Pfeife die Honoratiorenpartei CDU aufmischte, gegen das damalige „Establishment“; sein Doktorvater, der Historiker Eberhard Jäckel, „ein Sozialdemokrat und Gentleman“; und Abraham Lincoln, jener US-Präsident, der für die Abschaffung der Sklaverei sein Leben aufs Spiel gesetzt habe. Rödder sagt, das sei immer sein Lackmustest: „Wärst du im ‚Team Lincoln‘, wenn es darauf ankommt?“

Rödder hat genau vor Augen, wie breite Teile der US-Republikaner mit ihrem Kulturkampf zu einem Teil der destruktiven Kraft geworden sind, die dann am 6. Januar 2021 zum Sturm auf das Kapitol trommelte. Aber er hält eben, wie viele seiner amerikanischen Gesprächspartner, die Ideologie der Wokeness für eine mindestens genauso große Gefahr. In diesem Punkt kann er der Rede, die der amerikanische Vizepräsident JD Vance in München gehalten hat, durchaus zustimmen. „Die Kulturkämpfe sind real“, so Rödder, „auf der Sicherheitskonferenz ebenso wie bei den Demos ‚gegen rechts‘. Die Devise für politische Führung der Union muss daher lauten: Kulturkämpfe anerkennen, um sie zu überwinden, nach links und nach rechts.“¹¹

⁰⁷ Andreas Reckwitz, *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*, Berlin 2024, S. 421.

⁰⁸ ARD Morgenmagazin, 27.4.2023, www.youtube.com/watch?v=yvIvTkdYx30.

⁰⁹ Andreas Rödder, *Die konservative Neuerfindung des Westens*, in: *Der Spiegel* 13/2025, S. 60.

¹⁰ Vgl. Dominik Hirndorf, *Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2025*, Konrad-Adenauer-Stiftung, www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2025.

¹¹ Rödder (Anm. 9).

Einer breiteren deutschen Öffentlichkeit wurde der Historiker bekannt durch die Tagung „Wokes Deutschland – Identitätspolitik als Bedrohung unserer Freiheit?“ im November 2022 in Berlin. Organisiert von „R21“, einem Thinktank, den Rödder zusammen mit der früheren CDU-Familienministerin Kristina Schröder gegründet hat, versammelte die Tagung Referenten wie die Kulturwissenschaftlerin Susanne Schröter, die „Chefreporterin Freiheit“ Anna Schneider von der „Welt“, den Psychologen Ahmad Mansour, die FDP-Politikerin Linda Teuteberg oder die Journalistin Judith Sevinç Basad, die bei der „Bild“ aus Protest gegen das vermeintliche Einknicken ausgerechnet der Springer-Verlagsleitung gegenüber der „woken Bewegung“ gekündigt hatte. Man war sich einig: Die Meinungsfreiheit in Deutschland sei akut bedroht – und die CDU merke es nicht einmal mehr.

2018 hatten Merz und Rödder, am Anfang vom Ende der Ära Merkel, das erste Mal telefoniert. Die Kanzlerin hatte den Parteivorsitz abgeben müssen. Merz war sofort aus dem Off auf die Bühne gesprungen, kandidierte – und unterlag, vorerst, gegen das, was er und Rödder gern „das Establishment“ der CDU nannten. Ein Hauch von Umsturz lag in der Luft. Jetzt ist Friedrich Merz unzweifelhaft selbst das „Establishment“. Über die Partei, die der politische Gegner gelegentlich die „Merz-CDU“ nennt, sagte Kristina Schröder, Rödders Mitstreiterin vom Thinktank R21, in den ersten Tagen der schwarz-roten Bundesregierung, das sei inzwischen „viel mehr unsere CDU als sie es in den letzten zwanzig Jahren war“.

REALITÄTSSCHOCK

So klingt es in der „Merz-CDU“ inzwischen nicht mehr. Weder mache Merz eine konservative Gesellschafts- noch eine liberale Wirtschaftspolitik, was man zum Beispiel an der Auseinandersetzung um die potenzielle Verfassungsrichterin Frauke Brosius-Gersdorf oder an den „sozialdemokratischen“ Entscheidungen zu riesigen Schulden und der Haltelinie bei der Rente ablesen könne. Auch sei weder das Selbstbestimmungsgesetz noch die Cannabis-Freigabe abgeschafft worden. Schlimmstes Schimpfwort: Merz „merkelt“, er verwandele sich zusehends in die Altkanzlerin, die jahrelang der Sozialdemokratie die Themen weggenommen und den eigenen konservativen Markenkern aufgegeben habe.

Merz selbst scheint in der Tat verblüffend unideologisch. Sein Konservatismus kommt weitge-

hend ohne Kulturkampf aus. Bei einem Empfang zum 25. Geburtstag der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) im Herbst 2023 spielte sich eine Szene ab, die einigen der Anwesenden die Sprache verschlug. Es hatte Canapés und Schampus gegeben, und eine aufblasbare, goldene „25“ thronte auf der Bühne. Der Weg bis zur Anerkennung als offizielle Vereinigung der CDU – auf Augenhöhe mit der Senioren- und der Frauen-Union oder den Vertriebenen – war lang und steinig. Noch 2020 hatte der um den Parteivorsitz kämpfende Merz auf die Frage, ob er sich einen schwulen Kanzler vorstellen könne, eine frostige Antwort gegeben: „Solange sich das im Rahmen der Gesetze bewegt“, so Merz, „und solange es nicht Kinder betrifft – an der Stelle ist für mich allerdings eine absolute Grenze erreicht –, ist das kein Thema für die öffentliche Diskussion.“ Die Assoziation von Homosexualität mit Pädophilie war für die LSU ein verbaler Schlag in die Magengrube. Das Coming-out des früheren Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) hatte Merz 2001 mit der Bemerkung pariert: „Solange er sich mir nicht nähert, ist mir das egal.“

Doch hier nun, bei der Feierstunde im Konrad-Adenauer-Haus, stand Merz mit Mikrofon an die Bühnenwand gelehnt und schlug einen völlig anderen Ton an. Das Frostige war einer selbstironischen Heiterkeit gewichen. „Wir [die CDU und die LSU] haben zu lange in wilder Ehe gelebt“, so Merz. „Wir waren zu lange nur verpartnert.“ Inzwischen sei es längst Teil der CDU-Grundüberzeugungen, dass auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften christliche Werte gelebt würden. Dann hob er auch noch zur Selbstrevision an, stand ernst und sogar ein wenig demütig da – wie jemand, der die eigene innere Hartschale eigentlich gar nicht so ungern abgeworfen hat. „Auch ich habe gelernt, die Dinge anders zu sehen. Ich kann mir vorstellen, wie Ihnen zumute war in Zeiten mangelnder Anerkennung. Das muss weh getan haben, geradezu brutal geklungen haben.“ Anerkennung müsse homosexuellen Paaren auch dann zukommen, „wenn sie Kinder adoptieren“. Der Applaus war herzlich – und verblüfft. Sprachlos schauten sich die Gäste im Publikum an. Dieser einfühlsame, lässig angelehnte Nachbar – das soll Friedrich Merz sein, Schreck der Frauen und Schwulen und Ausländer und Minderheiten aller Art? Dass es sich bei Merz’ Statement nicht um den Versuch billiger Ranschmeiße handelte, merkte man wenige Sätze später. Da nämlich erklärte der Parteichef,

man sei jetzt keineswegs in allen Fragen ein Herz und eine Seele. Er, Merz, bleibe beispielsweise bei seiner Ablehnung der Aufnahme eines Verbots sexueller Diskriminierung ins Grundgesetz. Das werde damit überfrachtet.

In einem Telefonat wenige Tage nach der Veranstaltung sagte Merz, er sei „viel offener und liberaler als viele meinen“. Als Oppositionsführer müsse er gelegentlich zuspitzen, nur so kämen die notwendigen Diskussionen in Gang. Er achte allerdings mehr denn je darauf, selbst bei „hinreichend großer Boshaftigkeit nicht missverstanden“ zu werden. Am gleichen Abend berief sich derselbe Merz im „Bericht aus Berlin“ wohlwollend auf den Autor und früheren SPD-Politiker Thilo Sarrazin, der mit seinen ins Soziogenetische ausgreifenden Thesen über die „Gemüsehändler und Kopftuchmädchen“ eine damals ganz neue Härte und Feindseligkeit in die Integrationsdebatte gebracht hatte. Waren diese Schwankungen im Auftreten Betriebsunfälle – oder Absicht? Wie kam Merz vom „Offenen und Liberalen“ zum Abweisenden und Ausgrenzenden? War Friedrich Merz’ Selbstbeschreibung so zu verstehen, dass der wahre Merz der oben beschriebene Liberale war, während er den scharfzüngigen Oppositionsführer, der auch mal zulangt, nur zwangsweise gab?

Ein Ratschlag des US-Radiomoderators Bernard Meltzer an seine Hörer lautete einst: „Before you speak, ask yourself: Is it necessary? Is it true? Is it kind? If the answer is no, then what you were about to say should better be left unsaid.“¹² Mit dem Begriff „konservativ“ verbinden viele als allererstes einen bestimmten Habitus: Höflichkeit, Aufrichtigkeit, Prinzipientreue und einen manierlichen Anzug. Ein Gefühl dafür, was sich gehört und was nicht. Der feste Händedruck. Pünktlichkeit. Nicht aufs Handy schauen im persönlichen Gespräch. Eine Abneigung gegenüber dem Schril-len und Lauten, gegenüber dem Unernst ebenso wie gegenüber der Utopie oder dem Universalismus. „Wenn jeder dein Bruder ist, bist du ein Einzelkind“, sagen die Politologen Stephen Holmes und Ivan Krastev.¹³ Vielleicht gehört auch eine ge-

wisse Melancholie dazu, die daher rührt, dass man menschliche Abgründe und Scheitern nicht wegorganisieren zu können glaubt.

Natürlich muss der Vorsitzende einer konservativen Partei Dinge sagen dürfen, die „rechts“ sind. Das Misstrauen der CDU gegen NGOs, die sich – mit zum Teil erheblicher staatlicher Unterstützung – dem Kampf „gegen rechts“ verschrieben haben und dabei auch explizit Merz und die Christdemokraten meinen („Fritze Merz fischt frische Faschos“; „Ganz Berlin hasst die CDU“), scheint da durchaus berechtigt. Aber es ist eben eine Sache, zu sagen, dass es nur zwei biologische Geschlechter gibt und man da nicht an eine „Selbstbestimmung“ glaubt – und eine andere, zu spotten und zu höhnen und Homosexualität in die Nähe von Pädophilie zu rücken. Das eine ist konservativ, das andere reaktionär.

MIT DEN KIRCHEN ÜBER KREUZ

Friedrich Merz ist katholisch, geht auch regelmäßig in die Kirche, hat aber kein großes Sendungsbewusstsein in dieser Frage. Schwer vorstellbar, dass er auf die Idee eines „Kreuzerlasses“ käme, wie ihn die Bayern einst durchgesetzt haben. Spürbar setzt sich aber unter ihm fort, was lange vor seiner Wahl zum Parteichef begonnen hatte: die Entfremdung zwischen den Kirchen und der Union. Kaum war Merz 2022 im Amt, schaltete er sich in den Missbrauchsskandal ein, der ihn, wie er in einem Telefonat seinerzeit sagte, „sehr beschwert“. Er forderte nicht nur eine öffentliche Aufarbeitung, sondern auch, dass alle noch anhängigen Fälle zur Anzeige gebracht werden müssten; die Betroffenen hätten Anspruch auf Wiedergutmachung.

In dieser Stimmung wurde ein Gedanke laut, der seinerzeit in der CDU für einige Unruhe sorgte. Wie wäre es, so hatte der schon erwähnte Andreas Rödter damals gefragt, wenn man das „C“ einfach aus dem Namen der Partei striche? Es sei doch inzwischen „weithin zu einer Chiffre für eine allgemeine Humanität reduziert“ – andererseits natürlich auch ein „eingeführter Markenname“, der für eine „integrative Funktion“ stehe.

Ein Gefühl von Entfremdung gegenüber der Kirche hatte sich bei vielen Unionschristen auch aus anderen Gründen breitgemacht. Seenotrettung, Kirchenasyl oder eine Verehrung für Greta Thunberg – damit hatten viele Konservative in der CDU ein Problem. Und in ihren migra-

¹² „Bevor du etwas sagst, frage dich: Ist es nötig? Ist es wahr? Ist es höflich? Wenn die Antwort ‚nein‘ lautet, dann sollte das, was du sagen wolltest, besser ungesagt bleiben.“ Bernard Meltzer (1916–1998) in der Talk Radio Show „What’s your problem?“

¹³ Stephen Holmes/Ivan Krastev, *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin 2019, S. 101.

tionspolitischen Positionen blieben die Kirchen hartnäckig auf Merkel-Kurs: Kurz vor der Wahl 2025 schickten die beiden Berliner Prälaten der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz den Abgeordneten des Bundestags ein Papier, in dem die migrationspolitischen Pläne von Friedrich Merz als rechtswidrig, verfassungswidrig und potenziell diffamierend zurückgewiesen wurden. Aus den Unionsparteien kam die Antwort ebenso prompt wie brüsk. Das lese sich wie die Stellungnahme einer „säkularen NGO“, hieß es. „Überrascht nicht, interessiert nicht.“¹⁴ CSU-Chef Markus Söder wurde deutlich: „Wir wollen Partner der Kirchen sein, wir wollen Kirchen im Staat haben“, sagte er im Frühjahr 2025 auf einem Parteitag in Nürnberg und verwies auf Kirchensteuer, Gehälter, Feiertage und den Religionsunterricht, den der Freistaat garantiert. „Aber vielleicht kümmert ihr euch manchmal auch um die ein oder anderen christlichen Themen? Den Lebensschutz beispielsweise oder das Leben nach dem Tod?“¹⁵

Zu den Intellektuellen, die das politische Klima in den USA derzeit prägen, gehören bekanntlich viele zum Katholizismus Konvertierte – allen voran Vizepräsident JD Vance, Autoren wie Patrick Deneen und gleich sechs Richter am Obersten Gericht. Ihr Katholizismus ist explizit national, weiß, antiliberal und sozial konservativ. In Sachen Migration, so Vance, solle die „ordo amoris“ bestimmend sein, die Ordnung der Liebe als konzentrische Kreise, die immer mit dem Eigenen beginnen müsse – eine Art „America first“-Theologie also. Der Papst protestierte umgehend.

BRANDMAUERN

Gelegentlich fühlt es sich so an, als sei der Machtkampf zwischen Konservativen und Extremen, zwischen den beiden womöglich verbliebenen Volksparteien CDU/CSU und AfD im Grunde längst entschieden. Als sei es nur eine Frage der Zeit, bis der Union endgültig die Puste aus- und die AfD als Siegerin vom Platz geht. Wie soll sich eine 24-Prozent-Partei dem scheinbar weltweiten Triumph der Disruptoren und Revoluzzer von rechts entgegenstemmen?

Aus diesem Gefühl heraus hatte das CDU-Präsidium Ende Oktober 2025 beschlossen, einen ganz neuen Anlauf zu starten. Nachdem die „Dämonisierung“ der AfD ebenso wie die „Nazikeule“ gescheitert seien, die AfD aber immer stärker geworden sei, wollte man jetzt umschalten und die Blauen auf dem Feld der Außenpolitik stellen: als Vaterlandsverräter, die den Ausverkauf Deutschlands und Europas an ausländische Mächte betrieben. Zur Verteidigung eines Landes, das viele von ihnen hassten, sei die Partei ausweislich der Wehrdienstdebatte auch nicht bereit. Statt nach „Antifa“ zu klingen, wollte die CDU lieber über potenzielle wirtschaftliche und bündnispolitische Nachteile einer AfD-Regierung sprechen.

Zunächst schien die Strategie zu verfangen. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel sah sich genötigt, sich von einer Russlandreise dreier Abgeordneter zu distanzieren und von Russland „Deeskalation“ zu fordern. Doch das währte nicht lange. Die öffentliche Unterstützung der US-Administration für die AfD, wie sie demonstrativ in der „Neuen Sicherheitsstrategie“ der USA zum Ausdruck kommt, führte stattdessen zu der bangen Frage, ob die AfD nun eine bessere „Westbindung“ habe als die Transatlantiker der Union.

Die AfD kann mit einem großzügigen Maß an inneren Widersprüchen leben. Sie muss es sogar. Verlöre sie den Flügel der Putinfreunde im Osten, wäre das eine Art emotionaler Selbstamputation. Verblüffend viele ihrer Funktionäre sind mit russischen Partnerinnen verheiratet; die Bindung ist Herzenssache. Aber wenn sie die CDU aus dem Feld schlagen will, braucht sie im Westen, wo die Mehrheiten gewonnen werden, das Vertrauen, dass sie Deutschland nicht den Russen ausliefern werde. „Die Brandmauer“, so sagt der Thüringer AfD-Abgeordnete Torben Braga am Telefon, „schützt uns vor der Implosion dieser inneren Widersprüche.“ Wenn man den Umfragen glauben darf, finden wenige Deutsche an einer Fusion von MAGA und Putin Gefallen. Trump ist in Deutschland kein Sympathieträger, seine möglichen Thronfolger vermutlich auch nicht. Die Frage ist nur, welchen Schluss die Unionsparteien aus all dem ziehen wollen.

MARIAM LAU

ist Redakteurin im Politikressort der „Zeit“. 2025 erschien ihr Buch „Merz: Auf der Suche nach der verlorenen Mitte“ im Ullstein-Verlag.

¹⁴ Reinhard Bingener, Entfremdung unter Christen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3.2.2025, S. 1.

¹⁵ Timo Frasch, Das „C“ in CSU, in: FAZ, 19.2.2025, S. 1.

KLEINE GESCHICHTE DES KONSERVATISMUS IN DEUTSCHLAND

Martina Steber

Als politische Ideologie und politische Strömung prägte der Konservatismus die transatlantische Moderne seit dem 18. Jahrhundert. Dabei wurde er oft als Chamäleon beschrieben – wie das Schuppenkriechtier durch Flexibilität im Körperbau und das Vermögen, seine Farbe zu wechseln, in immer neuer Gestalt erscheine, den Beobachter verwirre und alle Versuche der Festlegung unterlaufe, so entziehe sich der Konservatismus der analytischen Beschreibung.⁰¹ Doch wenn sich der Konservatismus tatsächlich durch seine Veränderlichkeit auszeichnet, kann er dann überhaupt als zusammenhängendes historisches Phänomen begriffen werden? Haben konservative Bewegungen des frühen 19. Jahrhunderts, die in konstitutionell kaum gebundener Monarchie und Romantik ihr Heil fanden, etwas gemein mit dem bundesrepublikanischen Liberalkonservatismus nach 1968, der einen linken Umsturz fürchtete und sich der Bewahrung der Demokratie des Grundgesetzes verschrieb?

Die Geschichtswissenschaft rechnet mit der Wandelbarkeit des Konservatismus und versteht ihn als plurales, mitunter diffuses Phänomen der europäischen Moderne. Sie geht von einem breiten Spektrum von Konservatismen aus, die sich intellektuell, parteipolitisch, kulturell und sozial in jeweils unterschiedlicher Gestalt manifestierten. Dabei treten deutsche Besonderheiten vor allem im Vergleich mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten hervor, in denen der Konservatismus sowohl als politische Ideologie als auch als parteipolitisch manifeste Strömung seit dem späten 18. Jahrhundert fest etabliert ist. Im Vergleich zu der kontinuierlichen Entwicklung dort ist der deutsche Konservatismus durch starke Brüche gezeichnet. Die gescheiterte Revolution 1848/49, die Nationalstaatsbildung 1871, die demokratische Revolution 1918/19, die nationalsozialistische Machtusurpation 1933, die totale Kriegsniederlage 1945 mit deutscher Teilung und die deutsche Einheit 1989/90 zwangen Konserva-

tive dazu, sich in diversen politischen Systemen jeweils neu zu positionieren, sich mit grundstürzendem Wandel auseinanderzusetzen und Kontinuität in Situationen zu konstruieren, in denen alte Werte als obsolet galten. Auch der deutsche Föderalismus prägte sich dem deutschen Konservatismus ein und wirkt bis in die Gegenwart fort: Die konservative Pluralität rührte zu einem Gutteil aus den föderal verstärkten konfessionellen, sozialen, ökonomischen und parteipolitischen Bruchlinien, die seit 1871 den Nationalstaat ausmachten.

Besonderen Einfluss auf die Konservatismusforschung hat die These vom deutschen Sonderweg in die Moderne genommen, die bis an die Jahrtausendwende die Geschichtsschreibung bestimmte. Sie ging davon aus, dass im Vergleich mit den „alten“ Demokratien Westeuropas und den USA das deutsche Demokratiedefizit und insbesondere die Ermöglichung von NS-Regime und Holocaust durch die intransigente Haltung der alten, konservativen, vornehmlich preußischen Eliten aus Adel, Militär und Bürokratie gegenüber einer Demokratisierung des politischen Systems sowie gegenüber der kulturellen Moderne per se zu erklären sei. Aus dieser Perspektive waren Konservatismus und extreme Rechte seit spätestens dem deutschen Kaiserreich wesensgleich.⁰² Tatsächlich war die radikalnationalistische Radikalisierung des preußischen Konservatismus seit den 1890er Jahren eine bedeutende Weichenstellung, doch sind die modernisierungstheoretischen Vorannahmen der Sonderwegshistoriografie und ihr schematisches Geschichtsverständnis längst ad acta gelegt. Ihre Zuspitzung auf den preußischen Radikalkonservatismus schlägt sich jedoch bis in die Gegenwart in der Forschung nieder – über die moderaten Konservatismen im 19. Jahrhundert ist wenig bekannt. Das Ringen zwischen radikalen und gemäßigten Konservatismen durchzog indes die deutsche Geschichte in der Moderne.

KRITIK AN DER AUFKLÄRUNG IM LICHT DER AUFKLÄRUNG

Die Geschichte des Konservatismus setzte mit der aufklärerischen Kritik an der Aufklärung ein – diese paradoxe Konstellation charakterisiert den modernen Konservatismus bis heute. Justus Möser (1720–1794) und Albrecht von Haller (1708–1777) etwa kritisierten die intellektuelle Aufklärung ebenso wie den aufgeklärten Absolutismus der Fürsten. Die Französische Revolution bündelte die vielstimmige Aufklärungskritik und gab ihr eine gemeinsame Richtung. Sie wurde zum Kristallisationsmoment konservativen Denkens, das sich als antirevolutionäres Projekt gegen „1789“ konstituierte und ein heterogenes Gegenprogramm zu liberalen Weltentwürfen entwickelte. Es kreiste um die Infragestellung der rationalen Erfassung und Ordnung der Welt, richtete sich gegen Volkssouveränität und geschriebene Verfassungen, gegen den Kapitalismus und die Auflösung tradierter sozialer Ordnungen, gegen Emanzipation und individuelle Freiheit, gegen die Zerstörung des Hergebrachten und das Denken mit Utopien.⁰³

Der nachrevolutionäre Konservatismus war eine eng vernetzte westeuropäische Bewegung von Intellektuellen und politisch Verantwortlichen. Die von Revolution und Krieg über ein Vierteljahrhundert hinweg gepeinigten Gesellschaften bildeten einen fruchtbaren Resonanzboden für die konservativen Versprechungen von Stabilität, Ordnung und Kontinuität. Nach und nach wurde dieses Denken als „konservativ“ bezeichnet – seit Ende des 18. Jahrhunderts wurde das englische „conservative“ zum Referenzpunkt, 1818 begründete François-René de Chateaubriand in Frankreich die Zeitschrift „Le Conservateur“, und seit den 1830er Jahren setzte sich der Begriff „konservativ“ im politischen Diskurs durch. Hauptsächlich zwei Fragen trieben die europäischen Konservativen des frühen 19. Jahr-

hunderts um: Wie konnten Monarchie und Konstitutionalismus verbunden werden, ohne die Absolutheitsansprüche der Monarchie zu gefährden? Und in welcher Weise war eine Gesellschaftsordnung realisierbar, die auf organischer Entwicklung, Hierarchie und tradierten Ordnungen basierte, ohne die vorrevolutionäre Ständegesellschaft wiederherzustellen?

Vier konservative Positionen lassen sich in dieser Phase idealtypisch unterscheiden:⁰⁴ eine gegenrevolutionäre, genuin reaktionäre, die etwa mit Joseph de Maistre (1753–1821) oder Juan Donoso Cortés (1809–1853) verbunden ist und die von der sündhaften Natur des Menschen ausging, die ausschließlich in strikt autoritären Herrschaftssystemen und hierarchischen Institutionen wie der katholischen Kirche eingeeignet werden könne; eine nachrevolutionäre Position, die Elemente des aufklärerischen Impulses aufnahm und sie mit einem auf Kontinuität und Tradition setzenden Denken amalgamierte. In Großbritannien wurde sie von Edmund Burke (1729–1797) repräsentiert, in Frankreich kristallisierte sie sich politisch im konservativen Liberalismus der Julimonarchie heraus; im deutschsprachigen Raum ist sie mit dem Wirken von Friedrich von Gentz (1764–1832) verbunden. Eine dritte Position bildete sich in der politischen Romantik aus. Schriftsteller, Philosophen und Wissenschaftler wie Adam Müller (1779–1829), Friedrich Schlegel (1772–1829) oder Joseph Görres (1776–1848) profilierten eine antirationalistische Interpretation von Staat und Gesellschaft, die auf organischem, mystischem und historischem Denken gründete. Der konstatierten Zerrissenheit ihrer Gegenwart setzten sie die Utopie von vorgeblicher Einheit und Harmonie in der vormodernen christlichen Ständegesellschaft entgegen. In einer vierten Position schließlich verdichtete sich der konstitutionelle Diskurs. Von herausgehobener Bedeutung war die Staatstheorie Friedrich Julius Stahls (1802–1861) in Preußen, die nach der Revolution 1848/49 das Verfassungs- und Repräsentationsprinzip in das konservative Staatsdenken integrierte und damit die Vorstellung einer durch den christlichen Gott legitimierten monarchischen Ordnung für liberale Theorien anschlussfähig machte.

01 Vgl. z. B. Josef Joffe, *Chamäleon Konservatismus*, in: Michael Kühnlein (Hrsg.), *konservativ?! Miniaturen aus Kultur, Politik und Wissenschaft*, Berlin 2019, S. 59–63.

02 Vgl. Thomas Welskopp, *Identität ex negativo. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre*, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002, S. 109–139.

03 Vgl. Klaus Epstein, *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland*, Berlin 1973.

04 Vgl. Gerhard Göhler, *Konservatismus im 19. Jahrhundert – eine Einführung*, in: Bernd Heidenreich (Hrsg.), *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus*, Berlin 2002, S. 19–32.

ZWISCHEN DEUTSCHEM BUND UND BISMARCKREICH

Die Entwicklung des Konservatismus im deutschsprachigen Europa wurde entscheidend von der Vielgestaltigkeit der politischen Landkarte geprägt. Während nach 1815 in vielen Klein- und Mittelstaaten konstitutionelle und parlamentarische Ordnungen etabliert wurden, blieb dies in Preußen aus. Dort waren die Vertreter einer konservativen Haltung eng an Monarchie und Staatsbürokratie gebunden, dachten und argumentierten in engen antikonstitutionellen und antiliberalen Bahnen – so etwa ein einflussreicher Kreis um den preußischen Kronprinzen, den späteren Friedrich Wilhelm IV., der sich im Berlin der 1830er Jahre mit den Brüdern Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach gebildet hatte. Letztere sollten über Jahrzehnte den preußischen „Hochkonservatismus“ in enger Bindung an die Hohenzollerndynastie bestimmen. Er war durch und durch orthodox protestantisch, altständisch, antikapitalistisch, ostelbisch und adelig und beruhte auf einer entsprechenden Interessenkoalition. In den konstitutionellen Staaten des Dritten Deutschland hingegen entwickelten sich politische Konservatismen, die, auch durch den Katholizismus geformt, liberalem Denken offener gegenüberstanden.⁰⁵

Die bürgerliche Revolution der Jahre 1848/49 zwang die Konservativen zur organisierten Vertretung ihrer Interessen, zur Schärfung ihrer Positionen und zur Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern. Die parlamentarische Fraktionsbildung in der Paulskirche schloss an bestehende Netzwerke an, vor allem stand sie in Kontinuität zur losen Gruppenbildung im 1847 unter Druck einberufenen Vereinigten Landtag in Preußen, in dem sich „konservativ“ als Bezeichnung für die Unterstützer des Hofes etabliert hatte. Die Spannweite des konservativen Spektrums reichte seinerzeit von reaktionären bis zu konstitutionellen Ansätzen. Mit der „Neuen Preußischen Zeitung“ („Kreuzzeitung“) schuf sich der preußische Konservatismus 1848 seine zentrale publizistische Plattform. Seine inneren Differenzen wirkten auch nach dem Scheitern der Revolution fort und manifestierten sich in zwei Lagern: einem reaktionären – vertreten in der „Kreuzzeitung“ – und einem reform-

orientierten, das sich publizistisch im „Preußischen Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen“ (1851–1861) konstituierte.⁰⁶

Zunehmend rückte die nationale Frage ins Zentrum der Politik. Die auf militärische Macht bauende und auf preußische Dominanz in einem Deutschland ohne Österreich („kleindeutsche Lösung“) zielende Politik Otto von Bismarcks forderte die Konservativen heraus, die sich bis dahin als überzeugte Gegner der liberalen Nationalbewegung positioniert hatten. Die Spaltung des Liberalismus nach 1864/66 und der Einflussgewinn der neu begründeten Nationalliberalen Partei, die bereit war, das Ziel bürgerlicher Freiheit der Schaffung nationaler Einheit unterzuordnen, führten zu einer Rekalibrierung im konservativen Spektrum:⁰⁷ 1867 wurde die Freikonservative Partei (später Reichs- und Freikonservative Partei) gegründet, die den Kurs Bismarcks zuverlässig stützte und ihre soziale Basis in den westpreußischen Provinzen und in Schlesien hatte. Bis zum Ende des Kaiserreichs vertrat sie einen gouvernementalen, moderaten Konservatismus.⁰⁸

In Opposition zu ihr stand die „Mehrheitspartei“ der ostelbischen Junker. Durch die Reichseinigung 1871 geriet sie in die völlige politische Isolation, aus der sie sich mit einer programmatischen Wende befreite, die 1876 in die Gründung der Deutsch-Konservativen Partei (DKP) mündete. Die DKP erkannte die nationalen und konstitutionellen Realitäten an und formulierte ein Programm für das Reich, nicht nur für Preußen. Die Stoßrichtung, die protestantisch codiert unter dem „Banner christlicher Sittlichkeit“ daherkam, war gleichermaßen antiliberal wie antisozialistisch.⁰⁹ Ihre Wählerbasis blieb altpreußisch, die Partei repräsentierte den grundbesitzenden Adel. Die DKP stützte mehrheitlich den konservativ gewendeten Kurs Bismarcks, wobei die seit 1881 unter dem Dach der Partei agierende Christlich-Soziale Partei des protestantischen Hofpredigers Adolf Stoecker (1835–1909) dagegen opponierte. Letztere entfaltete einen populistischen Sozialkonservatismus, der antikapitalistisch argumen-

⁰⁵ Vgl. Axel Schildt, *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998, 42–62.

⁰⁶ Vgl. ebd., S. 63–101.

⁰⁷ Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie*, München 1998, S. 331–337.

⁰⁸ Vgl. Matthias Alexander, *Die Freikonservative Partei 1890–1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie*, Düsseldorf 2000.

⁰⁹ Vgl. Schildt (Anm. 5), S. 102–105, Zitat S. 103.

tierte, auf den Mittelstand zielte und antisemitisch war.¹⁰

Nicht nur der Föderalismus prägte den deutschen Konservatismus, sondern auch die konfessionelle Dualität zwischen Katholizismus und Protestantismus. Hinzu kam, dass der Liberalismus eine antikatholische Note hatte, die durch den katholischen Ultramontanismus verstärkt wurde. Im „Kulturkampf“, dem harten Vorgehen des Reichs und der Einzelstaaten gegen die katholische Kirche zwischen 1871 und 1878 unter der Führung Bismarcks und der Nationalliberalen, eskalierten die Auseinandersetzungen. Das Parteiensystem hatte sich ohnehin bereits entlang konfessioneller Linien formiert. Seit den 1830er Jahren war ein sozial und kulturell abgestütztes katholisches Milieu entstanden, hatten sich Katholiken gesellschaftlich autonom organisiert – im Rheinland in Opposition zum gouvernementalen preußischen Protestantismus, in Bayern zu den liberalen Ministerien. Spätestens nach 1866 nahm der politisch organisierte Katholizismus deutlich antiliberaler Züge an, sowohl hinsichtlich der nationalen Frage als auch in Bezug auf die Verfasstheit von Staat und Gesellschaft. Neben der großdeutschen Präferenz profilierte der politische Katholizismus einerseits konservative Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung und monarchischer Herrschaft, andererseits trat er für den Konstitutionalismus ein, der allein die Autonomie der katholischen Kirche und eine angemessene Vertretung katholischer Interessen zu garantieren schien.

1870 flossen die vielfältigen politischen Bestrebungen in der Zentrumsparterie zusammen, die sich der Vertretung katholischer Interessen verschrieb und politisch so divers war wie der sozial, regional und kulturell heterogene Katholizismus selbst. Während im protestantischen Konservatismus Preußens die soziale Frage nur eine Nebenrolle spielte, hatte sich im Katholizismus eine einflussreiche Sozialbewegung herausgebildet, die mit konservativ-paternalistischen Konzepten für die Anliegen der in Not und Elend lebenden Arbeiterschaft der expandierenden Industriegesellschaft eintrat. Die politische Bandbreite des im Zentrum vertretenen politischen Katholizismus reichte von demokratischen bis hin zu konservativen Stimmen; die Ideenlandschaft, aus der er schöpfte, war

exklusiv katholisch und dem päpstlichen Lehramt verpflichtet.¹¹ Zum einen waren katholisch-konservative Positionen also in der Politik präsent, war ein konservativer Flügel im Zentrum identifizierbar; zum anderen entwickelten sich abseits des dominierenden preußischen Milieus alternative, grundlegend konstitutionelle Konservatismen, die föderale Nationsvorstellungen pflegten, die soziale Frage integrierten und auf adelig-bürgerliche Kooperation setzten. Nach dem Ende des Kulturkampfes wurde der politische Katholizismus immer stärker in das politische System des Kaiserreichs eingebunden, er wurde zu einer seiner Stützen.

RADIKALISIERUNG DES PREUßISCHEN KONSERVATISMUS

Im Zuge der tektonischen Verschiebungen in der politischen Kultur des nun wilhelminischen Kaiserreichs seit den 1890er Jahren radikalisierte sich der preußische Konservatismus zusehends. Urbanisierung, Industrialisierung und Technisierung hatten die Gesellschaft enorm verändert, die Ubiquität der Wissenschaften hatte neue Weltdeutungen ermöglicht, der Globalisierungsschub Märkte geöffnet und imperiale Überlegenheitsnarrative popularisiert. Das allgemeine und direkte Männerwahlrecht zum Reichstag hatte einen politischen Massenmarkt geschaffen, Partizipationsforderungen dynamisiert und die Politisierung breiter Bevölkerungskreise vorangetrieben. Viele Konservative reagierten mit Unbehagen auf diese gewaltigen Umbrüche, ergingen sich in Kulturkritik und Verfallsnarrativen und pflegten einen prononcierten Antisozialismus, der in der staatlichen Verfolgung der Sozialdemokratie zwischen 1878 und 1890 einen ersten Höhepunkt erreichte. Konservatives Denken integrierte völkische, antisemitische, agrarromantische, auf Rasse und Biologie rekurrierende Deutungen des Sozialen, die sich durch die Schriften Paul de Lagardes (1827–1891), Julius Langbeins (1851–1907) oder Houston Stewart Chamberlains (1855–1927) sowie die Rezeption der Werke von Richard Wagner, Friedrich Nietzsche oder Arthur de Gobineau in der bürgerlichen Welt verbreitet hatten.¹²

¹⁰ Vgl. Imke Scheib, *Christlicher Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Adolf Stoecker im Spiegel der zeitgenössischen Kritik*, Leipzig 2021.

¹¹ Vgl. Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hrsg.), *Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven*, Münster 2015.

¹² Vgl. klassisch Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, München 1986.

Die Parteien und ihre sozialexklusiven Eliten wurden an der Jahrhundertwende mit Partizipationsforderungen konfrontiert, die durch populistische Bewegungen fundiert waren. So erging es auch der Deutsch-Konservativen Partei, deren gouvernementaler Kurs 1892/93 über keinerlei Legitimation mehr verfügte. Die grundsätzliche Neuorientierung wurde entscheidend von dem 1893 gegründeten Bund der Landwirte beeinflusst, der in der Agrarkrise unter Führung von Großgrundbesitzern mittels Massenmobilisierung und populistischem Protest die agrarischen Interessen lautstark zu Gehör brachte und seine Plattform auf Antisemitismus und Antisozialismus gründete. Die DKP wurde zur Partei des Landes und des landwirtschaftlichen Interesses und integrierte zunehmend das zu jener Zeit neue völkische und radikalnationalistische Denken. 1909 wandte sie sich endgültig von der Regierung ab, stürzte den Reichskanzler und isolierte sich damit selbst. Die Partei ging schließlich eine Koalition mit dem Alldeutschen Verband ein, dem politischen Zentrum des Radikalnationalismus, der Antisemiten, extreme Antisozialisten, Imperialisten und Völkische in sich vereinte. Aus den preußischen Konservativen waren rechte Radikalnationalisten geworden.¹³

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Juli 1914 fügten sich die Konservativen zunächst in die nationale Einheitsfront des Burgfriedens ein. Zahlreiche Anknüpfungspunkte bot die intellektuelle Fundierung des Krieges durch die „Ideen von 1914“. Sie wurden von bekannten Intellektuellen in Opposition zu den „westlichen“ Überzeugungen der Französischen Revolution formuliert und gerieten zum Schaukasten eines angeblich der deutschen Nation charakterlich eingeschriebenen Antiliberalismus, Autoritarismus und kulturellen Elitismus.¹⁴ Die politischen Spannungen im konservativen und rechten Lager brachen indes bereits 1916 wieder auf. Die Bruchlinien verliefen einerseits um die Frage der Kriegsziele, andererseits um die potenzielle Parlamentarisierung des Reiches. 1917 formierte sich der antisemitische, alldeutsch-nationalistische Flügel in der Deutschen Vaterlandspartei, die vehement gegen einen Ver-

ständigungsfrieden und die vorsichtige Demokratisierung des politischen Systems eintrat und stattdessen Annexionen und eine autoritäre Staatsform forderte.¹⁵ Gemäßigtkonservative Kräfte fanden sich im linken Flügel der Nationalliberalen, vor allem aber im politischen Katholizismus. Sie stützten die Regierung und suchten in Kooperation mit Linksliberalen und Sozialdemokraten im sogenannten Interfraktionellen Ausschuss im Reichstag nach Möglichkeiten der Parlamentarisierung sowie eines Friedensschlusses unter Wahrung der monarchischen Reichsverfassung.

WEIMARER REPUBLIK UND NATIONALSOZIALISMUS

Die Revolution vom November 1918, genauso wie ihre Radikalisierung im Frühjahr 1919, prägte sich dem deutschen Konservatismus tief ein. Der Sturz der deutschen Monarchien, der Aufstand der perhorreszierten „Massen“, die drohende sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft und die Gewalteskalation 1919 schockierten – sie rissen die Fundamente der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung weg, die als gut und gerecht galten und konservative Interessen geschützt hatten. Der zweite Schock war der Versailler Vertrag, der mit der Zuweisung der Alleinschuld, den Reparationsverpflichtungen und den Gebietsverlusten als nationale Demütigung empfunden wurde. Verwoben zur Verschwörungserzählung der Dolchstoßlegende wurden sozialistische Revolution und Versailler Vertrag, unterschrieben von den republiktragenden Kräften, zur Mobilisierungsplattform der extremen Rechten gegen die neu begründete Republik, die weit ins konservative Spektrum hineinreichte.

Die Strukturmerkmale des wilhelminischen Konservatismus perpetuierten sich in die Weimarer Republik: die Schwäche des gemäßigten Konservatismus; die konfessionelle Spaltung des Parteiensystems; die Kohäsionskraft von Antiliberalismus und Antisozialismus; der Radikalnationalismus als Identitätskern, der aus völkischem und konservativem Denken eine neuartige radikal-rechte Ideologiemischung entstehen ließ, die in letzter Konsequenz Abschied von den Grundfesten des Konservatismus nahm. Kontinuitäts- und Gleichgewichtsdenken wurden aufgegeben zugunsten eines radikalen Dezisionismus sowie der Vorstellung,

¹³ Vgl. James Retallack, *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1867–1918*, Boston 1988.

¹⁴ Vgl. Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

¹⁵ Vgl. Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationalen Rechte am Ende des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1997.

dass ein revolutionärer Bruch nötig sei, weil nichts mehr da sei, das zu bewahren sich lohne. Ein republikstützender Konservatismus hatte so keine Chance, sich zu einer übergreifenden politischen Kraft zu entwickeln. Dafür währte die erste deutsche Demokratie zu kurz, war die Republik mit zu großen sozialen und ökonomischen Problemen konfrontiert, die politische Kultur zu fragmentiert und die extreme Rechte zu stark – sowie für einen nach rechts offenen Konservatismus zu attraktiv.

Zur Sammlungspartei des rechten, republikfeindlichen Konservatismus wurde die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP), gegründet im November 1918 in bewusster Abgrenzung zu DKP und Freikonservativen.¹⁶ Auf den Begriff „konservativ“ verzichtete die Gründungsgruppe bewusst: Er klang zu sehr nach Kriegstreiberei, Annexionsfantasien und Antiparlamentarismus. Die Partei hatte nach wie vor ihren Schwerpunkt in Ostelbien, verfügte aber zugleich über eine weite Repräsentanz im gesamten Reichsgebiet, vor allem in ländlichen Räumen. Auch ihr Sozialprofil weitete sich im Vergleich zum parteigebundenen Vorkriegskonservatismus: In der DNVP sammelten sich zwar weiterhin Großagrarien und Schwerindustrielle, mehrheitlich aber der protestantische Mittelstand aus Bürgertum, Geistlichkeit und Militär. Ihr soziales Milieu wurde durch paramilitärische Organisationen wie „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, Interessenverbände wie den „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband“, Schützen- oder Turnvereine, Studentenverbindungen und die protestantische Kirche organisiert.¹⁷ Die Partei mobilisierte durch völkischen Nationalismus, Antisemitismus, Antiliberalismus und Sozialpopulismus. Ihr Ziel war die Zerstörung der Republik und, zumal seit 1928, die Errichtung einer autoritären Diktatur.

Gemäßig konservativ Positionen, die zwar in Skepsis gegenüber der Republik verharren, aber doch einen Vernunftrepublikanismus pflegten, auf innenpolitische Reformen und außenpolitische Revisionen setzten, waren in der Deutschen Volkspartei (DVP) sowie in der Zentrums- und Bauernpartei (BVP) zu finden.¹⁸

Erstere hatte sich aus der Nationalliberalen Partei entwickelt, war nationalistisch, elitär und monarchistisch eingestellt und fand unter Gustav Stresemann zu einer vernunftrepublikanischen Haltung.¹⁹ Auch wenn der Katholizismus zu den Stützen der Republik gehörte, existierten breite Strömungen, die der Demokratie mit Misstrauen begegneten. Das galt weniger für das Zentrum als für die BVP, die in den ersten Jahren der Republik zu einem Sammelbecken für die extreme Rechte geworden war und nicht zuletzt der NSDAP in Bayern das Feld bereitete. Nach dem misslungenen Putschversuch durch Adolf Hitler und Erich Ludendorff vom November 1923 entwickelten sich jedoch auch im BVP-Umfeld konservative, systemloyale Positionen.²⁰ Ein moderater, demokratisch orientierter Konservatismus begann sich in der Weimarer Republik mithin zaghaft auszubilden, wurde indes in der Krisenphase seit dem Ende der 1920er Jahre ins politische Abseits gedrängt.

Dagegen erdachten die Theoretiker der „neuen Rechten“ in der brodelnden intellektuellen Landschaft der Weimarer Republik radikale Varianten eines Konservatismus, die sich von den Grundsätzen konservativen Denkens so weit entfernten, dass sie mit „konservativ“ kaum mehr bezeichnet werden konnten.²¹ Für die neue Zeit, in der sich die Intellektuellen wähnten, sei ein völlig neuer Konservatismus vonnöten, dessen Kern im völkischen Nationalismus liege und sich auf die revolutionäre Neuschaffung dessen konzentrieren müsse, was es dann erst zu bewahren gelte. Ende der 1920er Jahre brachte die Aporie der „konservativen Revolution“ dieses Denken auf den Begriff. Der antirevolutionäre Impuls des Konservatismus wurde in sein Gegenteil verkehrt. Der Weimarer Rechtsintellektualismus, der sich in einem Geflecht aus Zeitschriften, exklusiven Zirkeln und Herrenclubs organi-

¹⁶ Vgl. Maik Ohnezeit, *Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“*. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011.

¹⁷ Vgl. Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*, Göttingen 2002; Wolfram Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996.

¹⁸ Vgl. Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.), *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*, Stuttgart 2008.

¹⁹ Vgl. Ludwig Richter, *Die Deutsche Volkspartei, 1918–1933*, Düsseldorf 2002.

²⁰ Vgl. Karsten Ruppert, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992; Martina Steber, „... dass der Partei nicht nur äußere, sondern auch innere Gefahren drohen“. Die Bayerische Volkspartei im Jahr 1933, in: Andreas Wirsching (Hrsg.), *Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft*, Göttingen 2009, S. 70–91.

²¹ Vgl. Stefan Breuer, *Anatomie der konservativen Revolution*, Darmstadt 1993.

sierte, theoretisierte zentrale Denkfiguren, die bis in die Gegenwart die radikal-rechte Ideologie prägen, wie etwa den „totalen Staat“ (Ernst Forsthoff), Antiparlamentarismus, Dezisionismus und illiberale Demokratie (Carl Schmitt), soldatische Männlichkeit und „totale Mobilmachung“ (Ernst Jünger), „deutschen Sozialismus“ und „preußischen Stil“ (Oswald Spengler) oder die Antithese von „Deutschland“ und dem „Westen“ (Arthur Moeller van den Bruck). In diesen Kreisen wurde vieles vorgedacht, was schließlich im NS-Regime realisiert wurde. In der dezisionistischen Konkurrenz, die dem Nationalsozialismus endemisch war, verlor allerdings so mancher rechtsintellektuelle Theoretiker an Relevanz und zog sich enttäuscht zurück – oder geriet in die 1933/34 heftig geführten Auseinandersetzungen innerhalb des rechtsextremen Lagers und bezahlte, wie etwa Edgar Julius Jung, mit seinem Leben.

Mit der NSDAP war eine populistische, rechtsextreme Volkspartei entstanden, die über eine gewaltbereite Massenbasis verfügte und sich durch einen neuen, aktivistischen Politikstil auszeichnete. Die autoritäre Überformung der Weimarer Verfassung in den Präsidialkabinetten beförderte den Schub nach rechts und führte zur parteipolitischen Zersplitterung. Die konservativen Eliten glaubten indes, durch die Einbindung der NSDAP sich deren Mobilisierungskraft nutzbar machen und sie überhaupt zähmen zu können. Das Gegenteil war bekanntlich der Fall: Der NSDAP wurde mit der Einsetzung Adolf Hitlers als Reichskanzler am 30. Januar 1933 die Macht übertragen, die diese in genau jenem revolutionären Gestus, der von der intellektuellen Rechten propagiert worden war, für sich zu nutzen wusste. Ein völkischer, radikaler Konservatismus hatte die Nationalsozialisten aufs Schild gehoben, die Kooperation aus alten preußischen und neuen nationalsozialistischen Eliten wurde am 21. März 1933, dem so titulierten „Tag von Potsdam“, besiegt.²²

Im NS-Regime fand so mancher vormalige Konservative als Nationalsozialist seinen Platz; andere zogen sich ins Private zurück; wieder andere suchten Distanz in der Verteidigung konservativer Enklaven, besonders in der protestantischen Kirche. Sehr wenige entschlossen sich zum Widerstand. Mit dem gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944 wur-

den aus Militär, Adel und Bürgertum konservative, preußische Traditionen aufgerufen, die aus Nationalismus, Protestantismus und Elitismus schöpften, weder liberal noch demokratisch waren, und sich doch dem Nationalsozialismus verweigerten.

UNEINDEUTIGKEITEN UND BEGRIFFSKÄMPFE NACH 1945

Nach dem Untergang des NS-Regimes war der Konservatismus angesichts von Kriegsniederlage und Massenverbrechen in den Augen vieler demokratischer Kräfte diskreditiert. Konservative hatten gegen die Republik agitiert, die erste deutsche Demokratie unterminiert und die Nationalsozialisten an die Macht gebracht. Für den demokratischen Neubeginn in den Westzonen des besetzten und geteilten Deutschlands schienen sie jedenfalls nicht zu taugen. Dabei wurde Konservatismus ausschließlich mit seiner radikalen Variante, mit seiner rechtsextremen Überformung assoziiert, die seit der Jahrhundertwende die deutsche Politik dominiert hatte. Als „konservativ“ wollten sich folglich nur wenige verstanden wissen, die sich nach 1945 in den neugegründeten christdemokratischen Parteien für den demokratischen Neuanfang engagierten. Das lag auch daran, dass die zunächst in CDU und CSU bestimmenden Männer und Frauen aus dem politischen Katholizismus kamen und „konservativ“ vorrangig mit dem kulturkämpferischen Protestantismus sowie autoritären, gegen den sozialen Rechtsstaat gerichteten sozialelitären Interessen verbanden. Allein die Deutsche Partei, die Anfang der 1960er Jahre von der CDU aufgesogen wurde, verstand sich als konservative Partei.²³

Ansonsten beanspruchte zunächst nur der Rechtsintellektualismus, der sich nach 1945 rasch wieder formierte, den Konservatismusbegriff für sich. Das änderte sich erst, als Intellektuelle, Publizisten und auch Unionspolitiker ab den 1950er Jahren eine liberale Variante des Konservatismus entwickelten, die genuin demokratisch war und sich an westlichen Vorbildern orientierte.²⁴ Den Impuls hatten die Chiffre „1968“ sowie der Regierungswechsel 1969 zur sozialliberalen Regie-

²³ Vgl. Martina Steber, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin–Boston 2017.

²⁴ Vgl. Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberal-konservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006; Nikolai Wehrs, *Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren*, Göttingen 2014.

²² Vgl. klassisch Karl-Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Stuttgart 1955.

rung unter Willy Brandt gegeben, aber auch der Aufschwung, den die radikale Rechte seit den mittleren 1960er Jahren erfahren hatte und der sich im folgenden Jahrzehnt in bislang ungekannter publizistischer Präsenz zeigte. Was „konservativ“ heißen sollte, blieb heftig umstritten: War dies eine politische Position, die auf einem liberalen, demokratischen und westlichen Fundament ruhte, oder handelte es sich um eine spezifisch deutsche, antilibérale Ideologie, die in der Tradition des Weimarer Rechtsintellektualismus stand? Diese Uneindeutigkeit machte es der Union schwer, sich den Konservatismusbegriff vorbehaltlos anzueignen, selbst wenn sie spätestens seit der Programmrevision der 1970er Jahre konservative Züge trug und die Grenzen nach rechts mitunter sehr offen waren. Zwar wurde konzediert, dass der Konservatismus eine Strömung sei, die in CDU und CSU repräsentiert sei, aber eben nur eine neben anderen, von denen die „christliche“ ohnehin die bedeutendste sei. Zu sehr schien der Begriff belastet, zu stark wurde er sowohl von links als auch von rechts gegen die Union gewendet.

Politisch ging diese Strategie so lange auf, bis mit der Alternative für Deutschland (AfD) seit 2013 eine Partei an den Wahlurnen erfolgreich wurde, die sich bewusst in die Tradition des antiliberalen deutschen Konservatismus setzte und ihre ideellen Referenzen aus den radikalkonservativen Denkräumen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts bezog.²⁵ Sie profitierte zudem vom Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in den etablierten Demokratien des Westens, vor allem den USA. Dort hatte sich seit den 1970er Jahren unter dem Label des Neokonservatismus eine politische Bewegung formiert, in der unterschiedliche politische Strömungen, vom christlichen Fundamentalismus über einen scharfen Antikommunismus bis hin zum libertären Autoritarismus, zu einer gemeinsamen Plattform in der Republikanischen Partei gefunden hatten. Auch in Großbritannien, Italien und Frankreich wuchs der Rechtspopulismus seit den 1990er Jahren zu einer ernstzunehmenden Größe heran, die die etablierten christdemokratischen beziehungsweise konservativen Parteien implodieren ließ.²⁶

Dass sich in der Bundesrepublik (nach dem kurzzeitigen Erfolg der Republikaner in den 1980er und 1990er Jahren) erst in den 2010er Jahren eine rechtspopulistische Partei durchsetzen konnte, weist dann aber doch auf die Besonderheiten der Geschichte des deutschen Konservatismus hin. Einerseits ist sie von der Dominanz radikaler Varianten geprägt, von der Vermischung von rechtsextremen und konservativen Ideenbeständen, von dem Bündnis mit der extremen Rechten, das immer letztere obsiegen ließ – und damit auch von der Schwäche des gemäßigten Konservatismus außerhalb der christdemokratischen Tradition. Andererseits prägte sich ihr nach 1945 ein anti-rechter Impuls ein, das Wissen um die Anfälligkeit des Konservatismus für den rechten Radikalismus und die Notwendigkeit von Grenzziehungen. In der Christdemokratie waren insbesondere unter Rückgriff auf gemäßigt konservative Traditionen des politischen Katholizismus und des protestantischen Liberalismus (ohne dass sie so bezeichnet wurden) sowie durch die Rezeption westlicher Vorbilder liberale Varianten des Konservatismus entstanden, die im Kontext der Volkspartei so lange Wirksamkeit entfalten konnten, wie sie durch ein soziales Milieu gestützt und gepflegt wurden. Dieses Milieu ist in Westdeutschland heute nur mehr rudimentär vorhanden; in Ostdeutschland vermochten es CDU und CSU nach 1990 nicht, ein nachhaltiges soziales Vorfeld aufzubauen.

Wie sich der deutsche Konservatismus weiterentwickeln wird, ist offen. Seine Geschichte weist sowohl in eine demokratische als auch in eine radikal-rechte Richtung. Nach über achtzig Jahren Bundesrepublik hat der demokratische, moderate Konservatismus indes an Gestalt und Profil gewonnen. Er verfügt über genügend historische Ressourcen, um einer radikal-rechten Überformung zu wehren. Nicht zuletzt die Geschichtswissenschaft hat die Strategien freigelegt, mit denen die extreme Rechte sich den Mantel des Konservatismus immer wieder angelegt hat, um ihre revolutionären Absichten zu verbergen. Daran zu erinnern, ist eine fortdauernde historische Aufgabe.

MARTINA STEBER

ist stellvertretende Direktorin des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin und Professorin für Neueste Geschichte an der Universität Augsburg.

25 Vgl. Eva Kienholz, Eine kurze Geschichte der AfD. Von der Eurokritik zum Remigrationsskandal, Hamburg 2024.

26 Vgl. Jens Rydgren (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Radical Right, New York 2018.

ESSAY

KRISE DES KONSERVATISMUS – KRISE DER DEMOKRATIE?

Thomas Biebricher

Angesichts der Vielzahl entsprechender Befunde in der sozialwissenschaftlichen Literatur, den Feuilletons, aber auch jedem beliebigen Nachrichtenportal kann kaum ein Zweifel bestehen: Die Demokratie steckt in der Krise. Doch so einzig man sich über alle Lager, Genres und Kontexte hinweg auch in dieser Diagnose sein mag, so divergent erscheinen sowohl die Anamnese wie auch die Therapievorschläge. Alles andere wäre allerdings auch überraschend, denn zu vielschichtig sind Konzept und reale Ordnung der Demokratie – und zu lagerbergreifend ist die Einschätzung, als dass sie an sich schon einen Erkenntnisgewinn enthalten würde.

Wie entscheidend es ist, zu benennen, *woran* die Demokratie mutmaßlich krankt, wird nicht zuletzt deutlich, wenn man sich einen früheren großen Krisendiskurs der Demokratie in Erinnerung ruft. Vor gut zwanzig Jahren veroffentlichte der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch ein schmales Bndchen mit dem Titel „Postdemokratie“; ein Begriff, der bis heute als Marker für einen umfassenden Krisendiskurs fungiert.⁰¹ Doch was seinerzeit die Krisenhaftigkeit bezeichnete, weist beträchtliche Unterschiede zur Gegenwart auf: Damals bestand das Problem aus Crouchs Sicht – noch schärfer wurde dies von der Polittheoretikerin Chantal Mouffe apostrophiert⁰² – etwas vereinfacht gesagt in der Verkmmerng des demokratischen Wettbewerbs: Alle politischen Kräfte strebten unbeirrt in die Mitte des politischen Spektrums oder dorthin, wo man den Medianwähler vermutete. Es galt lagerbergreifend das Bekenntnis zu dem vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank postulierten neoliberalen Washington Consensus, und dementsprechend wurden politische Unterschiede zwar inszeniert und überzeichnet, doch bei Lichte betrachtet bewegten sich die Alternativen in einem engen Korridor rund um die imaginierte „Mit-

te“. Zwar bekannte man sich allerorts zur Demokratie, doch das bedeutete real nur die Wahl zwischen unterschiedlichen Schattierungen des gleichen (neo-)liberalen Grundkonsenses.⁰³

So lässt sich die demokratische Gegenwart der transatlantischen Welt zweifellos nicht mehr plausibel auf den Punkt bringen. Ich möchte daher im Folgenden zunächst einige skizzenhafte Bemerkungen zur Spezifik der aktuellen Krise der Demokratie machen. Da es im weiteren Verlauf darum gehen soll, in welchem Zusammenhang jene Krise der Demokratie mit einer vermeintlichen Krise des Konservatismus steht, werde ich zudem die Frage thematisieren, ob wir es hier überhaupt mit einer Krise zu tun haben und woran sich diese festmachen ließe. Dies setzt eine pointierte Definition dessen voraus, was als Chamäleon unter den politischen Ideologien gilt: des Konservatismus.

Im letzten Abschnitt möchte ich dann die These entwickeln, dass dem Konservatismus zumindest im Kontext der aktuellen Krise der Demokratie eine zentrale Rolle zukommt. Zugespitzt formuliert entscheidet sich an ihm beziehungsweise in der rechten Mitte des politischen Spektrums, wo er typischerweise positioniert ist, das Schicksal der liberalen Demokratie.

DEMOKRATISCHE KRISE ALS DEMOKRATISCHE REGRESSION

Wie bereits angedeutet, weist die aktuelle Krise der Demokratie einige signifikante Unterschiede gegenüber dem Postdemokratiediskurs auf. Waren es seinerzeit aus Sicht der erwähnten Kritiker vor allem zentripetale Kräfte im Parteienspektrum, die eine allseitige „Vermittlung“ bewirkten und eine zunehmende Ununterscheidbarkeit der politischen Kräfte zur Folge hatten, so haben wir es in der Gegenwart vornehmlich mit Fliehkräften zu tun, die zur Zerfaserung und Fragmentierung führen.

tierung von Parteiensystemen führen, in denen radikale Parteien vor allem am rechten Rand erstarken und die selbsterklärten Parteien der Mitte erodieren.

Ob sich darin auch eine entsprechende Polarisierung der Bevölkerungen widerspiegelt, sei dahingestellt, jedenfalls drückt sich in den Wahl- und Umfrageergebnissen ein Unmut aus, der mittlerweile auch Mitte-Milieus erreicht hat. Es zeichnet sich eine zunehmende Entfremdung zwischen etablierten (Volks-)Parteien und dem Elektorat ab, die die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Michael Zürn als Teil der Symptomatik einer „demokratischen Regression“ ausmachen.⁰⁴ Es handelt sich dabei um eine beidseitige Abwendung: Die Bevölkerung traut dem politischen Personal der etablierten Parteien nicht mehr zu, Probleme lösen zu können (oder dies überhaupt zu wollen), und kehrt sich ab; die politischen Akteure wiederum schotten Entscheidungen gegenüber der Bevölkerung ab, indem sie im europäischen Kontext etwa nach Brüssel transferiert, den Gerichten überantwortet oder angesichts der Weltlage als de facto alternativlos präsentiert werden. Der Befund der Regression hat darüber hinaus zwei wichtige, aber auch kontroverse Implikationen: Zum einen suggeriert der Begriff buchstäblich eine „Rückentwicklung“ der Demokratie, was aber nicht zur Idealisierung der Vor-Krisenzeit als „goldene Ära der Demokratie“ führen darf. Deren Glanz verblasst bei genauerem Hinsehen sehr schnell, denn auch in den 1970er und 1980er Jahren waren die demokratischen Verhältnisse vielerorts alles andere als ideal. Darüber hinaus waren es womöglich bestimmte Aspekte genau jener Verhältnisse, die die aktuelle Regression mitverursacht haben. Ein Zurück zur vermeintlich guten alten Normalität scheint daher nicht nur unrealistisch, es scheint auch der falsche Weg zu sein.

Aber auch wenn man sich davor hüten muss, die Demokratie vergangener Dekaden pauschal als „besser“ gegenüber der heutigen auszuzeichnen, ist doch festzuhalten, dass bestimmte Bedin-

gungen, an die gelingende Demokratie geknüpft ist, heute womöglich nicht mehr in gleicher Weise erfüllt sind. Diese Veränderungen reichen von subjektiven Einstellungsmustern in der Bevölkerung über die abnehmenden Bindekräfte zivilgesellschaftlicher Organisationen bis zu den Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Politikgestaltung. Vor allem aber unterscheidet sich die Gegenwart von der Vergangenheit dadurch, dass man auch in vor-regressiven Zeiten zwar eine Vielzahl von demokratischen Defiziten beklagen konnte, jedoch die Aussicht bestand, dass Verbesserungen im Sinne einer weiteren „Demokratisierung der Demokratie“ realisiert werden konnten. Kennzeichen der demokratischen Regression ist nicht zuletzt die dramatische Eintrübung solcher Aussichten.

Dies führt uns zur zweiten Implikation der Rede von Regression, mit der nämlich angezeigt werden soll, dass aus dem Inneren der liberalen Demokratie selbst Kräfte erwachsen, die sich gegen diese Ordnung wenden – die liberale Demokratie also womöglich ihre eigenen Totengräber produziert, um eine bekannte Formulierung zu variieren. Umstritten ist dieser Befund insofern, als die angesprochenen Kräfte und ihre Basis für sich das in Anspruch nehmen, was auch ihre Gegner für sich reklamieren: die Rettung der Demokratie. Auch unter AfD-Wählenden nimmt laut Umfragen die Sorge um die Demokratie einen sehr prominenten Platz ein, was noch einmal verdeutlicht, dass der globale Befund einer Krise der Demokratie wenig aussagt, denn infrage steht ganz offensichtlich, was genau unter Demokratie zu verstehen ist und welche Demokratie es ist, die man zu retten zumindest vorgibt. Dabei mag es zutreffen, dass nicht-liberale Demokratien überhaupt keine Demokratien sind, wie im akademischen Diskurs des Öfteren versichert wird, aber dies ändert nichts daran, dass die Kämpfe um die Demokratie in der Realität auch gerade in ihrem Namen geführt werden. Womit auch schon deutlich benannt wäre, was tatsächlich in der Krise steckt, nämlich das, was im Übrigen erst in jüngster Vergangenheit „liberale“ Demokratie genannt wird: die ausgewogene Verbindung der Prinzipien der Volkssouveränität und des Rechtsstaats.

BEWAHRUNG UND PRÄVENTION

Damit kommen wir zur zweiten mutmaßlichen Krise, der Krise des Konservatismus. Konserva-

⁰¹ Vgl. Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004.

⁰² Vgl. Chantal Mouffe, *The Democratic Paradox*, London 2000.

⁰³ Vgl. Wendy Brown, *Wir sind jetzt alle Demokraten*, in: Giorgio Agamben et al., *Demokratie? Eine Debatte*, Berlin 2012, S. 55–71.

⁰⁴ Vgl. Armin Schäfer/Michael Zürn, *Die demokratische Regression*, Berlin 2021.

tismus ist eine notorisch schwer greifbare ideologische Formation, die sich selbst nicht einmal als eine solche, sondern typischerweise schlicht als Ausdruck des gesunden Menschenverstandes versteht. Doch auch der Konservatismus basiert auf einer Ansammlung mehr oder weniger systematisch aufeinander bezogener Vorstellungen, sodass er sich durchaus als eine Ideologie im wertfreien Sinne Michael Freedens rekonstruieren lässt,⁰⁵ auch wenn diese von einigen Widerprüchen und Paradoxien gekennzeichnet ist.

Der Ausgangsimpuls alles Konservativen liegt im Bewahren, doch auch Erzkonservative würden nie so weit gehen, das Bestehende insgesamt erhalten zu wollen. Vielmehr geht es darum, diejenigen Aspekte des Status quo zu verteidigen, von denen man glaubt, dass sie Teil einer natürlichen Ordnung sind. Diese natürliche Ordnung (man denke etwa an Geschlechterverhältnisse, Familienstrukturen, aber auch Wirtschaftssysteme) repräsentiert das Normale, das Selbstverständliche und soll eben aufgrund seiner Natürlichkeit bewahrt und damit in gewisser Weise auch unverfügbar bleiben. Wer daran zu rütteln versucht, wird entweder scheitern, das Gegenteil von dem erreichen, was bezweckt ist, oder schlicht katastrophale Konsequenzen heraufbeschwören, wie der Sozialwissenschaftler Albert O. Hirschman einst die „Rhetorik der Reaktion“ auf den Punkt gebracht hat.⁰⁶

Nun ist es keine zu unterschätzende Herausforderung, die genauen Konturen einer natürlichen Ordnung herauszupräparieren, die sich je nach konservativer Couleur im Idiom der Religion, der Anthropologie oder auch der Geschichte beschreiben lässt. Vereindeutigt wird die Lage daher typischerweise erst in dem Moment, in dem es konkrete Herausforderungen des Status quo gibt, die dann den konservativen Bewahrungsimpuls triggern. Oft ist es dann allerdings schon zu spät, die Verhältnisse sind bereits ins Rutschen geraten, und das, was man als Natürliches bewahren wollte, lässt sich bestenfalls nur mit künstlichen Mitteln aufrechterhalten – etwa, indem man bestimmte Normvorstellungen rechtlich festzuschreiben versucht. Im schlechtesten Fall lassen sich die Veränderungen überhaupt nicht aufhal-

ten, womit gewissermaßen die Tragik eines dergestalt zutiefst reaktiven Konservatismus bezeichnet ist.

Dass unliebsame Neuerungen trotz allen Widerstandes Realität werden, ist eine wiederkehrende Erfahrung des Konservativen und kann zum Schlüsselerlebnis werden, denn im Umgang damit scheidet sich der gemäßigte Konservatismus von seinem autoritären Widerpart.⁰⁷ Letzterer zieht an einem bestimmten Punkt die Schlussfolgerung, dass am Status quo angesichts seiner zunehmenden Deformierung nichts mehr zu bewahren und der Bruch mit ihm unvermeidlich ist, um zukünftig zu Erhaltendes überhaupt erst schaffen zu können. Dagegen versagt sich der gemäßigte und wahrhaft bürgerliche Konservatismus das Ausleben solcher Zerstörungsphantasien und söhnt sich typischerweise mit den Neuerungen aus, die nun eben Teil eines neuen Status quo sind. Ein Beispiel dafür – ähnliche Beispiele ließen sich aus anderen europäischen Kontexten ergänzen – ist die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Frankreich. Nachdem die französischen Konservativen jahrelang erbittert gegen sie angekämpft hatten, wurde sie 2013 gleichwohl eingeführt. Angesprochen darauf, ob er im Falle eines Wahlsiegs das Gesetz wieder abschaffen würde, sagte der ehemalige gaullistische Premier Alain Juppé 2016: „Die Ehe für alle ist nun Teil unseres Rechts und unserer Sitten, und ich werde nichts daran ändern.“⁰⁸ Er brachte so eine für den gemäßigten Konservatismus typische Haltung zum Ausdruck, die sich sowohl den autoritären Aktionismus, die kulturpessimistische Elegie, aber auch das reaktionäre Ressentiment versagt und die Energie für diese nicht zu unterschätzende Selbstdisziplinierungsleistung aus der Überzeugung schöpft, dass letztendlich keine einzelne Reform so wichtig beziehungsweise desaströs ist, dass man darüber eine immer dramatischere Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte riskieren und damit die Stabilität der Gesellschaft insgesamt aufs Spiel setzen müsste. Konservatismus ist in dieser ersten Hinsicht also ein *Regime des Bewahrens*.

⁰⁵ Vgl. Michael Freedom, *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford 1996.

⁰⁶ Vgl. Albert O. Hirschman, *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*, München 1992.

⁰⁷ Vgl. hierzu Thomas Biebricher, *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*, Berlin 2023, S. 33–37.

⁰⁸ Zit. n. Agnès Leclair, *Le mariage pour tous, sujet de divergences entre François Fillon et Alain Juppé*, in: *Le Figaro*, 23. 11. 2016.

Wenn es zutrifft, dass Veränderungen zwangsläufig sind und auch Konservative bei Licht betrachtet selten nach einer kompletten Zementierung des Status quo unter Ablehnung aller Reformen streben, stellt sich die Frage, wie genau sich dieser Wandel idealerweise vollziehen sollte. Aus konservativer Sicht lautet die Antwort, dass es um schrittweise Veränderung unter Einbeziehung bestehender Erfahrungen geht, aufbauend auf dem Bewährten.⁰⁹ Umgekehrt besteht das Schreckensbild des Konservativen in großflächigen, disruptiven, wenn nicht gar revolutionären Veränderungen, die im schlimmsten Fall auf Reißbrettentwürfen realitätsentrückter Intellektueller beruhen, die die Gesellschaft für unendlich nach ihrem Willen formbar halten – und damit unweigerlich in die Katastrophe führen. Das konservative Transformationsideal bezeichnen stattdessen organische Wachstumsprozesse; in gewisser Weise kann man aus dieser Perspektive jene Veränderungen nur hegend und pflegend begleiten, eher als Gesellschaftsgärtner denn als Sozialingenieur.

Wenn dies zutrifft, dann lässt sich daraus der Kategorische Imperativ konservativer Politik ableiten, der lautet: „Handle stets so, dass die Revolution nicht kommt/kommen muss.“ Doch was bedeutet das? Eine Antwort findet sich bereits in Giuseppe Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard“ von 1958, in dem es in strahlender Paradoxie sinngemäß heißt: Es muss sich alles ändern, damit alles bleiben kann, wie es ist. Gemeint ist damit, dass der Konservatismus beständig kleine Schrauben zu adjustieren hat, damit niemals am großen Rad gedreht werden muss. Hierin steckt eine beträchtliche Ambition, denn es verlangt von Konservativen die Fähigkeit, Entwicklungen zu antizipieren und angemessene Schritte einzuleiten, um Disruptionen zu verhindern. Ein wohlverstandener Konservatismus trauert also keineswegs ausschließlich einer verklärten Vergangenheit hinterher, sondern richtet sich in Reflexion und Handeln vor allem auf die Zukunft aus, um Gegenwärtiges zu wahren. Er ist – mit Michel Foucault gesprochen – eine Gouvernamentalität der Prophylaxe; das oben skizzierte Regime des Bewahrens verschränkt sich so mit einem *Regime der Prävention*.

KONSERVATIVER NIEDERGANG

Dass sich dieser gemäßigte Konservatismus, der in der rechten Mitte des politischen Spektrums angesiedelt ist, in einer Krise befindet, lässt sich an drei Entwicklungen festmachen, die oftmals auch in Kombination miteinander auftreten. *Ers-*
tens lässt sich seit längerer Zeit eine Tendenz des elektoralen Niedergangs verzeichnen; der Konservatismus – gerade auch in seiner christdemokratischen Variante – verliert teils dramatisch an Zuspruch in der Bevölkerung. Blickt man etwa auf das europäische Panorama, so gehören die deutschen Unionsparteien selbst mit ihrem jüngsten Wahlergebnis von unter 30 Prozent zu den zahlenmäßig stärksten Vertretern (Primus ist allerdings die griechische Nea Dimokratia mit 40 Prozent der Stimmen bei den Wahlen 2023). Bereits 2019 kam eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zu dem Schluss, dass sich die europäische Christdemokratie „auf Talfahrt“ befinde. Seitdem hat sich diesbezüglich nur wenig zum Besseren gewendet.¹⁰ Den dramatischsten Fall des konservativen Niedergangs liefert Frankreich, wo die Konservativen von 2007 bis 2012 letztmalig den Präsidenten in Person von Nicolas Sarkozy stellten. Ihr Kandidat François Fillon verpasste 2017 die Stichwahl, die Kandidatin Valérie Pécresse kam bei den Präsidentschaftswahlen 2022 nicht einmal auf fünf Prozent der Stimmen. Dass Les Républicains danach nicht auf dem politischen Abstellgleis landeten, ist einzig der ungewöhnlichen Konstellation im Parlament geschuldet, wo die Partei Emmanuel Macrons keine Mehrheit hat und nicht zuletzt auf die Konservativen angewiesen ist, auch wenn deren Fraktion nach sieben Prozent der Stimmen bei den jüngsten Parlamentswahlen gerade einmal 50 Abgeordnete umfasst.

Doch der zahlenmäßige Niedergang bei Wahlen ist nur ein Phänomen, in dem sich die konservative Krise manifestiert. Ein *zweites* besteht in der Selbstradikalisierung. Eine solche ließ sich schon vor vielen Jahren mit Blick auf Ungarn und Polen diagnostizieren, mittlerweile dürfte der prominenteste Fall in Westeuropa zu verzeichnen sein, und zwar in Form der britischen Tories. Deren letztlich gescheiterter Versuch, sich der Konkurrenz von rechts (UKIP, Reform UK) durch ei-

⁰⁹ Vgl. etwa die klassischen Ausführungen bei Michael Oakeshott, *On Being Conservative*, in: Roger Scruton (Hrsg.), *Conservative Texts*, Basingstoke 1991, S. 242–253.

¹⁰ Vgl. Karsten Grabow, *Auf Talfahrt? Europas Christdemokraten im Vergleich*, in: *Die Politische Meinung* 558/2019, S. 47–54.

nen eigenen strammen Rechtskurs zu entledigen, war über einige Jahre elektoral höchst erfolgreich, doch nach dem Chaos der letzten Regierungsjahre stürzte die Partei bei den Wahlen 2024 dramatisch ab und verlor nicht weniger als zwanzig Prozentpunkte. Ein mehr oder weniger dramatischer Rechtsdrift ehemals gemäßigt konservativer Parteien ist im Übrigen fast überall in den europäischen Parteiensystemen zu beobachten.

Bei der *dritten* Tendenz, der Kooperation zwischen Konservativen und rechtsautoritären Kräften, handelt es sich gewissermaßen um eine Kombination der ersten beiden. Sie wird typischerweise dadurch ermöglicht (oder erforderlich), dass konservative Parteien zum einen zu schwach sind, um aus eigener Kraft die Regierung zu bilden, und sie zum anderen weit genug nach rechts gerückt sind, um offen für Kooperationen mit Rechtsaußenparteien zu sein, sei es in Form von Koalitionen (etwa in Finnland, Italien oder Kroatien) oder in Duldungsmodellen (zum Beispiel in Schweden). Diese Arrangements drohen allerdings die konservative Krise weiter zu verschärfen, denn von ihnen profitieren fast immer die Rechtsaußenpartner, wie die Beispiele Italiens, Österreichs und der Niederlande bestätigen.

Und so kann man sich natürlich das Bild schönreden mit dem Hinweis darauf, dass Konservative in einer Vielzahl europäischer Länder „an der Macht“ sind. Bei genauerem Hinsehen aber zeigt sich, dass sie oftmals nur noch Juniorpartner in Rechtskoalitionen sind (Italien) oder sich als Minderheitsregierung von rechts tolerieren lassen müssen (Schweden) – wenn sie nicht sogar, wie es vielerorts der Fall ist, als christdemokratische Konservative am politischen Existenzminimum darben.

KONSERVATIVE UND DIE KRISE DER LIBERALEN DEMOKRATIE

Aus nicht-konservativer Perspektive werden diese Entwicklungen, die alle darauf hindeuten, dass die rechte Mitte zusehends verwaist, bisweilen achselzuckend oder gar mit einer gewissen Genußtuung zur Kenntnis genommen. Und natürlich steht außer Frage, dass der Konservatismus beileibe nicht die einzige politische Kraft ist, die in einer Krise steckt – man frage einmal bei Sozialdemokraten und Liberalen nach. Aber es gibt gute Gründe, aus liberaldemokratischer Perspektive der Krise des Konservatismus besondere Be-

deutung zuzumessen. In seinem Buch „Conservative Parties and the Birth of Democracy“ zeigt der Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt, dass der Erfolg europäischer Demokratisierungsprozesse im 19. und frühen 20. Jahrhundert entscheidend von Zustand und Ausrichtung konservativer Kräfte abhing:¹¹ In Großbritannien konnte eine vitale Tory-Partei den Eliten des *Ancien Régime* die Sicherheit bieten, dass sich Demokratisierungsprozesse nicht zu einer zweiten Französischen Revolution ausweiten würden, und konnte so die durchaus vorhandenen demokratiefeindlichen Kräfte binden. In Deutschland hingegen hatte man es mit einer fragmentierten konservativen Bewegung zu tun, deren diverse Strömungen zudem mehr oder weniger anfällig waren für reaktionäre und/oder autoritäre Tendenzen, sodass die Weimarer Republik eine Demokratie ohne Demokraten blieb; zumindest galt dies für das Gros der Kaiserreich-Eliten. Ziblatts Argument lässt sich meiner Ansicht nach dahingehend ausweiten, dass konservativen Kräften vor allem in Krisenzeiten eine entscheidende Rolle zukommt, wenn es um den Erhalt halbwegs liberaler Demokratien geht – unabhängig davon, ob es sich um junge oder alte Demokratien handelt. Der Grund liegt in der besonderen Stellung, die der Konservatismus gegenüber rechtsautoritären Kräften einnimmt.

Zunächst lässt sich hier auf die geschichtlichen Erfahrungen nicht zuletzt im deutschen Kontext verweisen. Schließlich waren es bekanntlich eben jene anfälligen Konservativen, die bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten als Steigbügelhalter fungierten. Überall dort, wo Faschismen im Europa der Zwischenkriegszeit mehr oder weniger weitreichende Erfolge verzeichneten, hatten sie das auch der Schwäche und/oder der tätigen Mithilfe von Konservativen zu verdanken. Daraus lässt sich folgern, dass die Schwäche oder gar das Verschwinden eines gemäßigten Konservatismus eine entscheidende Bedingung dafür ist, dass ein rechtsautoritärer Durchmarsch an die Macht gelingt – zumindest dann, wenn das so entstehende Vakuum nicht von links gefüllt werden kann, was angesichts der strukturellen Schwäche der Sozialdemokratie vielerorts aktuell nicht der Fall sein dürfte. Nicht von ungefähr wird mittlerweile etwa von

¹¹ Vgl. Daniel Ziblatt, *Conservative Parties and the Birth of Democracy*, Cambridge 2017.

der AfD ungeniert die Losung ausgegeben, dass es ihr um die Zerstörung der CDU gehe.

Dieses Kalkül ist insofern nachvollziehbar, als konservative Kräfte diejenigen sind, die gegenüber der radikalen Rechten am effektivsten „Gatekeeping“ betreiben können: Bestimmte Positionen, Rhetoriken, aber auch Personalien können als inakzeptabel im pluralistisch-demokratischen Kontext markiert und damit ausgegrenzt werden. Natürlich wird Gatekeeping auch von anderen politischen Kräften betrieben, aber entscheidend ist, ob Konservative sich etwa die Erzählung vom Bevölkerungsaustausch zu eigen machen oder als rechtes Verschwörungsnarrativ brandmarken.¹² Rechtsradikale Inhalte, Semantiken und Personen können nur salonfähig und in diesem Sinne normalisiert werden, wenn konservative Kräfte nicht mehr willens oder in der Lage sind, dieses Gatekeeping zu betreiben.

Zuletzt ist es aber auch das spezifische Profil des Konservatismus, wie ich es hier skizziert habe, das ihm eine besondere Bedeutung im aktuellen Kontext von Polykrise und demokratischer Regression gibt. Das Geschäftsmodell der Rechtsautoritären beruht nicht zuletzt darauf, aus Zukunfts- und Verlustängsten beziehungsweise entsprechenden Erfahrungen politischen Profit zu schlagen und (krisenbedingte) Veränderungen als Bedrohung zu codieren, um dann bestimmte Gruppen (Eliten, Migranten) dafür verantwortlich zu machen. Konservative verfügen zumindest prinzipiell über die diskursiven Ressourcen, den Narrativen jener Verlustunternehmer von rechts Alternativen gegenüberzustellen und Veränderungen nicht einzig als Bedrohung, sondern als grundsätzlich meisterbare Herausforderungen zu charakterisieren. Seine diesbezügliche Stärke wurzelt in der tiefen Ambivalenz des Konservatismus bezüglich Transformationsprozessen, denen er einerseits selbst skeptisch gegenübersteht, deren Unvermeidlichkeit er bei bewusst betriebenen Reformen aber auch klar vor Augen hat.

Dies verleiht ihm die grundsätzliche Fähigkeit, Veränderungsprozesse zu flankieren und zu moderieren, indem er gegenüber denjenigen, die Verlusten ausgesetzt sind, authentische Empathie (symbolischer oder materieller Natur) aufbringt – und indem die Fähigkeit, gegenwärtige

und zukünftige Krisen zu meistern, wenn nicht gar präventiv zu verhindern, an die Vergangenheit und die eigenen Wurzeln zurückgebunden wird. Dabei hilft ein Gespür für die Fragilität des Sozialen und die begrenzten Bindekräfte des gesellschaftlichen Kitts, das den Konservatismus in seinen hellstehenden Momenten auszeichnet und das eine gewisse Behutsamkeit bei als erforderlich erkannten Transformationsprozessen nahelegt. All dies kann dem Konservatismus eine Glaubwürdigkeit oder gar Autorität gerade in Milieus verleihen, die für weiter links positionierte politische Kräfte nicht (mehr) erreichbar sind. Auch schmerzhaften Veränderungsprozessen kann so zu einer gewissen gesellschaftlichen Akzeptanz verholfen werden.

Zweifelloos hat der real existierende Konservatismus der jüngeren Vergangenheit diese Potenziale nicht immer ausgeschöpft, um es vorsichtig auszudrücken, und dies ist *eine* Erklärung für die demokratischen Krisensymptome unserer Zeit. Zu kommod war es etwa im deutschen Kontext, unambitioniert „auf Sicht“ zu fahren statt präventiv zu agieren, allzu leicht macht man sich wirtschaftsliberale Positionen zu eigen und produziert damit jene Ungleichheiten mit, die zu den Entfremdungen beitragen, die die demokratische Regression heute kennzeichnen. Zu leicht auch gerät eine aus konservativer Sicht kluge Behutsamkeit beim Reformieren zur Rechtfertigung für politischen Stillstand, wenn nicht gar Rückschritt; und zu verführbar zeigen sich Konservative vielerorts gegenüber den Sirenengesängen der Disruption, die bisweilen wie Kettensägen klingen. Nichtsdestotrotz: Als Gedankensystem und auch als gewachsene Regierungsrationaltät verfügt der Konservatismus über Ressourcen, die es ihm ermöglichen würden, eine prominente Rolle bei der Bewältigung der gegenwärtigen Regression zu spielen. Im Umkehrschluss gilt: Wo der gemäßigte Konservatismus den Halt verliert, da droht auch die liberale Demokratie ins Wanken zu geraten.

THOMAS BIEBRICHER

ist Heisenberg-Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie, Ideengeschichte und Theorien der Ökonomie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

¹² Vgl. Vicente Valentim, *The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Supply and Demand*, Oxford 2024.

VOM NUTZEN UND SCHADEN DER „BRANDMAUER“

Zwei Perspektiven

Wie in nahezu allen europäischen Demokratien wird auch in Deutschland kontrovers über den Umgang insbesondere konservativer und christdemokratischer Parteien mit rechtspopulistischen beziehungsweise rechtsextremen Akteuren diskutiert. Christian Stecker und Ursula Münch über die demokratietheoretischen Kosten von Abgrenzung und Kooperation.

Warum eine hermetische Brandmauer undemokratisch ist

Christian Stecker

Wenn die Republik nicht darüber streitet, wie Wehrpflicht, Rente oder Schuldenbremse umgestaltet werden müssten, debattiert sie darüber, wie man es mit der AfD halten soll. Status quo im Umgang mit der AfD ist der als „Brandmauer“ bezeichnete Ausschluss jeglicher Kooperation zumindest in Landtagen und im Bundestag durch alle anderen Parteien. Für diese Form der Brandmauer sprechen sich viele Menschen aus, oft tief davon überzeugt, dass von ihr der Fortbestand der Demokratie abhängt. Das Thema ist freilich komplex. Möchte man nicht engagiert aneinander vorbeidiskutieren, sind einige Vorklärungen wichtig: Was genau ist die Brandmauer? Was schützt sie? Wie funktioniert der Schutzmechanismus, und welchen direkten und indirekten Nutzen oder Schaden hat er? Geringfügig unterschiedliche Antworten auf diese Fragen können bereits zu einem gegensätzlichen Gesamturteil führen. Zwei Personen können sich zum Beispiel völlig darüber einig sein, dass die AfD eine antidemokratische Partei ist, die von der Macht ferngehalten werden muss. Glaubt aber einer von

beiden, dass gerade dieses Ziel durch die Brandmauer konterkariert wird, wird er sie schleifen und nicht aufrechterhalten wollen.

Ich werde im Folgenden eine kritische Perspektive zur Brandmauer einnehmen. Damit sollen wohlgermerkt keinerlei inhaltliche Positionen der AfD begründet oder verteidigt werden, sondern es geht allein um die prozedurale Frage, wie angesichts unauflösbarer Meinungsverschiedenheiten und mitunter schwieriger Mehrheitsverhältnisse demokratische Entscheidungen getroffen werden können. In diesem Sinne halte ich eine *hermetische* Brandmauer, also den vollständigen Ausschluss der AfD von der parlamentarischen Mehrheitsbildung, für undemokratisch. Die Brandmauer verweigert den Wählerinnen und Wählern der AfD eine faire und sichtbare Berücksichtigung ihrer Interessen im Repräsentationsprozess – und das auch bei Themen, die mit Demokratie und Menschenrechten sehr wenig zu tun haben. Zudem müsste die Brandmauer inzwischen auch all denjenigen als strategisch zweifelhaft erscheinen, die damit die AfD schrumpfen oder die Demokratie retten wollen. Alle Parteien diesesits der Brandmauer verbauen sich mit ihr die Möglichkeit, unterscheidbar und somit attraktiv für Wählerinnen und Wähler zu bleiben. Die AfD wiederum wird so faktisch vor jeder realpolitischen Herausforderung und dem verschleißenden Alltagsgeschäft der repräsentativen Demokratie geschützt. Dies schadet vor allem CDU und CSU.

Diese beiden Kritikpunkte münden indes nicht in die einfache Forderung nach einem Abriss der Brandmauer. Die heutige AfD liefert ge-

nügend Anlässe, ihr auch als parteipolitisch neutraler Demokrat weniger Wählerstimmen und ein Fernbleiben von jeglicher Regierungsmacht zu wünschen. Ein adäquater Umgang mit der derzeitigen Situation erfordert jedoch, die Praktiken der parlamentarischen Mehrheitsbildung zu reformieren. Anstatt immer mehr und immer unterschiedlichere Akteure in rigide Mehrheitskoalitionen zu zwingen, sollten die Parteien thematisch flexibel kooperieren. Eine solche flexible Mehrheitsbildung unter Einschluss der AfD würde die legitimen Ansprüche ihrer Wähler wahren, das strategische Dilemma der etablierten Parteien lindern – und auch die potenziellen Gefahren für die Demokratie reduzieren.

WAS IST UNDEMOKRATISCH AN DER BRANDMAUER?

Wer das Verhältnis der Brandmauer zur Demokratie klären möchte, muss zunächst sein Demokratieverständnis offenlegen. Hier soll Demokratie als ein Arrangement aus Regeln und Verhalten verstanden werden, das anstrebt, politische Gleichheit zu verwirklichen: Die Interessen aller Bürger sollen bei politischen Entscheidungen fair berücksichtigt werden.⁰¹ Ein solches Demokratieverständnis liegt näher an einem schmalen „elektoralen“ als an einem maximalen „liberalen“ Verständnis.⁰² Auch in einem solchen Modell müssen Bürgerrechte und institutionelle Voraussetzungen für einen fairen Austrag von Konflikten allerdings vor dem Zugriff einer zerstörungswilligen Mehrheit geschützt werden. Was die Demokratie an Entscheidungen hervorbringt – mehr oder weniger Europäische Integration, mehr oder weniger Migration, mehr oder weniger Umverteilung –, ist jedoch nicht Bestandteil der Konzeption. Entscheidungen über diese Themen müssen sich vielmehr aus einem fairen und friedlichen politischen Wettbewerb ergeben. In einer repräsentativen Demokratie muss politische Gleichheit zweistufig verwirklicht werden:⁰³ Auf der Wahlebene müssen Wählerinnen und Wähler anhand von Parteipro-

grammen und zurückliegenden Leistungen ihre Repräsentanten frei bestimmen können, die so dann im Parlament kollektiv verbindliche Entscheidungen treffen.

Eine erste Variante der Brandmauer lässt sich schon auf der Wahlebene errichten. In einigen politikwissenschaftlichen Studien etwa wird implizit dafür plädiert, dass Themen, Rhetorik oder Inhalte der radikalen Rechten von den übrigen Parteien nicht übernommen werden sollten, weil sie dadurch normalisiert beziehungsweise legitimiert würden.⁰⁴ Der Schutzmechanismus besteht also darin, moralisch inakzeptable Positionen zu stigmatisieren und ein Übergreifen auf noch mehr Wählerinnen und Wähler zu verhindern. Und tatsächlich: Wenn ein etablierter konservativer Politiker etwa sagt, dass „zu viele Menschen aus fremden Kulturen“ ins Land gekommen seien, stimmen mehr Wähler einer solchen Aussage zu, als wenn sie nur von einem Vertreter einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei geäußert würde.⁰⁵ Allerdings ist nicht immer so ganz klar, wo genau die Grenzen zu extremen und nicht tolerierbaren Positionen verlaufen, die auf keinen Fall „normalisiert“ werden dürfen. Es ist eine Sache, Vertreter extremer Positionen rasch durch clevere Gegenstrategien elektoral marginalisieren zu wollen. Eine andere, demokratietheoretisch ungleich problematischere ist es, immer mehr inhaltliche Positionen zum unverfügbaren Bestandteil einer liberalen Demokratie zu erklären – und sie damit Meinungsstreit und Mehrheitsentscheid zu entziehen.⁰⁶

Ein größeres normatives Problem ergibt sich aber aus dem Umgang mit der AfD in den Parlamenten. Zunächst kann sich die Partei sicher nicht darüber beklagen, dass sie mit ihren Ansichten im Bundestag und in den Landtagen kein angemessenes Gehör findet. Wie alle anderen Fraktionen erhält sie proportional zu ihrer Stärke Redezeit. Auch ist die AfD nicht gezwungen, ihre Reden primär ans Plenum zu richten, sondern sie kann

⁰¹ Vgl. Robert A. Dahl, *On Democracy*, New Haven 1998.

⁰² Vgl. Adam Przeworski, *Who Decides What Is Democratic?*, in: *Journal of Democracy* 3/2024, S. 5–16.

⁰³ Vgl. Steffen Ganghof, *Politische Gleichheit und echte Mehrheitsdemokratie. Über die normativen Grundlagen institutioneller Arrangements*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3/2005, S. 741–763.

⁰⁴ Vgl. Werner Krause/Denis Cohen/Tarik Abou-Chadi, *Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties*, in: *Political Science Research and Methods* 1/2023, S. 172–179.

⁰⁵ Vgl. Diane Bolet/Florian Foos, *Media Platforming and the Normalisation of Extreme Right Views*, in: *British Journal of Political Science* 2025, <https://doi.org/10.1017/S0007123425000195>.

⁰⁶ Vgl. Philip Manow, *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*, Berlin 2024.

den Bundestag als Bühne für ihre Videos auf TikTok und Facebook nutzen, in denen die Abgeordneten anderer Parteien oft unfreiwillig als empörte Komparsen auftreten. Dass die AfD und ihre Themen in den sozialen Medien, vor allem auf TikTok, algorithmisch massiv bevorzugt werden, kommt noch hinzu. Vielleicht hätte man sich früher überlegen sollen, ob die Organisation politischer Öffentlichkeit wirklich sinistren Tech-Unternehmen überlassen werden sollte.

Ebenso ist die AfD nicht daran gehindert, in den Parlamenten eigene Anträge und Gesetze einzubringen oder aktuelle Stunden zu beantragen. Diese vermeintliche demokratische Selbstverständlichkeit ist einer doppelten Würdigung wert: Zum einen organisieren sich die 17 Parlamente in der Bundesrepublik traditionell im Konsens aller Parteien. Die parlamentarische Tages- und Geschäftsordnung steht dabei aber permanent unter einem mehrheitsdemokratischen Vorbehalt, der bisher nur bei Personalentscheidungen (Stichwort: Parlamentspräsidium und Ausschussvorsitze) nennenswert gegen die AfD-Minderheit in Stellung gebracht wurde. Zum anderen ist es für die „Normalisierung“ einer Partei bereits erheblich, wenn sie von vielen Menschen demokratisch gewählt wird⁰⁷ und ihre Ansichten im Parlament, dem Herzen der Demokratie, vortragen darf. Die Bedeutung anderer Mechanismen der Normalisierung, die etwa im Umgang anderer Parteien mit der AfD liegen, relativiert sich dadurch deutlich.

Wenn ein Parlament lange genug über eine Frage debattiert hat, wird üblicherweise mit Mehrheit über sie entschieden. Die Mehrheitsregel ist die institutionelle Verwirklichung politischer Gleichheit.⁰⁸ Von dieser Mehrheitsbildung ist die AfD aufgrund der derzeitigen Form der Brandmauer vollständig ausgeschlossen. Alle Parteien haben sich faktisch dazu verpflichtet, mit ihr keine gemeinsamen Mehrheiten herbeizuführen oder Kompromisse anzustreben. Diese *hermetische* Brandmauer ist sozusagen ein undemokratischer Verdachtsfall, weil sie politische Gleichheit einschränkt. In der repräsentativen Demokratie

erfolgt demokratische Teilhabe der Wähler über die von ihnen gewählten Parteien. Dazu müssen diese im Parlament die gleichen Chancen haben, Entscheidungen zu beeinflussen – verstanden als gleiche Teilhabechancen innerhalb fairer Regeln, nicht als gleiche Erfolgsaussichten. Diese gleichen Teilhabechancen hat die AfD derzeit grundsätzlich nicht. Sie kann nur „überflüssiger“ Teil übergroßer Mehrheiten mit anderen Parteien sein – oder mit anderen Parteien aufseiten der unterlegenen Minderheit stehen. Den Ausschlag für eine Entscheidung darf sie niemals geben. Jede potenzielle exklusive Mehrheit wird – unbeschadet der Abstimmungsinhalte – allein dadurch unmöglich, dass auch AfD-Abgeordnete ihre Hand dafür heben.

Eine *thematische* Brandmauer wäre für Vertreter einer liberalen Demokratie gleichwohl zu rechtfertigen, wenn dadurch eine Mehrheit für eine moralisch inakzeptable Entscheidung verhindert würde – mit der Fußnote, dass nun einmal häufig umstritten ist, was moralisch (in-)akzeptabel ist. Anhänger eines elektoralen Demokratiemodells können guten Gewissens eine Brandmauer stützen, wenn diese verhindert, dass die politische Gleichheit der Bürger unterminiert wird – etwa durch ein Gesetz, das die politischen Beteiligungsrechte „nicht-assimilierter Staatsbürger mit Migrationshintergrund“ einschränkt. Wenn sich jedoch eine Mehrheit zu Grunderwerbsteuer, Rundfunkbeitrag oder Kernenergie formiert, sind Anhänger der elektoralen wie der liberalen Demokratiekonzeption bei der Rechtfertigung einer (hermetischen) Brandmauer blank, denn auch die Wählerinnen und Wähler der AfD haben in diesen Fragen legitime Interessen – die aber durch die Brandmauer keine Berücksichtigung finden.

UNDEMOKRATISCHER VERDACHTSFALL

Wer nun die hermetische Brandmauer kritisiert und diese auch noch provokant im verdrehten Verfassungsschutzdeutsch als „undemokratischen Verdachtsfall“ bezeichnet, muss sich womöglich fragen lassen, warum noch niemand diese große Ungerechtigkeit erfolgreich vor das Bundesverfassungsgericht getragen hat. Die Antwort: Der normativ besonders problematische Teil der Brandmauer ist auch besonders gut versteckt. Denn zunächst lenkt der gleiche *Zähl-*

⁰⁷ Vgl. Vicente Valentim, *The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand*, Oxford 2024.

⁰⁸ Vgl. Anthony McGann, *The Logic of Democracy. Reconciling Equality, Deliberation, and Minority Protection*, Ann Arbor 2006.

wert der Stimmen der AfD im Parlament davon ab, dass ihr *Erfolgswert* gegenüber anderen Parteien gemindert ist. Selbstverständlich werden alle Stimmen der AfD-Abgeordneten gezählt und gleich gewichtet – es gilt ganz urdemokratisch: *one MdB, one vote*. Die Brandmauer führt aber dazu, dass die Stimmen der AfD-Abgeordneten niemals den Ausschlag für eine Entscheidung geben können.

Der Lärm um die wenigen Ausnahmen bestätigt diese Regel. Im September 2023 beispielsweise setzte die (damals noch oppositionelle) Thüringer CDU mit den Stimmen der AfD einen Gesetzentwurf zur Senkung der Grunderwerbsteuer durch, ein Anliegen aus dem CDU-Wahlprogramm. Offensichtlich gab es hier inhaltliche Schnittmengen zwischen beiden Fraktionen. Die Leitmedien der Republik kritisierten diesen Tabubruch harsch; der Ministerpräsident der überstimmten rot-rot-grünen Minderheitsregierung, Bodo Ramelow, beklagte einen „Pakt mit dem Teufel“. Am 29. Januar 2025 erlangte ein Entschließungsantrag der Unionsfraktion zur Begrenzung der Asyleinwanderung im Bundestag gemeinsam mit der AfD eine Mehrheit. Die Empörung war noch größer, und selbst die siegreiche Urheberin des Antrags war niedergeschlagen. Oppositionsführer und Kanzlerkandidat Friedrich Merz bedauerte diese Mehrheit ausdrücklich – nicht etwa wegen des Abstimmungsinhaltes, den er für das „Richtige“ hielt, sondern weil die Mehrheit nur mit der AfD zustande gekommen war. Jedoch bedeuten Schnittmengen zwischen der AfD und anderen Parteien über das, was „richtig“ ist, nicht unbedingt Deckungsgleichheit ihrer Positionen. Die AfD vertritt oft deutlich radikalere (und nicht mehrheitsfähige) Positionen, gerade in der Migrationspolitik. Mit der Union war sie sich am 29. Januar 2025 aber darüber einig, in welche Richtung der geltende Status quo verschoben werden sollte. Umfragen kann man entnehmen, dass auch eine Mehrheit der Bevölkerung diese Verschiebung seinerzeit befürwortete.

Jenseits dieser Ausnahmen werden Abstimmungssituationen angestrengt vermieden, in denen sich mehrheitsfähige Schnittmengen mit der AfD in einer Entscheidung manifestieren könnten. Dies benachteiligt zwangsläufig die Wähler der AfD. Wie man mit einer Partei umgeht, so geht man in der repräsentativen Demokratie unweigerlich auch mit ihren Wählerinnen und

Wählern um.⁰⁹ Diese sind in Plädoyers für die Brandmauer ohnehin erstaunlich abwesend. Sie figurieren allenfalls als verführte oder fehlgeleitete Masse, weniger als politisch Gleiche. Die hermetische Brandmauer benachteiligt sogar Wähler, die gar nicht AfD gewählt haben – nämlich dann, wenn einzelne ihrer Anliegen in Parlamenten ohne Brandmauer mehrheitsfähig wären. Dass sich unter diesen Wählern überproportional viele Ostdeutsche, Arbeiter und Niedrigqualifizierte finden, ist zusätzlich misslich, handelt es sich doch um Menschen, die sich ohnehin vom politischen System vernachlässigt fühlen, objektiv teils schlechter repräsentiert sind¹⁰ und von der AfD auch deskriptiv, also mit Blick auf Beruf oder Bildung ihrer Politiker, besser abgebildet werden.¹¹ Politische Gleichheit sollte an verschiedenen Stellen des politischen Systems sichtbar werden, damit sich die Bürger auch als politisch Gleiche erkennen können.¹²

Der demokratische Defekt des hermetischen Ausschlusses der AfD wird noch umfassender durch den Koalitionszwang verdeckt. Die Bundesrepublik hat, anders als etwa die nordischen Länder, keine Tradition wechselnder parlamentarischer Mehrheiten. Üblicherweise wird eine einzige feste Koalition vereinbart, die alle Gesetzgebungsmehrheiten vorwegnimmt und jede Oppositionspartei davon ausschließt. Passend zu dieser schon immer und zunehmend zwanghaft geübten Praxis wird die Brandmauer zuvorderst als Ausschluss der AfD von jeder Regierungskoalition gedacht – mit der Folge, dass die AfD immer auf die Oppositionsbänke verwiesen wird. Ihre permanenten Abstimmungsniederlagen sind dadurch vom völlig üblichen Ausschluss aller Oppositionsparteien durch die Regierungskoalition nicht zu unterscheiden. Im Bundestag müssen derzeit etwa auch Grüne und Linke ertragen, dass ihre eigenen Geset-

⁰⁹ Vgl. Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2025, S. 210.

¹⁰ Vgl. Lea Elsässer/Svenja Hense/Armin Schäfer, „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/2017, S. 161–180.

¹¹ Vgl. Nikolas Dietze, Lokale Repräsentationsspezifika der AfD im Vergleich: Klassenfragen im Kontext der sachsen-anhaltinischen Kommunalwahl 2024, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 2/2025, S. 163–179.

¹² Vgl. Jane Mansbridge, Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent Yes, in: The Journal of Politics 3/1999, S. 628–657.

ze an der schwarz-roten Regierungsmehrheit scheitern.

Wurde hier gerade ein argumentativer Tuschenspielertrick bemüht, der die Kritik am Ausschluss der AfD aus einer hypothetischen Welt wechselnder Mehrheiten herleitet? Nicht ganz. Denn bereits die kommunizierte pauschale Ausgrenzung der AfD durch die anderen Parteien kann nicht spurlos an der demokratischen Teilhabe ihrer Wähler vorübergehen. Hinzu kommt, dass alle anderen Parteien – mit Einschränkungen im Fall der Linken – grundsätzlich als Koalitionspartner infrage kommen. Grüne und Linke werden zudem auch als derzeitige Oppositionsparteien ihre Vorstellungen einbringen können, wenn bei der Reform der Schuldenbremse ihre Stimmen für eine verfassungsändernde Mehrheit gebraucht und gesucht werden. Und schließlich verbaut die Brandmauer den Weg in eine von manchem favorisierte hypothetische Welt, in der flexible Mehrheiten die Komplexität eines fragmentierten Parteiensystems demokratischer und pragmatischer in Entscheidungen übersetzen.¹³ Eine mögliche Minderheitsregierung der Union, die mit wechselnden Mehrheiten regiert, gilt vielen jedoch als naiv bis gefährlich, weil die AfD hier Teil einiger thematischer Mehrheiten wäre.

WARUM DIE BRANDMAUER POLITISCH KONTRAPRODUKTIV IST

Die hermetische Brandmauer verursacht auch einen politischen Kollateralschaden. Demokratische Parteien stehen ständig in einem Dilemma zwischen Einigkeit und Unterscheidbarkeit. Einerseits müssen sie hinreichend einig sein, um Entscheidungen treffen zu können. Dazu müssen sie ihre Minderheitenpositionen in mehrheitsfähige Kompromisse und damit demokratisch legitimierte Entscheidungen überführen. Andererseits sollen die Parteien dabei aber unterscheidbar und attraktiv für ihre Wähler bleiben. Leider nehmen viele Wähler Kompromisse als Abkehr von den ursprünglichen Überzeugungen, wenn nicht gar als Verrat an den eigenen Prinzipien wahr – die Akzeptanz von Pluralismus und abweichenden Meinungen scheint uns nicht in die Wiege

gelegt worden zu sein.¹⁴ Dies fällt vor allem Regierungsparteien auf die Füße. Es scheint inzwischen eine politische Gesetzmäßigkeit zu sein, dass sie im Laufe ihrer Regierungstätigkeit an Popularität und Stimmen verlieren.¹⁵ Je größer die Meinungsunterschiede sind, die politische Parteien überbrücken müssen, desto höher sind offenbar die politischen Kosten von Kompromissen. Der deutsche Fetisch für das Koalitionskorsett maximiert diese Kosten, da man sich darin in nahezu jeder Frage zu einem Kompromiss quälen muss.

Im zersplitterten Parteiensystem mit Brandmauer und erstarkender AfD explodieren diese Kosten. Diesseits der Brandmauer müssen sich nun immer mehr Parteien in Koalitionen mit Einigungszwang zusammenraufen. Wenn sich nun aber schwarz-grüne, schwarz-rote, Kenia-Koalitionen (Union, SPD und Grüne) und demnächst in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern vielleicht eine Anti-AfD-Allparteienkoalition auf Kompromisse in der Integrations- und Migrationspolitik einigen müssen, wird es einerseits schwer, diese Einigkeit überhaupt herzustellen. Der unvermeidbare Streit wird an der Reputation der beteiligten Parteien kratzen, wie die gescheiterte Ampel-Koalition auf Bundesebene eindrucksvoll belegt hat.¹⁶ Und wenn die Kompromisse dann endlich geschmiedet sind, bleibt andererseits viel Unterscheidbarkeit auf der Strecke.

Die Brandmauer ist daher vor allem auch für die Union eine Gefängnismauer. Trotz zahlreicher tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten (etwa in Sachen Europäischer Integration oder zum Umgang mit Russland) bestehen durchaus thematische Schnittmengen mit der AfD, zum Beispiel in der Migrationspolitik – nicht im Sinne identischer Positionen, aber mit Blick auf die grobe Richtung von Politik. Dort wären Kompromisse für die Union billiger zu haben als in anderen Konstellationen. Die Brandmauer zwingt die Union zu Dauerkompromissen mit den Parteien zu ihrer Linken. Sie wird dadurch vor allem

¹³ Vgl. Christian Stecker, *Ohne Koalitionskorsett und Brandmauern. Wie flexible Mehrheiten die Demokratie stärken*, Frankfurt/M.–New York 2026 (i.E.).

¹⁴ Vgl. David Fortunato, *The Cycle of Coalition: How Parties and Voters Interact Under Coalition Governance*, Cambridge 2021.

¹⁵ Vgl. Heike Klüver/Jae-Jae Spoon, *Helping or Hurting? How Governing as a Junior Coalition Partner Influences Electoral Outcomes*, in: *The Journal of Politics* 4/2020, S. 1231–1242.

¹⁶ Vgl. Robin Alexander, *Letzte Chance. Der neue Kanzler und der Kampf um die Demokratie*, München 2025.

für rechtskonservative Wähler unattraktiv und auch unglaublich, wenn die normativen Prämissen der hermetischen Brandmauer nicht geteilt werden. In einem ähnlichen Dilemma steckte übrigens vor Jahren die SPD, als häufig linke Mehrheiten mit Grünen und PDS beziehungsweise Linkspartei zwar vorhanden, aufgrund des selbst auferlegten und von der Union befeuerten Kooperationsverbots (Stichwort: „Rote Socken“) aber unverfügbar waren. Jede hier geäußerte Kritik ist vollständig auf die damalige und noch heute von der Union aufrechterhaltene „Brandmauer nach links“ übertragbar.

Zugleich besteht kein Zweifel daran, dass die Wählerinnen und Wähler die Union massiv abstrafen würden, wenn sie eine Koalition mit der AfD einging;¹⁷ vermutlich würde sie als Partei daran zerbrechen. Die Kombination aus Koalitionszwang und Regierungsbeteiligung der AfD wäre auch das schlechteste aller Szenarien: Ausgestattet mit Veto- und Agendamaß, die sich Koalitionsparteien zugestehen müssen, könnte die AfD zahlreiche ihrer radikalen Forderungen realisieren. Dass dabei auch die Institutionen und Normen einer elektoralen Demokratie beschädigt werden könnten, ist ausweislich der Äußerungen ihrer Politiker und deren Sympathien für Putin, Trump oder Orbán durchaus zu befürchten.

Vielschichtiger fallen die Vermutungen hinsichtlich eines Mittelwegs aus. Lässt man die Union zum Beispiel in Befragungsexperimenten eine restriktivere Einwanderungspolitik vertreten oder einzelne eigene Vorschläge gemeinsam mit der AfD abstimmen, deutet sich für die Union zwar nicht unbedingt ein klarer Nettogewinn an; sie verliert einige Wähler nach links, kann dafür aber Wähler von der AfD zurückgewinnen.¹⁸ Wer in der AfD eine Gefahr für die Demokratie sieht, müsste an dieser Aussicht zumindest etwas Gefallen finden.

Überhaupt liegt in einer flexibleren Mehrheitsbildung im Parlament möglicherweise eine salomonische Lösung des Brandmauerproblems.

Wie in Skandinavien oder Neuseeland könnten sich die deutschen Parteien darauf verlegen, je nach Thema profilschonende Kompromisse einzugehen und nicht mehr nur entlang der formalen Grenzen von Regierung und Opposition zu kooperieren. Diese auf Themen fokussierte Mehrheitsbildung maximiert politische Gleichheit¹⁹ und minimiert den Profilverschleiß der an Kompromissen beteiligten Parteien. Schließlich hat diese Art der Mehrheitsbildung einen unaufhaltsamen Drang in die Mitte: Radikale Kräfte können zu Politikverschiebungen beitragen, aber kaum ihre extremen (weil nicht mehrheitsfähigen) Originalpositionen durchsetzen. Björn Höcke, Alice Weidel und Co. säßen auch nicht notwendigerweise in Ministerien oder Staatskanzleien. Die nordischen Länder zeigen, wie überraschend weitreichend Regierung und parlamentarische Mehrheiten voneinander entkoppelt werden können. Bisher scheinen diese Länder, die sich auf das vermeintliche Abenteuer flexibler Minderheitsregierungen einlassen, nicht in Instabilität oder gar Rechtsautoritarismus abzudriften.

Es gibt keinen Beweis dafür, dass diese brandmauerlose thematische Mehrheitsbildung die Demokratie rettet (wenn sie denn vor der AfD gerettet werden muss) und Parteiensystem sowie Wählermärkte wieder geraderückt, wobei es im Auge des Betrachters liegt, was „gerade“ ist. Angesichts der demokratischen Defekte der Brandmauer und ihrer Ineffektivität erscheint das Experiment aber lohnenswert. Bevor man im Osten der Republik möglicherweise mit absoluten AfD-Mehrheiten konfrontiert ist, wäre es überlegenswert, nach den kommenden Landtagswahlen flexible Mehrheitsbildungen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu erproben.

17 Vgl. Lian Walke/L. Constantin Wurthmann, Koalitionen mit der AfD? Determinanten der Präferenzbildung in Ost- und Westdeutschland vor der Bundestagswahl 2021, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 3/2025, S. 401–426.

18 Vgl. Christian Stecker/Martin Gross/Christina-Marie Juen, The Cordon Dilemma. How Voters Evaluate Cooperation with the Far-Right in Parliament, unveröffentlichtes Manuskript, 2025.

19 Vgl. Hugh Ward/Albert Weale, Is Rule by Majorities Special?, in: Political Studies 1/2010, S. 26–46.

CHRISTIAN STECKER

ist Professor für das Politische System Deutschlands und den Vergleich politischer Systeme an der Technischen Universität Darmstadt.

Warum die Brandmauer mehr Vor- als Nachteile hat

Ursula Münch

Das Einzige, was beim Thema „Brandmauer“ unumstritten sein dürfte, ist die vorläufige Bestandsaufnahme: Die sogenannte Brandmauer hat ihren Zweck – die Rückgewinnung eines größeren Teils der Wählerschaft der AfD durch eine überzeugende Abgrenzung der gemäßigten politischen Parteien – bislang nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Umfragewerte der AfD steigen scheinbar unaufhaltsam.

Die höchst unterschiedlich motivierte Unzufriedenheit weiter Kreise der Öffentlichkeit mit Umsetzung und Wirkung der Brandmauer hat aber noch einen weiteren Grund, und dieser hat mit dem im Dezember 2018 auf dem 31. Parteitag der CDU in Hamburg getroffenen Beschluss zu tun, die Zusammenarbeit nicht allein mit der AfD abzulehnen, sondern auch mit der Linkspartei.⁰¹ War es Ende 2018 noch vergleichsweise einfach, den parlamentarischen Betrieb in Bund und Ländern mit diesem Unvereinbarkeitsbeschluss in Übereinstimmung zu bringen,⁰² hat sich das inzwischen deutlich verändert. Bei der Bundestagswahl 2025 erhielt die AfD 20,8 Prozent der Stimmen, sie stellt seither die stärkste Oppositionsfraktion. Und in manchen Bundesländern sind Regierungsmehrheiten nur noch mithilfe des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht, ab Oktober 2026 Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft) zu erreichen,⁰³ was die Abgrenzung von der Linkspartei anachronistisch erscheinen lässt. Inzwischen halten einige Beobachter sogar den Einzug der AfD in die Landesregierungen in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern, wo im September 2026 gewählt wird, für nicht unwahrscheinlich.

MÜHSAME POLITISCHE PRAXIS

Bereits die am 6. Mai 2025 im ersten Wahlgang gescheiterte Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler ließ erahnen, dass die prinzipielle Ausgrenzung zweier relativ starker Fraktionen

in Zeiten zerbrechlicher eigener Mehrheiten den Handlungsspielraum der aktuellen Regierungsparteien so massiv beeinträchtigt, dass manche Entscheidung oder Wahl nur noch mit Verrenkungen zustande kommen kann. Dass der zweite Kanzlerwahlgang schließlich doch am selben Tag stattfinden konnte, setzte eine mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten zu beschließende Abweichung von der Geschäftsordnung des Bundestages voraus – und damit die Verständigung nicht nur mit Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch mit der Fraktion der Linken. Auch wenn sich die 2025 erfolgte Abweichung von der im Jahr 2018 getroffenen Selbstverpflichtung damit rechtfertigen ließ, dass es „nur“ um eine Geschäftsordnungs- und nicht um eine inhaltliche Frage ging: Den Kritikern der Brandmauer fällt es leicht, nicht nur deren Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen, sondern auch darauf zu verweisen, dass ihre zentrale Voraussetzung womöglich bald nicht mehr durchgehend gegeben sein wird: eine ausreichend große parlamentarische Mehrheit kooperationswilliger und -fähiger politischer Kräfte diesseits dieser Mauer.

In der politischen Debatte gilt das Thema Brandmauer meist nur als Herausforderung für konservative Parteien.⁰⁴ Und in der Tat trifft es zu, dass es programmatische Schnittmengen vor allem zwischen den Parteien der Mitte beziehungsweise rechts der Mitte und den Parteien am äußersten rechten politischen Rand gibt – gerade beim Thema Migration. So hofft man in einem kleinen Teil der CDU, eine Beendigung der Brandmauer ermögliche es der Partei, zu ihrem programmatischen Kern zurückzukehren, auf ungewollte inhaltliche Zugeständnisse an die Sozialdemokraten verzichten zu können⁰⁵ und so einen Teil der an die AfD abgewanderten Wählerschaft zurückzugewinnen. Einen entsprechenden Vorstoß unternahm Friedrich Merz bekanntlich noch in seiner Zeit als Fraktionschef der stärksten Oppositionsfraktion, als die Ampelregierung durch den Austritt der FDP aus der Bundesregierung auseinandergebrochen war. Die Wahrnehmung, dass die AfD vor allem von ihrer sehr restriktiven Flüchtlingsrhetorik profitiere, veranlasste ihn Ende Januar 2025 – in Reaktion auf den tödlichen Messerangriff eines ausreisepflichtigen afghanischen Asylbewerbers in Aschaffenburg – zu einem auch im liberal-konservativen Lager umstrittenen Manöver: Der von der Unionsfraktion in Form eines Entschließungsantrags einge-

brachte Fünf-Punkte-Plan „für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“⁰⁶ erhielt im Bundestag nur deshalb eine Mehrheit, weil neben der FDP und sechs Fraktionslosen auch die Mitglieder der AfD-Fraktion zustimmten.⁰⁷ Merz wollte so den von CDU und CSU für die angestrebte Regierungsübernahme angekündigten radikalen Kurswechsel in der Asyl- und Migrationspolitik einleiten und nahm dabei die Unterstützung durch die AfD in Kauf. „Ich suche in diesem Deutschen Bundestag keine anderen Mehrheiten als die in der demokratischen Mitte unseres Parlaments. Und wenn es hier heute eine solche Mehrheit [mit der AfD] gegeben hat, dann bedaure ich das“, so der Oppositionsführer damals.⁰⁸

Sowohl diese Abstimmung als auch jene zwei Tage später über das „Zustrombegrenzungs-gesetz“ (das keine Mehrheit fand)⁰⁹ führte vor Augen, wie die politischen Akteure ihren jeweiligen Handlungsspielraum interpretierten: Die Verantwortlichen von CDU/CSU, allen voran ihr Kanzlerkandidat Friedrich Merz, schätzten ihren Spielraum größer ein, als er war. Tatsäch-

lich gelang es ihnen nicht, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen mit dem Verweis zur Zustimmung zu bewegen, dass damit das Stimmverhalten der AfD unbedeutend werde. Nicht einmal die FDP-Fraktion stimmte dem Unionsantrag geschlossen zu.¹⁰ Mit einem solchen Verhaltensmuster wäre auch im Falle einer Minderheitsregierung zu rechnen, die mancher Beobachter der Union als Ausweg aus dem Brandmauer-Dilemma empfiehlt: Sowohl aus inhaltlicher Überzeugung als auch aus Rücksicht auf die sich dem jeweiligen programmatischen Kern verpflichtet fühlenden Parteiflügel und die ohnehin schon geschrumpfte Stammwählerschaft sind die Parteien links der politischen Mitte sehr darauf bedacht, jeden Anschein einer Zusammenarbeit mit Parteien zu vermeiden, die „mit denen da“ (Friedrich Merz über die AfD) in welcher Form auch immer kooperieren. Der Handlungsspielraum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen war hier in der Vergangenheit sehr begrenzt und wird es auch bleiben. Das zeigten im Nachhinein auch die deutschlandweiten Demonstrationen gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD, die bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 wesentlich zu einer Mobilisierung der Wählerschaft der Linken beigetragen haben. Auch wegen der starken Mobilisierung früherer Nichtwähler durch die AfD¹¹ konnte die Union von ihrer Entscheidung, Migration in der gewählten Weise als Thema zu besetzen, letztlich nicht profitieren.¹²

HERAUSFORDERUNG NICHT NUR FÜR KONSERVATIVE PARTEIEN

Das Beispiel des im Januar 2024 gegründeten BSW als „regionaler Affektvertretungspartei“, die „traditionelle ideologische Grenzen verwischt“,¹³ lässt erkennen, dass die Frage nach

01 Vgl. CDU, Unsere Haltung zu Linkspartei und AfD, https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdu_deutschlands_unsere_haltung_zu_linkspartei_und_afd_0.pdf.

02 Die AfD hatte bei der Bundestagswahl 2017 12,6 Prozent der Zweitstimmen erhalten, die Linke 9,2 Prozent.

03 Nach dem Scheitern der Koalition aus SPD und BSW in Brandenburg zum Jahresbeginn 2026 ist das BSW derzeit nur noch in Thüringen Teil der Landesregierung.

04 Vgl. z. B. die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die den Umgang von Mitte-rechts-Parteien mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien analysiert: Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung. Fallbeispiele für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa, www.kas.de/documents/252038/33607021/Zwischen+Abgrenzung,+Einbindung+und+Tolerierung.pdf.

05 Vgl. Hagen Eichler, Fällt die Brandmauer? Erster CDU-Kreisverband fordert von Merz die Öffnung zur AfD, 8. 4. 2025, www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/cdu-harz-kreisverband-afd-brandmauer-merkel-4029773; Bernd Bachran, Tauber: Brandmauer könnte „Brandbeschleuniger“ sein, 28. 10. 2025, www.zdfheute.de/politik/deutschland/lanz-brandmauer-tauber-koepping-afd-100.html.

06 Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zu aktuellen innenpolitischen Themen, Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 20/14698 vom 28. 1. 2025, beraten in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 29. 1. 2025, Plenarprotokoll 20/209, S. 27032ff.

07 Zum Abstimmungsergebnis vgl. ebd., S. 27075.

08 Ebd., S. 27082.

09 Vgl. Unionsgesetz zur Zustrombegrenzung mit knapper Mehrheit abgelehnt, 31. 1. 2025, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-zustrombegrenzungs-gesetz-1042038.

10 Zum Abstimmungsergebnis vgl. Plenarprotokoll 20/209 (Anm. 6), S. 27075.

11 Vgl. Viola Neu/Sabine Pokorny, Bundestagswahl in Deutschland am 23. Februar 2025, Konrad-Adenauer-Stiftung, www.kas.de/documents/252038/33607021/Bundestagswahl+in+Deutschland+2025.pdf.

12 Vgl. Dominik Hirndorf, Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2025. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Wahlgründen und wichtigen Einflussfaktoren in den Wählerschaften, Konrad-Adenauer-Stiftung, www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2025, S. 26.

13 Benjamin Höhne, Bundespolitische Nischenpartei mit ostdeutscher Hochburg?, in: *Indes* 2–3/2025, S. 196–202, hier S. 196.

dem Umgang mit der AfD und ihrem „autoritären Nationalradikalismus“¹⁴ angesichts des Umbruchs im bundesdeutschen Parteiensystem auch andere Parteien betrifft: Hatte die thüringische BSW-Landesvorsitzende Katja Wolf im Sommer 2024 ihren Eintritt in die neue Partei noch mit der Sorge vor einem Erstarken der AfD begründet,¹⁵ stellte die frühere Bundesvorsitzende Sahra Wagenknecht im November 2025 fest, das BSW werde nicht mehr für Koalitionen zur Verfügung stehen, deren einziger gemeinsamer Nenner das Fernhalten der AfD von der Macht sei.¹⁶

Die Brandmauer beeinflusst also nicht nur die strategische Ausrichtung jener politischen Parteien, die potenziell programmatische beziehungsweise ideologische Schnittmengen zur AfD aufweisen, sondern wirkt sich auch auf das Kalkül und die Handlungsmöglichkeiten der Parteien links der politischen Mitte aus.¹⁷ Die öffentlichkeitswirksame Warnung vor einem Einreißen der Brandmauer hat neben einer moralischen Komponente schließlich auch eigennützige parteistrategische Motive: Die mit dem Ausschluss der AfD aus dem Kreis der koalitionsfähigen Partner verbundene Segmentierung des Parteiensystems auf parlamentarischer Ebene steigert die Relevanz der anderen Parteien.¹⁸ Je mehr Mandate die AfD-Fraktion im jeweiligen Parlament erringt, desto geringer die Chance für die regierungsbildende Fraktion, im gemäßigten Parteienspektrum eine wirkliche Auswahl zwischen potenziellen Koalitionspartnern treffen zu können. Aus Sicht von CDU/CSU heißt das: Solange die FDP als Koalitionspartner für die Union ausfällt

beziehungsweise für eine Mehrheitsbildung nicht stark genug ist, sind lagerübergreifende Koalitionen ebenso unvermeidbar wie der damit verbundene Unmut der Wählerschaft, die von den Unionsparteien auch auf der gouvernementalen Ebene konservative Politik „pur“ erwartet. Während das Wahlergebnis eine – wenn auch heterogene – Mehrheit der Kräfte rechts der politischen Mitte beschreibt, verschafft die Regierungsbildung unter den Bedingungen der Brandmauer den Kräften links der politischen Mitte überproportionalen inhaltlichen Einfluss. Befördert durch eine digitale Skandalisierungsstrategie AfD-naher Kreise, aber auch durch tatsächliche Defizite in der Regierungspolitik, lässt sich aus dieser Diskrepanz leicht eine große Ungerechtigkeitserzählung basteln, die den Zulauf zu dieser „Dagegenpartei“ ungeachtet ihrer völkisch-autoritären Ausrichtung weiter schürt.

GEFAHR EINER „ZERSTÖRUNG DER CDU“

Setzten sich in der CDU hingegen diejenigen Kräfte durch, die die Abstrafung durch eine konservativ eingestellte Wählerschaft mehr fürchten als eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD, hätte das damit verbundene Ende der Brandmauer mutmaßlich die Spaltung der CDU zur Folge. Zumindest aber würde der liberale Teil der bisherigen Unionswählerschaft durch die politischen Mitbewerber dauerhaft abgeworben. Sogar eine Wiederauferstehung der FDP erschiene möglich.

Im Mai 2019, kurz vor den Europawahlen, hörte die breite Öffentlichkeit erstmals vom Ziel einer „Zerstörung“ der CDU. Der Youtuber Rezo drückte mit diesem Netzjargon sein Ziel aus, die Partei unter anderem wegen der Themen Armut und Bildung argumentativ „auseinanderzunehmen“. Der followerstarke AfD-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah nimmt das Zerstörungsnarrativ hingegen wörtlich: Das damalige Mitglied des Europäischen Parlaments erklärte 2023 in einem Fernsehinterview die „Implosion“ der Union und ihre Aufspaltung in einen „rechtsoffenen“ und einen „Grünen 2.0“-Teil zum politischen Ziel.¹⁹

¹⁴ Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit Christoph David Piorkowski, „Autoritärer Nationalradikalismus“, in: Deutschland Archiv, 16. 12. 2023, www.bpb.de/522277.

¹⁵ Vgl. Vera Weidenbach, Katja Wolf: „Wir haben keinen Wunderstab, um AfD-Wähler zu gewinnen“, 8. 7. 2024, <https://table.media/berlin/interview/katja-wolf-wir-haben-keinen-wunderstab-um-afd-waehler-zu-gewinnen>.

¹⁶ Vgl. „Die Brandmauer ist gescheitert“: Wagenknecht fordert Einbindung der AfD in politische Entscheidungen, 19. 11. 2025, www.tagesspiegel.de/politik/die-brandmauer-ist-gescheitert-bsw-chefin-wagenknecht-fordert-einbindung-der-afd-in-politische-entscheidungen-14880557.html.

¹⁷ Häufig übersehen wird, dass die Brandmauer auch dazu führt, dass die Opposition keinen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag einsetzen kann. Bündnis 90/Die Grünen und die Linke verfügen alleine nicht über das dafür notwendige Quorum von einem Viertel der Mandate.

¹⁸ Zu Parteiensystemen und ihren Eigenschaften im Allgemeinen vgl. Oskar Niedermayer, Der Vergleich von Parteiensystemen, 26. 10. 2022, www.bpb.de/314753.

¹⁹ Vgl. Robert Bongen/Sebastian Friedrich, Angriff von rechts: Untergang der CDU?, 24. 8. 2023, www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2023/Angriff-von-rechts-Untergang-der-CDU,cdu1832.html.

Auch objektiv betrachtet ist die Gefahr für die CDU immens, zwischen zwei Handlungsoptionen zerrieben zu werden – und aus Sicht der AfD lohnt es sich, dieses Dilemma des politischen Gegners öffentlich sichtbar zu machen:²⁰ Je größer die Zweifel werden, dass die Brandmauer praktikabel und ihren eigentlichen Zweck zu erfüllen in der Lage ist, desto vernehmbarer wird die grundlegende Kritik an ihrem Sinn.

EUROPÄISCHE ERFAHRUNGSWERTE UND US-AMERIKANISCHE EINFLUSSNAHME

Angesichts dieser Zwickmühle liegt es nahe, die Erfahrungen anderer gemäßigter Parteien in demokratischen Verfassungsstaaten im Umgang mit populistischen oder autoritär-völkisch eingestellten Parteien heranzuziehen. Eine Analyse dieses Umgangs der in der Europäischen Volkspartei (EVP) organisierten europäischen Parteien zeigt große Unterschiede. Dass dieser von einer konsequenten Abgrenzung ähnlich der deutschen Brandmauer über Tolerierungsmodelle oder den Versuch einer „produktiven Auseinandersetzung“ bis hin zur Einbindung in Regierungsverantwortung verläuft, ist auch auf die großen Unterschiede in der ideologischen Grundsatzhaltung der rechtspopulistischen Parteien sowie den Grad ihrer Radikalisierung zurückzuführen. Der Vergleich rechtfertigt jedoch auf keinen Fall die pauschale Hoffnung, rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Parteien ließen sich durch ihre Einbindung „entzaubern“.²¹

Die Abgrenzung der gemäßigten bundesdeutschen Parteien von der AfD und ihr Versuch, diese von Regierungsämtern fernzuhalten, wurde seit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps im Januar 2025 auch zum Thema US-amerikanischer Politik. Den Europäern im Allgemeinen und den Deutschen im Besonderen wird unter anderem vom US-amerikanischen Vizepräsidenten JD Vance vorgeworfen, uner-

wünschte politische Meinungen zu unterdrücken.²² Gleichzeitig wird in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom November 2025 der wachsende Einfluss „patriotischer“ europäischer Parteien lobend hervorgehoben – gemeint sind damit die Parteien auf dem rechten Pol des jeweiligen Parteiensystems.²³

Solche Beeinflussungsversuche machen es für die CDU, die sich selbst als „DIE Amerika-Partei der Bundesrepublik“ versteht,²⁴ einerseits noch schwieriger, die Brandmauer zu verteidigen. Jene Teile der deutschen Öffentlichkeit, die den USA grundsätzlich positiv gegenüberstehen, gleichzeitig aber keine Entwicklung des Landes zu einem System des „Competitive Authoritarianism“ erkennen möchten,²⁵ werten die Brandmauer vor allem als Instrument des Machterhalts. Ihnen dienen die US-amerikanischen Sympathiebekundungen für die AfD zur Legitimation der eigenen rechtsägigen Sehschwäche. Andererseits bekräftigt genau diese politikwissenschaftliche Einstufung der US-amerikanischen politischen Entwicklung – in Kombination mit der Analyse einer als „Authoritarian Stack“ bezeichneten Machtkonzentration im Bereich einer „patriotischen Technologie“²⁶ – die inhaltliche Berechtigung der Brandmauer.

AUTORITÄR-VÖLKISCH ORIENTIERTE BRANDMAUERBEWAHRER

In der deutschen Brandmauerdebatte wird meist ausgeblendet, dass die Abgrenzung der Unionsparteien von der AfD nicht zuletzt auch eine Re-

²⁰ Vgl. Beatrix von Storch, Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung. Ideen und Vorschläge zum Strategieprozess der AfD-Bundestagsfraktion, https://assets.ctfassets.net/mj324dyk-hxwi/1VR9r0oN9wXMYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee-119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf.

²¹ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Anm. 4).

²² Für den Wortlaut der Rede siehe z.B. www.handelsblatt.com/politik/international/j-d-vance-die-muenchener-rede-des-us-vizepraesidenten-im-wortlaut/100107881.html.

²³ Vgl. National Security Strategy of the United States of America, November 2025, S. 26.

²⁴ Vgl. Philip Rosin, „Die CDU ist DIE Amerika-Partei der Bundesrepublik“, Konrad-Adenauer-Stiftung, 23. 9. 2024, www.kas.de/de/web/wissenschaftliche-dienste-archiv/veranstaltungsberichte/detail/-/content/die-cdu-ist-die-amerika-partei-der-bundesrepublik.

²⁵ Steven Levitsky/Lucan A. Way/Daniel Ziblatt, The Price of American Authoritarianism. What Can Reverse Democratic Decline?, in: Foreign Affairs, January/February 2026, www.foreignaffairs.com/united-states/american-authoritarianism-levitsky-way-ziblatt.

²⁶ Francesca Bria, The Authoritarian Stack. How Tech Billionaires Are Building a Post-Democratic America – And Why Europe Is Next, www.authoritarian-stack.info.

aktion auf die von deren Funktionären vorgenommene inhaltliche Positionierung sowie ihr Auftreten im parlamentarischen Betrieb ist. Auch wenn man mit der ursprünglichen Einstufung des Bundesamts für Verfassungsschutz aus dem Frühjahr 2025 hadern mag, dass die AfD eine „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ sei,²⁷ ist doch eines klar: Es ist grundsätzlich die AfD beziehungsweise ihr Führungspersonal selbst, die über den Grad ihrer Radikalität und damit über die praktische Begründetheit der Brandmauer entscheiden. Verzichtete die Partei in all ihren Gliederungen auf das ebenso lautstarke wie mitunter mehr als nur angedeutete Liebäugeln mit nazistischen Parolen, Denk- und Argumentationsmustern, wäre jeder Versuch, sie in einen Pariastatus zu rücken, tatsächlich anstößig und erledigte sich von selbst. Angesichts der bisherigen Entwicklung und des Auftretens der AfD²⁸ ist es aber unwahrscheinlich, dass die relevanten Kräfte der Partei auf die Demonstration pöbelnder Radikalität verzichten wollen.²⁹

Solange die AfD insgesamt also weiterhin autoritär-völkisches Denken nicht nur zulässt, sondern dezidiert gutheißt, unterläuft sie selbst eine „salomonische Lösung des Brandmauerproblems“ (Christian Stecker). Hinzu kommt, dass 63 Prozent der bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürger – einschließlich der Anhängerschaft von CDU und CSU – eine mögliche Regierungsbeteiligung der AfD als Bedrohung betrachten.³⁰ Nicht nur, dass weder Bündnis 90/Die Grünen noch die SPD bereit wären, den Unionsparteien eine gelegentliche Zusammenarbeit mit der AfD nachzusehen und ihrerseits bei Themen jenseits der Migrationspolitik mit der Union zusammenzuarbeiten; die CDU würde eine Zusammenarbeit mit der AfD als Partei nicht überstehen. Eine

solche Rest-CDU aber bliebe deutlich unter ihren bisherigen Wahlergebnissen – und das Gedankenmodell einer durch den Fall der Brandmauer wiedererstarkten Union, die gelegentlich auf die Unterstützung der AfD zurückgreift, ohne Grundlage.

Ja, die Brandmauer hat ihr Ziel bislang nicht erreicht. Und dennoch würde eine Absage an diese – demokratietheoretisch zweifelsohne höchst problematische – Brandmauer faktisch bedeuten, dass das eintreten würde, woran der AfD als im Kern unpatriotischer Partei am meisten gelegen ist: die Selbstabschaffung des parteilich organisierten Konservatismus in Deutschland. Die AfD könnte die dann entstehende Leerstelle in der bundesdeutschen Parteiendemokratie definitiv nicht füllen – und würde es auch gar nicht wollen.

URSULA MÜNCH

ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und beurlaubte Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

APuZ zum Hören

bpb.de/apuz-podcast

Im Podcast nehmen wir Sie einmal im Monat mit zu unseren Expertinnen und Experten. Viel Hintergrundwissen kompakt in 30 Minuten.

Auf bpb.de und überall, wo es Podcasts gibt.

²⁷ Aufgrund eines laufenden Rechtsstreits ist diese Einstufung derzeit ausgesetzt. Vgl. AfD-Einstufung: Verfassungsschutz gibt Stillhalteusage fürs Eilverfahren ab, 8.5.2025, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/afd-rechtsextrem-einstufung-verfassungsschutz-stillhalteusage-eilverfahren>.

²⁸ Vgl. Eva Kienholz, Eine kurze Geschichte der AfD. Von der Eurokritik zum Remigrationsskandal, Hamburg 2024.

²⁹ Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler, Bundestagswahl 2025: Die Parteien und das Wählerherz, Else-Frenkel-Brunswick-Institut, EFBI Policy Paper 2025-1.

³⁰ Vgl. Dominik Hirndorf, Wovor sich die Deutschen fürchten ... Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Bedrohungsgefühlen in der deutschen Bevölkerung, Konrad-Adenauer-Stiftung, www.kas.de/documents/d/guest/wovor-sich-die-deutschen-fuerchten-.

ESSAY

LINKSKONSERVATISMUS ALS INKORPORATIONSGEFÜGE

Marco Bitschnau

Dass seit einigen Jahren wieder verstärktes Interesse am Konservatismus besteht, dürfte kaum einem Beobachter entgangen sein: Werke biografischer Art schmücken ebenso die Schaufensterauslagen wie solche, die eine konservative Renaissance herbeisehnen oder vor einer konservativen Radikalisierung warnen. Unvermeidlich wird dabei auch einiges Schindluder mit dem Begriff getrieben, ein Schicksal, das er mit vielen strahlkräftigen Ismen teilt.

Nur kann sich der Konservatismus insofern besonders schlecht gegen diesen Missbrauch zur Wehr setzen, als keinerlei Maßgabe dafür besteht, was als konservativ zu gelten habe und was nicht. Es gibt kein konservatives Manifest, keinen Kanon, ja noch nicht einmal eine feste Weltanschauung im Sinne geteilter politischer Positionen. In Schulbüchern und Fachliteratur ist zwar häufig vom irisch-britischen Philosophen Edmund Burke als Vater des konservativen Denkens die Rede, doch anders als so mancher Liberale oder Sozialist war Burke kein originärer Ideenschmied; seine „Reflections on the Revolution in France“ sind nicht als Programm von ewiger Gültigkeit angelegt. Vielmehr handelt es sich um einen philosophisch gesättigten Angriff auf die Hauptfiguren der Französischen Revolution, deren Projekt Burke dem Abgrund entgegengesehen sieht. Bei allem Streben nach Fortschritt habe es nämlich das Wesen des Menschen, seine seelische Verfasstheit, aus den Augen verloren und sei herabgesunken zu einem Karneval politischer Frivolität. Was sei auch gewonnen mit all den „extravagant and presumptuous speculations which have taught your leaders to despise all their predecessors, and all their contemporaries, and even to despise themselves, until the moment in which they became truly despicable“?⁰¹

Seine heutige Stellung als konservativer Ahnherr verdankt Burke vorrangig dem Umstand, dass ihm, der die „Glorious Revolution“ gegen

den englischen Absolutismus verteidigt hatte und erhebliche Sympathien für den Unabhängigkeitskampf der jungen amerikanischen Nation besaß, ob dieser *spezifischen* Revolutionskritik eine *allgemein* antirevolutionäre Haltung nachgesagt wurde.⁰² Ein konservativer Neuerungenwert ergibt sich erst daraus, dass durch die Vergrößerung dieser Position eine Denklinie in der politischen Theorie aufbricht, die Stabilität statt Wandel in den Fokus rückt; die nicht länger nach den Bedingungen für Revolution und Königsmord fragt, sondern nach jenen für den Erhalt des nun zum Sollzustand aufgestiegenen Status quo.

VERTEIDIGUNG DES GEGENWÄRTIGEN

Dieses „Reflexivwerden des Traditionalismus“, wie es der Soziologe Karl Mannheim bezeichnet hat,⁰³ bleibt seinem Wesen nach aber reaktiv und ist demnach als Schwächephänomen zu deuten. Was ungefährdet ist, braucht nicht erst aus dem politischen Dornröschenschlaf geweckt zu werden. Zugleich zeigen sich in ihm bereits die Grenzen des Konservatismus, der, anders als das utopische Denken, gegenwartsgebunden ist und mit dem allmählichen Verblassen dieser Gegenwart eine Form annehmen muss, die ihn auch aus Sicht der Folgegegenwart noch verständlich erscheinen lässt. In der Konsequenz kann sich der heutige Konservative als Verteidiger des Gegenwärtigen und Gegenwartsnahen nur bedingt an den Revolutionen der Vergangenheit abarbeiten; der heutige Revolutionär aber umstandslos aus ihrem Erbe schöpfen, ihre Vollendung, Erfüllung und nicht selten auch Übersteigerung fordern.⁰⁴

Noch augenfälliger wird dieses Ungleichgewicht bei der Lektüre anderer als Klassiker des Konservatismus ausgewiesener Denker wie Joseph de Maistre. Unweigerlich gerät man ins Grübeln, wenn dieser über das hehre Konzept

der Volkssouveränität spottet, es sei erstaunlich, wie viele Souveräne dazu bestimmt seien, zu sterben, ohne je regiert zu haben,⁰⁵ oder bekundet, „Nation“ sei als Begriff „höchst bequem, denn man macht daraus, was man will“.⁰⁶ Kaum ein Konservativer unserer Tage würde sich an diesen Grundlagen des modernen Verfassungsstaates stoßen, während sie für de Maistre noch kontaminiert waren vom Ungeist der Revolution. Und ebenso wenig würden die meisten Zeitgenossen wohl das Urteil teilen, die feudale Ordnung habe sich, nachdem sie einmal zur Reife gelangt sei, als das „Vollkommenste“ erwiesen, „was man [je] auf Erden gesehen hat“.⁰⁷ Gewiss finden sich in den Schriften des Savoyers auch allerlei zeitlose Einsichten, und seine Polemiken gegen die pathostrunkenen Jakobiner erscheinen im Lichte neojakobinischer Tendenzen beinahe modern. Aber am Ende schwingt er sich eben doch zum Parteigänger einer Welt auf, die ihrer Lebenswirklichkeit nach weit abseits unseres Gegenwartsempfindens steht. Der Marxist – so stellt man nicht ohne Bedauern fest – kann noch immer insofern Überzeitlichkeit für sich beanspruchen, als er im historischen Materialismus eine erforschbare Naturgesetzmäßigkeit zu erkennen glaubt; der Konservative dagegen sieht sich ohne wirkliches Fernziel von den Fluten einer Geschichte umspült, in der er immerzu neue (und andere) Bewahrungskämpfe auszutragen hat.⁰⁸ Manche haben diesen sisyphoshaften Kampf gegen den Strom der Zeit gar zum Anlass

genommen, die Existenz konservativer Philosophie grundsätzlich infrage zu stellen. Eine solche sei eine reine Konstruktion ex post und habe wenig mit dem Denken Burkes gemein, der keiner bestimmten Form von Eigentum oder Religion das Wort geredet habe, sondern allein dem Schutz dieser Werte vor ihrer vollständigen Auflösung.⁰⁹ Man ist schließlich auch kein Denkmalschützer, nur weil man nicht gleich den ganzen Stadtteil wegsprengen möchte.

BEWÄHRTES BEWAHREN

Aus derlei Vorüberlegungen wird deutlich, dass allem Konservativen eine unmittelbare Kontextbindung zugrunde liegt. Es gibt kein singuläres Prinzip wie Freiheit oder Gerechtigkeit, das über allen anderen thronet,¹⁰ dessen Konturen weitgehend stabil bleiben und das daher zum überzeitlichen Wegmarker taugt. Stattdessen lässt sich der Konservatismus wohl am ehesten als eine Haltung beschreiben, die Bewährtem einen inneren Wertgehalt zuspricht und Bewahren als normativen Vorgang versteht. Denn indem man Bewährtes bewahrt, so das konservative Versprechen, verhilft man der Gesellschaft zu einem stabilen Fundament und dem Einzelnen zu Orientierungsplanken für das eigene Leben: Stützen, deren wahre Bedeutung sich häufig erst im Moment ihres Verlustes erschließt.¹¹ In diesem Sinne steht der Konservatismus regressiven¹² wie progressiven, auf die Änderung des Bestehenden zielenden Strömungen entgegen, bleibt aber mehr Denkweise als ausgereifte Ideo-

01 Edmund Burke, *Reflections on the Revolution in France*, London 1951 [1790], S. 35.

02 Vgl. Bruce Mazlish, *The Conservative Revolution of Edmund Burke*, in: *The Review of Politics* 1/1958, S. 21–33, hier S. 32.

03 Vgl. Karl Mannheim, *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, hrsg. von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr, Frankfurt/M. 1984 [1925]. Ähnlich auch Martin Beckstein, der die Verteidigung des Status quo nur bei erklärt affirmativem Handeln als echten Konservatismus gelten lässt: „[Conservatism] aims for the conservation of established institutions out of conviction and not happenstance.“ Martin Beckstein, *What Does It Take to Be a True Conservative?*, in: *Global Discourse* 1/2015, S. 4–21, hier S. 18.

04 Vgl. etwa Aaron Bastani, *Fully Automated Luxury Communism. A Manifesto*, London–New York 2019.

05 Vgl. Joseph de Maistre, *Betrachtungen über Frankreich*, Berlin 1924 [1796], S. 56f.

06 Ebd., S. 57.

07 Ebd., S. 54.

08 So findet man wirkliche Integralisten, die sich eine Einheit von Kirche und Staat herbeisehnen, zumindest im konsumgläubigen Westeuropa allenfalls noch in homöopathischen Dosen.

09 Vgl. dazu Richard Bourke, *What is Conservatism? History, Ideology, and Party*, in: *European Journal of Political Theory* 4/2018, S. 449–475. Bourke weist explizit darauf hin, dass Burke sich mehr als „partisan of a progressive strand of Whiggism“ (S. 461) sah denn als Verteidiger der Grundsätze des *Ancien Régime*.

10 Vereinzelt werden hier „Ordnung“ oder „Tradition“ ins Feld geführt, können aber beide nicht überzeugen. Ordnung ist das Ziel jeder Ideologie mit gesellschaftsgestaltendem Anspruch, während Tradition das Bewahrungdenken des Konservatismus verkürzt wiedergibt und nach heutigem Sprachgebrauch folklorisiert.

11 Burke stellt hierzu sinnigerweise fest: „When ancient opinions and rules of life are taken away, the loss cannot possibly be estimated. From that moment, we have no compass to govern us.“ Burke (Anm. 1), S. 75.

12 Der Begriff ist ob seiner negativen Konnotation nicht unproblematisch. Gemeint ist eine Rückkehr zum Status quo ante, die sowohl nostalgisch-unkonkrete als auch restaurativ-konkrete Formen annehmen kann.

logie.¹³ Und wo er doch Ideologie ist, ist er eine der Praxis, die ihren Ausdruck in der erfolgreichen Bewältigung des Alltags und nicht etwa im Begehen verwinkelter Theoriegerüste findet. So erklärt sich auch, weshalb für den einstigen Maoisten und späteren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann „nachhaltig das neue konservativ“ ist,¹⁴ während andere ihren Fluchtpunkt in eine Vergangenheit legen, die vielen Zeitgenossen bereits als Periode sittlichen Verfalls galt.¹⁵

Den Konservatismus als eine solche Praxis des Bewahrens zu begreifen, eröffnet einen weiten Gestaltungsspielraum ohne konzeptuelle Versteifung. Die mitunter anzutreffende Gegenüberstellung eines modernitätskompatiblen (und daher guten) Wertkonservatismus und eines modernitätskritischen (und daher schlechten) Strukturkonservatismus sucht eine künstliche Trennwand in diesen Raum einzuziehen, übersieht aber, dass sich Werte auch in Strukturen ausdrücken und Strukturen aus einer sich allmählich verfestigenden Werteordnung hervorgehen können. Nicht weniger schwierig ist die Überführung in ein politisches Programm, denn Konservatismus im obigen Sinne bedeutet ja nicht Stillstand, nicht äonenlanges Einfrieren aller sozialen Verhältnisse, sondern verlangt naturgemäß die Trennung des zu Bewahrenden von jedem Ballast.¹⁶ Das zieht neben den unvermeidlichen Gewichtung- auch allerlei Grundsatzzfragen nach sich, etwa, ob eine Abkehr vom Status quo im Kleinen notwendig sein kann, um diesen im Großen zu erhalten. Oder ob es (wie beim „Schiff des Theseus“)¹⁷ gerade die sich auf-türmende Vielzahl der Abwendungen ist, die die Integrität der Sache irreversibel schädigt.

Auch aus diesem Grund besteht eine gewisse Scheu vor der Aneignung des Begriffs, besonders in Deutschland, wo es seit der Auflösung des Zentrums keine genuin konservative Partei mehr gegeben hat.¹⁸ Die Unionsparteien – denen man eine solche Rolle gewöhnlich zuweist – mögen in parlamentarischer Nomenklatur zwar als „Mitte-Rechts“ gelten, doch erschiene es wohl kaum angebracht, diese Vertreter einer aus unterschiedlichen Traditionssträngen schöpfenden und machtpolitisch vereinnahmten Christdemokratie in der konservativen Fackelträgerrolle zu wähen. Die AfD wiederum bedient zwar konservativ zu nennende Normvorstellungen, wird aber getragen vom Geist einer fundamentalen Institutionenkritik. Sie ist in vielerlei Hinsicht eine revolutionäre Kraft, auch wenn die meisten ihrer Vertreter dieses Label wohl zurückweisen würden.

LINKS UND KONSERVATIV?

Was nun den titelgebenden Linkskonservatismus anbelangt, so handelt es sich bei ihm nicht etwa um eine Neuschöpfung unserer Zeit (in der das Zusammenbinden von echten oder scheinbaren Gegensätzen zum guten Ton gehört), sondern um ein Kompositum mit einiger Geschichte. Bereits in seiner Besprechung von William Angus Sinclairs „Socialism and the Individual“ aus dem Jahr 1956 erklärte der Philosoph Herbert W. Schneider den Autor und Politiker kurzerhand zum „left wing conservative“,¹⁹ weil dieser der Meinung sei, dass die Conservative Party sich schon bald als sozialpolitisch fortschrittlichste Kraft erweisen werde. Ein Irrtum, aus dem der enttäuschte Sinclair den Schluss zog, zur Labour Party überzulaufen. „Socialism and the Individual“ ist ebenso polittheoretische Exegese wie persönliches Demissionsschreiben.

Gar noch frühere Verwendungsbelege finden sich (selbst für den deutschen Sprachraum) im Zeitungswesen. So berichtete die „Sächsische Volkszeitung“ 1919 von einer kontroversen Debatte in der Weimarer Nationalversammlung, in der „der deutschnationale Abgeordnete Pfarrer

13 Vgl. auch die Rede vom Konservatismus als einer spezifischen Disposition, prominent bei Michael Oakeshott, *On Being Conservative*, in: ders., *Rationalism in Politics and Other Essays*, London 1962, S. 168–196.

14 Winfried Kretschmann, *Worauf wir uns verlassen wollen. Für eine neue Idee des Konservativen*, Frankfurt/M. 2018, S. 36.

15 So etwa die 1960er und frühen 1970er Jahre, die später zur „guten alten Bundesrepublik“ umgedeutet wurden, faktisch aber mit massiven sozialen Umwälzungen und Normbrüchen einhergingen.

16 Mit dem Vorbehalt, dass das Neue (und nicht das bereits Bestehende) begründungsbedürftig ist. Zu glauben, man wisse bereits um das Wesen des Ballasts, führt allzu schnell in die wertkonservative Falle.

17 Das „Schiff des Theseus“ ist ein philosophisches Paradoxon, das die Frage aufwirft, ob ein Objekt seine Identität verliert, wenn nach und nach alle seine Teile ersetzt werden.

18 Dabei sei angemerkt, dass auch das Zentrum den Konservatismus nicht ausdrücklich für sich reklamierte.

19 Herbert W. Schneider, *Review: Socialism and the Individual by William Angus Sinclair*, in: *Journal of Philosophy* 13/1956, S. 423–426, hier S. 423.

Traub“ zuerst die Charakterfehler der Gegenseite aufs Korn nahm, sich anschließend aber von dieser vorhalten lassen musste, doch selbst erst „linksliberal, dann nationalliberal, dann linkskonservativ und jetzt rechtskonservativ“²⁰ gewesen zu sein. Das NS-Blatt „Hakenkreuzbanner“ argwöhnte 1936 wiederum, die französische Provinz werde wohl „noch lange (...) linkskonservativ“ bleiben, was konkret bedeute, „radikal-sozialistisch, sozialistisch, vielleicht jetzt auch in verstärktem Maße kommunistisch“²¹ zu wählen. Und in einem 1920 erschienenen Beitrag für die christliche „Aufwärts“ räsionierte eine Unterstützerin der Deutschen Volkspartei, sie habe sich einst „linkskonservativ oder rechtsnationalliberal“ verortet, so ganz klar sei das aber nicht, denn die Inhalte „beider Parteien stimmten im Wesentlichen überein“.²²

Kurzum, eine gewisse Vagheit ist dem Begriff seit jeher zu eigen. Mal findet er sich als Fremd- und mal als Selbstbeschreibung, mal als krudes Amalgam und dann wieder als selbstbewusster Hybrid. In jedem Fall aber sucht er, das Bewahrende als konservative Essenz in einen linken Bezugsrahmen zu stellen, womit gemeinhin ein Mehr an sozialem Ausgleich gemeint ist. Ein Vorhaben, das prima facie keinesfalls abwegig erscheint: Warum sollte es schließlich nicht auch Menschen geben, die eine konservative Weltsicht pflegen, etwa die lose Verbindung von Nationalstolz, herkömmlichen Rollenerwartungen und majoritärem Lebensstil, und die zugleich erklärte Befürworter des Sozialstaats und einer forcierten Umverteilungspraxis sind? Zum einen gibt es auf dem Feld der Empfindungen bekanntlich nichts, was es nicht gibt, und zum anderen entspringen dieser Konstellation längst nicht die Widersprüche, die manche in ihr zu erkennen glauben. Ja, es ließe sich sogar die These formulieren, dass der hiesige So-

zialstaat – seinen Ursprüngen nach ohnehin ein Einhebungsprojekt des Konservativen Bismarck – nicht nur ein effektives Instrument zur Abfederung sozialer Spannungen,²³ sondern längst in den bundesrepublikanischen Traditionsbestand eingegangen ist. Und gleichfalls könnte man vermuten, dass aus konservativer Sicht nur wenig gegen Umverteilung spricht, solange ihr die richtigen, also die Ordnung stabilisierenden Erwägungen zugrunde liegen. Anders als zuweilen unterstellt, sind Konservative des beschriebenen Typs nämlich selten Libertäre. Kaum einer von ihnen dürfte besondere Sympathien für einen bis auf die Knochen deregulierten Rumpfstaat haben, in dem allein das Gesetz der größeren Münze entscheidet.

Tatsächlich ist die Passung so gut, dass man meinen könnte, man habe es (je nachdem, was man alles in die Figur des Konservativen hineinlegt) mit einer nicht unerheblichen Zahl linkskonservativer Wähler zu tun: Wähler, die im Sprachgebrauch des GAL-TAN-Modells²⁴ wirtschaftspolitisch links, gesellschaftspolitisch aber fest auf der TAN-Seite stehen und folglich den linken unteren Quadranten der entsprechenden Matrix bevölkern. Allerdings gerät die Beforschung dieser Gruppe schon deshalb schwierig, weil eine kleine Auswahl gesellschaftspolitischer Variablen für das Gesamtarrangement des Konservatismus nicht repräsentativ sein kann. Wer die Unterscheidung von konservativ und progressiv nicht an der Verschiedenartigkeit der Prinzipien festmacht, sondern daran, ob man sich für oder gegen gleichgeschlechtliche Ehen und mehr De-

20 Die Nationalversammlung: Noch immer Aussprache, in: Sächsische Volkszeitung für christliche Politik und Kultur, 21. 2. 1919, S. 2.

21 Ottheinrich Schoetensack, Das ist Frankreich!, in: Hakenkreuzbanner. NS-Tageszeitung für Mannheim und Nordbaden, 22. 1. 1936, S. 2.

22 Helene Landgraf, Leserbrief, in: Aufwärts. Christliches Tageblatt, 1. 6. 1920, S. 3. Ähnlich hielt Victor Montagu (der spätere Earl of Sandwich) fest, der Tory seiner Epoche sei „not a Left Wing Conservative so much as a Right Wing Progressive“. Victor Montagu, Full Speed Ahead! Essays in Tory Reform, London 1944, S. 27.

23 Auch aus diesem Grund gibt es innerhalb der radikalen Linken eine lange sozialstaatskritische Tradition, die insbesondere den Herrschaftscharakter der Sozialstaatlichkeit betont. Beispielsweise klagte Herbert Marcuse, viele soziale Errungenschaften der Nachkriegszeit trügen dazu bei, die Unzufriedenheit einzudämmen und die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung zu verschleiern: „Die Unterbindung sozialen Wandels ist vielleicht die hervorstechendste Leistung der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“ und der Wohlfahrtsstaat ein „Staat der Unfreiheit“. Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Darmstadt-Neuwied 1967, S. 14, S. 68f. Noch schärfere Kritik findet sich bei anarchistischen und rätekommunistischen Autoren, etwa bei Michail Bakunin und Anton Pannekoek.

24 In diesem Modell wird der Unterschied von rechts und links auf die Ökonomie reduziert, in der Horizontalen abgetragen und in der Vertikalen um den Unterschied zwischen grünen, alternativen und libertären (GAL) sowie traditionellen, autoritären und nationalistischen (TAN) Werten ergänzt, wodurch sich eine Matrix mit insgesamt vier Quadranten ergibt. Von links-TAN zu linkskonservativ ist es dann sprachlich nur ein kurzer Weg.

mokratie ausspricht,²⁵ läuft ohnehin Gefahr, von der Realität überholt zu werden²⁶ – und blendet zugleich den Umstand aus, dass auch auf Feldern wie der Außenpolitik ein konservativer Angang möglich ist. Die Frage etwa, ob man dem transatlantischen Bündnis die Treue hält, sich in den Fantasiegebilden einer herausziehenden Multipolarität verliert oder gar den antiimperialistischen Kampf an der Seite der Verdammten dieser Erde aufnehmen möchte, dürfte für viele selbsterklärte Konservative wohl nicht weniger bedeutungsschwer sein als jene nach dem richtigen Grad sexualpolitischer Permissivität.

STRATEGISCHE EINGEMEINDUNG

Der linkskonservative Wähler erscheint vor diesem Hintergrund eher als Nebenprodukt einer unausgereiften Operationalisierungspraxis denn als feste Erhebungsgröße. Stellt man statt traditioneller oder autoritärer Einzelpositionen aber das konservative Bewahrungsanliegen in den Mittelpunkt, lässt sich mit „linkskonservativ“ ebenso auch eine Art des Politiktreibens bezeichnen, bei der das Linke das Konservative bewusst in seine Eigenlogik eingemeindet – oder umgekehrt auch das Konservative das Linke. Der Nutzwert solcher Inkorporationen ergibt sich dabei aus der Sache selbst, denn so, wie den meisten Konservativen an der Befriedung sozialer Konflikte gelegen ist,²⁷ möchten die meisten Linken zunächst den Wohlfahrtsstaat institutionell wetterfest machen, ehe sie sich an Vorhaben der Güteklasse Weltrevolution versuchen. Die einen werden sich also ohne größere Bedenken aus dem linken und die anderen

aus dem konservativen Werkzeugkasten bedienen. Von Bedeutung bleibt allein, welches Prinzip das jeweils andere vereinnahmt, welches in den Worten des Koalitionsdiktums Gerhard Schröders²⁸ also konzeptueller Koch und welches instrumenteller Kellner ist. In beiden Fällen tut man aber gut daran, die Inkorporation nicht leichtfertig zur Fusion zu verklären, sondern sie als strategisches Moment zu begreifen: geboren aus der Einsicht, dass links und konservativ zwar habituelle Differenzen aufweisen mögen, sich aber nicht zwangsläufig zueinander verhalten wie Wasser zu Öl. Je nach Sachverhalt ist das eine vielmehr als Schmiermittel des anderen geeignet, auch ohne dass daraus direkt eine ideologische Zwitterfigur eigenen Zuschnitts erwachsen müsste.

Ein taugliches Anschauungsbeispiel für diese Dynamik ist das 2024 gegründete Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW), über dessen ideologische Verortung bis heute eifrig diskutiert wird. Bemerkenswert ist dabei nicht zuletzt die Beharrlichkeit, mit der insbesondere die Kritiker der Partei versuchen, ihr das linkskonservative Label anzuhafeln,²⁹ denn sowohl seiner Form als auch seiner Entstehungsgeschichte nach erscheint das BSW als durchweg linke Kraft.³⁰ Allerdings als eine (und dies genügt wohl, um die Geister zu verwirren), die materialistisch statt postmaterialistisch denkt, den in der Gegenwartslinken dominanten Progressismus hintanstellt und ihr Linkssein nicht der Hoheit identitätspolitischer Dogmen unterwerfen möchte. Welchen Nutzen, fragt Wagenknecht in ihrem Bestseller „Die Selbstgerechten“, hat etwa die Mindestlohnbeschäftigte im Einzelhandel von einer Frauenquote für Vorstände oder anderen Mechanismen zur Diversifizierung der gesellschaftlichen Belegung? Und weshalb verkämpfen sich Linke immer wieder in Scharmützeln um den Genderstern oder veganes Kantinenessen, wo ihr eigentlicher Auftrag doch in der Anwaltschaft für eine nicht gendernde und erst recht nicht vegan lebende Bevölkerungsmehrheit bestehen soll-

25 Vgl. die entsprechende Definition bei Ryan Bakker et al., *Measuring Party Positions in Europe: The Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999–2010*, in: *Party Politics* 1/2015, S. 143–152.

26 So verteidigte der britische Premier (und Vorsitzende der Conservative Party) David Cameron die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen mit einem Verweis auf die konservative Verfasstheit der Eheinstitution („I support gay marriage because I am a Conservative“). Er stellte sich damit hinter ein Projekt, das ihm in früheren Zeiten den Bannstrahl eingetragen hätte, auf der GAL-TAN-Skala aber einem Ruck in Richtung grüner und alternativer Werte gleichkommt.

27 Michael Oakeshott hält fest, dass der Konservative in der Politik natürlicherweise um Ausgleich bemüht sei: „The man of this disposition understands it to be the business of government not to inflame passion (...) but to inject into the activities of already too passionate men an ingredient of moderation.“ Den sozialen Frieden schätzt er auch deshalb mehr als das Durchsetzen von Partikularinteressen. Oakeshott (Anm. 13), S. 192.

28 Vgl. Koch und Kellner gehen Hand in Hand, 21. 10. 1998, <https://taz.de//11319570>.

29 Vgl. stellvertretend Lasse Thiele, *Linkskonservatismus ist keine Alternative*, 27. 9. 2024, <https://jacobin.de/artikel/linkspartei-die-linke-bsw-linkskonservatismus>.

30 Zur These, das BSW sei weder linkskonservativ noch in vergleichbarer Weise versilbbar, vgl. Marco Bitschnau, *Linkskonservativ, linksautoritär, linksnationalistisch? Sprachliche Wünschelrutengänge um das Bündnis Sahara Wagenknecht*, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften* 3/2024, S. 332–347.

te? Bald dränge sich der Verdacht auf, dass hier vor allem das Lebensgefühl eines großstädtischen Milieus verteidigt werden soll, bei dem die letzten Restbestände klassischer Bildung längst einem obskurantistischen Jargon gewichen sei. Man mag das für ein Zerrbild halten, doch das Interessante an Zerrbildern ist ja, dass sie die Dinge verfälschen, indem sie sie überbetonen. Und nicht etwa, indem sie sie gänzlich unzutreffend darstellen.³¹

In jedem Fall wirkt die Abgrenzung des BSW vom Progressismus als Einladung, ihm im Umkehrschluss eine konservative Motivlage zu unterstellen. Jedoch: Statt von Volk und Nation als üblichen Bewahrungsbegriffen ist im Parteiprogramm lediglich von den „vielen Menschen“ die Rede. Statt eine Lanze für traditionelle Rollenbilder zu brechen, werden mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sowie die Straffreiheit von Abtreibungen angemahnt. Und auch sonst wird dem Bewahrensprinzip vor allem dort Platz eingeräumt, wo das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft mit ihrem „starken Mittelstand, starken Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechten [und] sozialem Zusammenhalt“³² zur Sprache kommt und eine gewisse Zweckgeordnetheit erzeugt. Einen leistungsstarken Sozialstaat gibt es nun einmal nicht ohne kohäsives Gemeinwesen im nationalen Futteral. In geradezu lehrbuchmäßiger Weise zeigt sich so, wie die Mittelstandsgesellschaft als konservatives Strukturelement der Wohlfahrt als linkem Gestaltungselement dienstbar gemacht wird, obschon das Label linkskonservativ eine innere Gleichrangigkeit nahelegt. Doch ist das Konservative für das BSW eben kein Selbstzweck, und je mehr es zur bloßen Akzeptanz gesellschaftlicher Realitäten dif-

fundiert, umso eher endet man letztlich bei einem Begriffsverständnis, das mit einigem Recht *sozialdemokratisch* genannt werden darf.³³ Vertreten von einer Partei, die den Erhalt des Status quo (beziehungsweise die Wiederherstellung dessen, was noch vor Kurzem als Status quo galt) keineswegs um seiner selbst willen anstrebt.

Summarisch lässt sich in Sachen Linkskonservatismus somit ein differenziertes Bild zeichnen. Je nach Gemengelage kann konservatives, also auf Bewahrung gerichtetes Denken durchaus mit linken Positionen koharmonisieren, allerdings weniger in Form einer Synthese als in der einer Inkorporation. Durch das Nutzbarmachen konservativer Werte, Strukturen und Ziele können linke Projekte häufig reibungsärmer verwirklicht werden als durch ostentatives Abgrenzen,³⁴ doch erhebt dieses Inkorporiertwerden das Konservative noch lange nicht zu einem gleichwertigen Konterpart. Das zeigt sich auch in der Parteien- und Einstellungsforschung, durch die der Linkskonservatismus überhaupt erst wieder ins politikwissenschaftliche Schlaglicht gerückt ist; angesichts der konzeptuellen Verkürzung des Konservatismusbegriffs sind die dortigen Befunde aber mit dem allfälligen Körnchen Salz zu genießen.

Interessanter als der Begriff erscheint bei näherer Betrachtung aber ohnehin die Frage, was mit seinem Gebrauch bezweckt werden soll. Eine stigmatisierende Absicht ist längst nicht immer gegeben, und als ernsthafte Analysekategorie ist er zu schwachbrüstig. Womöglich, so ließe sich mit Blick auf das BSW als vermeintlich linkskonservativem „Exhibit A“ vermuten, spricht aus ihm vor allem das affektive Unverständnis darüber, dass man auch in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts noch immer – oder wieder? – links sein kann, ohne sein Augenmerk auf allerlei Nischenanliegen richten zu müssen. Ja, vielleicht ist es am Ende nichts anderes als das Hervortreten des ökonomischen Grundimpulses der Linken und die damit verbundene Sprachlosigkeit, aus der sich der Drang zu einer solchen Vokabel ergibt, die sich dem begrifflich Unbedarften sodann als neueste Mode aus der Kleiderkammer der Ideologien darbietet. Am Ende gilt aber doch: Nichts Neues unter der Sonne.

MARCO BITSCHNAU

ist Postdoktorand an der Professur für Soziologie mit Schwerpunkt soziale Bewegungen der Universität Konstanz.

31 Oder wie es der polnische Philosoph Leszek Kolakowski einst für den Stalinismus auf den Punkt brachte: „One may talk meaningfully about *caricature* only insofar as it resembles the original.“ Leszek Kolakowski, *Marxist Roots of Stalinism*, in: Robert C. Tucker (Hrsg.), *Stalinism: Essays in Historical Interpretation*, New Brunswick 1999 [1977], S. 283–298, hier S. 296.

32 Bündnis Sahra Wagenknecht, *Unser Land verdient mehr*, Berlin 2025, S. 3.

33 Vgl. Bitschnau (Anm. 30), S. 336. Siehe auch den Befund, dass das Wählerpotenzial des BSW unter Anhängern der Sozialdemokratie (nicht aber der Rechtsparteien) besonders ausgeprägt ist, etwa bei Olaf Jandura/Frank Marcinkowski/Fabian Anicker, *Außerhalb gewohnter Pfade. Wer zählt zum Wählerpotential des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)?*, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften* 3/2024, S. 288–303.

34 Sofern dieses Projekt reformistischer oder sozialrestaurativer statt revolutionärer Art ist.

IT'S (NOT ONLY) A MAN'S WORLD

Konservativer Feminismus in den USA

Annett Meiritz · Juliane Schäuble

Als Donald Trump im Juli 2024 in der Arena des Messezentrums in Milwaukee auf die Bühne lief, um sich zum republikanischen Spitzenkandidaten küren zu lassen, spielte die Parteitagsregie den James-Brown-Hit „It's a Man's Man's Man's World“. Zufall? Wohl kaum. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 5. November war es für Beobachter vielmehr ein weiteres Indiz dafür, dass der „Gender Gap“ dieses Mal besonders groß ausfallen würde – dass also Männer eher für den Republikaner Trump und Frauen eher für die Demokratin Kamala Harris stimmen würden. Doch Trump konnte am Ende nicht nur seinen Vorsprung bei Männern ausbauen, sondern auch stärker bei Frauen punkten. 46 Prozent aller weiblichen Wähler in den USA wollten ihn erneut im Weißen Haus sehen, also fast jede zweite Frau.⁰¹

52 Prozent der weißen Frauen, 38 Prozent der hispanoamerikanischen Frauen und 37 Prozent der Frauen unter 30 Jahren entschieden sich bei ihrer Stimmabgabe für Trump – um nur einige Zahlen der Wahlanalysen zu zitieren. Ja, es gab unter schwarzen Frauen mit einem Anteil von 92 Prozent eine überwältigende Zustimmung für Harris. Doch das reichte bei Weitem nicht, um die Verluste der US-Demokraten in fast allen anderen Gruppen auszugleichen.

Zwar waren zu Harris' Kundgebungen Hunderttausende Anhängerinnen geströmt, das Publikum war oft jung, weiblich, divers. Viele trugen demonstrativ Katzen-T-Shirts, in Anspielung auf Trumps damaligen *running mate* und heutigen Vizepräsidenten JD Vance, der sich über kinderlose „cat ladies“ echauffiert hatte. Eine junge Frau in der Warteschlange einer Harris-Rally erklärte damals, für sie sei es immens wichtig, dass „endlich jemand wie ich und Millionen andere Mädchen und Frauen“ das Land regierten. Aber am Ende war Trump für eine Mehrheit der US-Amerikaner der Kandidat, der überzeugender darlegte, dass er ihren Alltag verbessern würde. Das wichtigste Thema für Wählerinnen war die Inflation.

„Ähnlich wie Männer stimmen Frauen über eine Vielzahl von Themen ab, wie Wirtschaft, Kriminalität und Einwanderung. Harris bot den Wählern wenig, was ihnen das Vertrauen gab, dass sie diese Top-Themen bewältigen könnte“, erklärte die US-Kolumnistin Ingrid Jacques kurz nach der Wahl.⁰²

Eine Lehre der vergangenen Präsidentschaftswahl war also, dass Frauen in den USA ihre Wahlentscheidungen nicht aufgrund eines einzigen Themas treffen – und auch nicht aus vermeintlicher Solidarität heraus für eine weibliche Kandidatin. Sie wägen ab und votieren am Ende für denjenigen, der ihren Interessen am ehesten nutzen kann. Klassische „Männer-“ und „Frauenthemen“ sind ohnehin nur bedingt voneinander zu trennen: Die Existenzkrise junger und älterer Männer, die sämtliche Statistiken bei Arbeitslosigkeit, Krankheiten, Suizidraten oder Verkehrsunfällen anführen, beunruhigt auch Mütter, Großmütter, Töchter, Partnerinnen.

Bezeichnend ist, dass Harris bei Frauen ohne akademischen Abschluss genauso schlecht abschnitt wie Joe Biden vier Jahre zuvor. Die Demokraten wurden als zu elitär wahrgenommen – auch bei einer ihrer Kernzielgruppen, den Frauen.

WARUM UNTERSTÜTZEN FRAUEN TRUMP?

Nach Harris' Niederlage würde, so hieß es, in naher Zukunft wohl keine der beiden großen Parteien mehr eine Frau für das Präsidentenamt nominieren. Das Land, sagte etwa Michelle Obama nach der Wahl, sei schlicht nicht „bereit“ für eine Frau im Weißen Haus.⁰³

Das Trump-Unterstützerlager hingegen war euphorisch: Trumps Sieg sei „die Befreiung der Frauen aus den dunklen Tagen des sogenannten Feminismus“, so Tiffany Justice, die der rechtskonservativen Organisation „Moms for Liberty“ vorsteht. „Das hier“, erklärte sie, „ist echter amerikanischer Feminismus“. Im linken politischen Spektrum lösten Sätze wie diese Entsetzen und

Unverständnis aus. Denn es war doch Harris, die als Anwältin für Frauenrechte angetreten war, sich auf reproduktive Rechte, „female empowerment“, Inklusion aller Geschlechter und Ethnien sowie Chancengleichheit konzentrierte. Harris hatte alle Idole weiblicher Anbetung auf ihrer Seite, von Taylor Swift bis Beyoncé, Oprah Winfrey, J.Lo und Michelle Obama. Und auf Trumps Wahlkampf Bühnen? Da zerriss sich der – inzwischen verstorbene – Wrestler Hulk Hogan das Muskelshirt, und der Tech-Multimilliardär Elon Musk präsentierte seine Wohlstandswampe.

Leiden die Trump-Frauen etwa an kollektiver geistiger Umnachtung? Ist es ihnen egal, dass Trump – wie wir nach mehreren Strafprozessen gerichtlich bestätigt bekommen haben – korrupt und kriminell ist? Dass er wegen sexueller Nötigung verurteilt wurde und prominente Frauen als „dumm“, „dämlich“, „Spatzenhirn“, „Pferdegesicht“ oder „durchgeknallt“ beschimpfte?

In der politischen Landschaft der USA sind konservative Frauen keine neue Erscheinung. Bereits in der Mitte des 20. Jahrhunderts mobilisierte die antifeministische Ikone Phyllis Schlafly Millionen Anhängerinnen erfolgreich gegen das Equal Rights Amendment (ERA), das gleiche Rechte für Frauen in der Verfassung festschreiben sollte und dem beide Kammern des Kongresses 1972 nach jahrzehntelanger Diskussion schon zugestimmt hatten.⁰¹ Schlafly prägte eine ganze Ära konservativer Frauenpolitik, indem sie traditionelle Vorstellungen von Familie und Geschlechterrollen mit einer organisatorisch schlagkräftigen politischen Bewegung verband. Ihr Aktivismus gilt als Blaupause für die gegenwärtige konservative Mobilisierung weiblicher Wähler.

Die Bewegung von heute ist breiter, diverser und technologisch versierter als ihre historischen Vorläuferinnen. Organisationen wie die „National Federation of Republican Women“, die „Con-

cerned Women for America“ oder in jüngerer Zeit die bereits erwähnten „Moms for Liberty“ bilden ein eng geknüpft Netzwerk von Trainingsprogrammen, Lobbystrukturen und Mobilisierungskanälen. Sie agieren professionell und strategisch. Viele republikanische Spitzenpolitikerinnen – von Nikki Haley über Elise Stefanik bis Kristi Noem – verdanken diesen Organisationen wesentliche Teile ihrer politischen Sozialisation. Republikanische Frauen vernetzen sich zudem ganz gezielt, um die Machtstrukturen auf dem Capitol Hill, dem Sitz des US-Kongresses, aufzubrechen. Das wiederum stärkt die konservative Bewegung als Ganze.

Heute sind die Themen und Ziele konservativer Frauen in den USA breit gestreut, die Bewegung speist sich aus unterschiedlichen sozialen und ideologischen Milieus. Ein Teil rekrutiert sich aus evangelikalen Gemeinden, ein anderer aus Mittelschichtsfamilien amerikanischer Suburbs, zunehmend aber auch aus hispanischen und asiatisch-amerikanischen Communities, die sich kulturell oder religiös nicht im progressiven Feminismus repräsentiert sehen. Und sichtbarer werden auch konservative schwarze Frauen, auch wenn diese Wählergruppe insgesamt immer noch deutlich stärker zu den Demokraten tendiert. Angesichts zunehmend knapper Wahlentscheidungen können indes schon leichte Verschiebungen den Ausschlag geben.

Im Zentrum der Bewegung steht ein ideologisches Dreieck: Familie, Religion und Freiheit – und „die Erzählung, dass sich das Land gefährlich verändert“, wie die Politikprofessorin Melissa Deckman sagt. Verteidigt werde das Ideal des schlanken Staates, „gemischt mit Kulturkämpfen und christlichen Werten“. Die Familie gilt als kleinste politische Einheit und als Kern gesellschaftlicher Stabilität. Für konservative Frauen ist Mutterschaft nicht nur ein privater Lebensentwurf, sondern ein politisches Mandat. Der Schutz von Kindern – verstanden sowohl physisch als auch moralisch – steht im Vordergrund.

Dass weibliche Wähler die USA vor Trump „bewahren“ werden, war deshalb eines der größten Missverständnisse der Wahl 2024. Schaut man sich den Langzeittrend an, konnte Trump bei jeder Präsidentschaftswahl stetig mehr weibliche Unterstützung hinzugewinnen. 2016 bekam er 41 Prozent der „female vote“, 2020 stieg der Anteil auf 44 Prozent, 2024 steigerte sich Trump erneut. Die Annahme, dass der selbsternannte „Macho Man“ (auch diesen Song hört man auf Trumps Veranstaltungen häufig) Frauen massenhaft vergraulen würde, unterschätzt

01 Vgl. NBC News, Analyse der US-Präsidentschaftswahlen 2024, 5. 11. 2024, www.nbcnews.com/politics/2024-elections/exit-polls.

02 Ingrid Jacques, Opinion: Harris Lost Because She Was a Bad Candidate, 12. 12. 2024, <https://eu.usatoday.com/story/opinion/columnist/2024/11/07/76089457007>.

03 Vgl. Kaanita Iyer, Michelle Obama Says the Country Is Not Ready for a Woman in the White House, 25. 11. 2025, <https://edition.cnn.com/2025/11/15/politics/michelle-obama-woman-president-not-ready>.

04 Da bis 1982 nicht genügend Bundesstaaten dem Verfassungszusatz zugestimmt hatten, trat das ERA nie in Kraft.

nicht nur, welche Wucht seine Kandidatur hatte – und wie unbeliebt die Demokratische Partei in den vier Jahren unter Biden und Harris geworden war –, sondern auch, welchen Einfluss Frauen inzwischen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen haben – und das eben längst nicht nur im progressiven Lager des politischen Spektrums. Konservative Frauen seien heute, da linker Feminismus und die weibliche Emanzipation gerade in jüngeren Generationen voranschreiten, fast immer in der Minderheit, erklärt die amerikanische Juraprofessorin und Genderforscherin Tonja Jacobi. „Aber gleichzeitig sind sie die leidenschaftlichsten, lautstärksten Kämpferinnen für ihre Interessen.“⁰⁵

LANG UNTERSCHÄTZTE BEWEGUNG

In Europa gilt die konservative Frauenbewegung häufig noch als Randgruppe eines männlich dominierten Rechtspopulismus oder als kulturelle Besonderheit der USA. Dabei werden international Rechtspopulisten und Trump-Kopien zu einem beträchtlichen Teil von Frauen unterstützt – oder zum Teil angeführt, wie die AfD von Alice Weidel oder die italienische Regierungspartei Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni. 18 Prozent der Wählerinnen bei der Bundestagswahl 2025 gaben ihre Zweitstimme der AfD, ein Zuwachs von zehn Prozentpunkten im Vergleich zur vorangegangenen Wahl. Bei den Europawahlen 2024 verzeichnete der Kontinent einen Rechtsruck, zum Teil auch wegen der zunehmenden Unterstützung von Frauen. „Früher waren rechte Parteien viel männlicher“, sagte seinerzeit der niederländische Politikwissenschaftler Matthijs Rooduijn.⁰⁶ „Die Forschung zeigt, dass Frauen empfindlicher auf Stigmatisierung reagieren. Wenn diese Stigmatisierung verschwindet, wählen Frauen eher radikale Parteien.“

Angesichts vieler Probleme, die die USA und Europa teilen – Unmut über illegale Migration, wirtschaftliche Unsicherheit, eine instabile geopolitische Lage –, ist es sicher nicht verkehrt, sich die Entwicklungen in den USA genauer anzuschauen und mögliche Lehren für Europa daraus zu zie-

hen. Schließlich wurde in den Vereinigten Staaten der konservative Feminismus lange unterschätzt, und seine Anliegen wurden pauschal als gestrig und überholt abgetan. So legte etwa Hillary Clinton nach der verlorenen Präsidentschaftswahl 2016 nahe, dass Trumps Anhängerinnen nicht für sich selbst denken könnten. Insbesondere weiße Frauen stünden „unter enormem Druck von Vätern, Ehemännern, Freunden und männlichen Arbeitgebern“, nicht für die weibliche Kandidatin zu stimmen. Und Michelle Obama behauptete damals: „Jede Frau, die gegen Hillary Clinton gestimmt hat, hat gegen sich selbst gestimmt.“ Aus Sätzen wie diesen kann man Enttäuschung und Fassungslosigkeit angesichts abweichender Wertvorstellungen herauslesen – gepaart mit einer gehörigen Portion Arroganz, die den Demokraten bei Trumps zweitem Wahlsieg auf die Füße fiel.

Denn auch 2024 schienen die US-Demokraten in dieser Hinsicht nichts dazugelernt zu haben. Lockrufe à la „Frauen, kommt rüber auf die richtige Seite“ zogen sich durch Harris' Kampagne. So sagte der Milliardär und Harris-Unterstützer Mark Cuban: „Ich denke, Frauen werden in großer Zahl für Harris stimmen. Sie werden nicht auf ihre Ehemänner hören, sondern das Richtige tun.“ Die Schauspielerin Julia Roberts appellierte in einem Werbespot für Harris an die weibliche Solidarität und erinnerte verheiratete Frauen daran, dass ihre Gatten nicht mit ihnen in der Wahlkabine stünden.

Diese Haltung legt nahe, dass Trump-Wählerinnen willfähige, schüchterne Heimchen sind, die nicht selbst denken und entscheiden können und unter den strengen Blicken ihrer Männer Marmelade einkochen. Aber überzeugt man damit die „abtrünnigen“ Frauen? „Je mehr Progressive protestieren, dass konservative Frauen sich in ihrem Selbstbild irren, desto stärker werden diese Frauen“, schrieb Anna Rollins, Kolumnistin beim US-Magazin „Slate“.⁰⁷ „Das ist ein natürliches, menschliches Verhalten. Wenn eine Person einer anderen sagt, dass sie ihre eigene Lebenserfahrung nicht versteht, führt dies nicht zu einer Bekehrung. Es führt zum Gegenteil.“

Tatsächlich weisen konservative Frauen im Gespräch den Vorwurf der Fremdsteuerung von sich, sie treten häufig souverän und machtbewusst auf. Penny Nance, die Vorsitzende des einflussrei-

⁰⁵ Zit. in Annett Meiritz/Juliane Schäuble, *Guns n' Rosé – Konservative Frauen erobern die USA*, Berlin 2022, S. 8.

⁰⁶ Zit. in Wouter van Loon et al., *Mehr Frauen, mehr Reiche. Welche Bevölkerungsgruppen in Europa rechts wählen*, 7.6.2024, www.tagesspiegel.de/interaktiv/mehr-frauen-11777684.html.

⁰⁷ Anna Rollins, *That Julia Roberts Fail*, 6. 11. 2024, <https://slate.com/life/2024/11/election-2024-results-presidential-trump-harris-women.html>.

chen Verbands „Concerned Women for America“, fasste es treffend zusammen: „Wir konservativen Frauen müssen nicht gerettet werden. Wir können uns hervorragend um uns selbst kümmern.“ Dieses Selbstbild unterscheidet sich grundlegend von dem traditionell eher linksliberalen Feminismus. Konservative Frauen sehen sich nicht als Opfer patriarchaler Strukturen, sondern als Beschützerinnen einer moralisch verstandenen Ordnung. Für viele ist der progressive Feminismus zudem eine Bewegung, die sie ausschließt, weil ihre religiösen Überzeugungen oder ihre Haltung zur Abtreibung keinen Platz darin finden. Die Religionszugehörigkeit – überwiegend evangelikal, zunehmend aber auch katholisch geprägt – nimmt einen großen Raum im Selbstverständnis konservativer Frauen in den USA ein. Religiöse Werte werden dabei nicht als persönliche Glaubensentscheidungen, sondern als gesellschaftliche Grundlagen interpretiert, die politisch zu schützen sind. Die christliche Weltanschauung fungiert als moralische Leitlinie, die die Grenzen der individuellen Freiheit neu definiert.

In den Lagerkämpfen zwischen links und rechts spielen diese Frauen, anders als von Hillary Clinton und Michelle Obama behauptet, eben keine passive Rolle, sondern sie prägen die Politik, nehmen Einfluss auf den medialen Diskurs und die Justiz. So waren es während der Coronapandemie zuerst Frauen, die die Massenschließung von Schulen kritisierten. Die Bewegung erfuhr großen Zulauf: Schulschließungen, Maskenpflicht und staatliche Gesundheitsvorgaben wurden von vielen nicht primär als notwendige Maßnahmen wahrgenommen, sondern als Eingriffe in die elterliche Autorität. Die Pandemie wurde damit zu einem Brandbeschleuniger für die politische Mobilisierung konservativer Frauen.

Spätestens in den Pandemie Jahren zeigte sich, dass die amerikanische konservative Frauenbewegung in sich geschlossen auftritt und weniger zerfasert wirkt als der linke Feminismus. Auch deshalb können konservative Frauen ihre Ziele mit Nachdruck verfolgen und dabei erstaunliche Ergebnisse erzielen: So wurde die Abschaffung des bundesweiten Abtreibungsrechts im Sommer 2022 nicht etwa auf Drängen „alter weißer Männer“, sondern wegen der Lobbyarbeit einflussreicher Frauen durchgesetzt. Im Kampf gegen Abtreibung – und neuerdings auch im Kampf für eine Verschärfung der Embryonenschutzgesetze – stehen sie an vorderster Front. Alle großen Anti-Abtreibungsverbände in den USA, häufig mit christlich-religiösem Hin-

tergrund, werden von Frauen geführt. Sie waren es, die mit vereinter Kraft die Klage vor dem Obersten Gericht unterstützten, das schließlich das bundesweite amerikanische Abtreibungsrecht kippte.

Seit Donald Trump vor einer Dekade auf der politischen Bildfläche erschienen ist, sind amerikanische konservative Frauen immer präsenter geworden. 2018 etwa organisierten sie Proteste zur Unterstützung des umstrittenen Supreme-Court-Kandidaten Brett Kavanaugh, der von Trump nominiert worden war und von der Psychologieprofessorin Christine Blasey Ford beschuldigt wurde, sie zu Highschoolzeiten sexuell missbraucht zu haben. Gruppen wie „Concerned Women for America“, „Tea Party Patriots“ oder „Faith and Action“ schlossen sich zusammen, mieteten einen blutroten Bus, ließen ihn mit gigantischen Buchstaben bekleben („Women for Kavanaugh“) und tourten durchs Land. Es war die Gegenbewegung zur #MeToo-Welle und den „Women’s Marches“ einige Jahre zuvor. Teilweise sind es dieselben Protagonistinnen, die heute, in der zweiten Trump-Präsidentschaft, im Weißen Haus ein und aus gehen, den Präsidenten beraten und juristische Klagen im ganzen Land vorantreiben. Der Einfluss konservativer Aktivistinnen in den USA sei „extrem“, sagt die amerikanische Juristin Mary Ziegler. Ohne diese Interessengruppen wäre es nicht so weit gekommen, dass das bundesweite Abtreibungsrecht gekippt wurde, mehrere US-Bundesstaaten Behandlungen für minderjährige Transpersonen verbieten, künstliche Befruchtung und Embryonenforschung eingeschränkt oder flächendeckend Fördermittel für Diversität und Inklusion eingefroren werden.

„SCHOOLBOARD-MOMS“ UND „MAHA-MOMS“

In den vergangenen Jahren ist zudem die Bildungspolitik zu einem weiteren Feld der öffentlichen Auseinandersetzung geworden. Viele konservative Aktivistinnen in den USA sehen in Schulen einen Ort ideologischer Beeinflussung durch linksliberal geprägte Eliten. Um dem entgegenzuwirken, nehmen konservative Frauen Einfluss auf und über Schulbehörden, Elternvereinigungen, Onlinegruppen und Mediennetzwerke. Debatten über Sexualerziehung, Genderidentität, Transrechte oder die Aufarbeitung amerikanischer Rassismusgeschichte haben viele Frauen politisiert und waren bei den vergangenen Wahlen auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene von großer Bedeutung.

Dass sich Eltern und Aktivisten überhaupt so stark einmischen können, ist auch der Struktur der School Boards geschuldet, die eine Aufsichtsfunktion einnehmen: In den USA sind Schulen sehr dezentral organisiert, häufig liegen die Schwerpunkte von Unterricht und Lehrmaterial in der Hand der fast 14 000 Schulbezirke. Meist unbezahlte Freiwillige kandidieren für den Vorstand der Gremien, viele von ihnen sind Eltern oder ehemalige Lehrer. Sie wählen einen Superintendenten, überprüfen das Budget und kümmern sich um die Verwaltung. In diesen politisierten und polarisierten Zeiten können sie in diesen Positionen erheblichen Einfluss nehmen. Besonders die Republikanische Partei hat dieses Potenzial erkannt. Die US-Republikaner haben die Schule längst als Mobilisierungsthema entdeckt, sie nutzen die Debatten über die Qualität und Ausgestaltung der Schulbildung, um die konservative Basis zu elektrisieren. Die Partei kann dabei auf engagierte Aktivistinnen zählen und auf einen Apparat im Hintergrund, der die Kontroversen am Köcheln hält. Eltern werden „viel zu wenig eingebunden, sie fühlen sich entmachtet“, sagt etwa Nicole Neily, die während der Coronapandemie eine Interessenvertretung gründete. Die Aktivistin sieht in Schulen eine Art „Ground Zero“ für einen Kulturkampf, auf dem ausgefochten wird, wie das „echte Amerika“ aussehen soll.

Eine andere wichtige Bewegung – die sich zum Teil am europäischen Homöopathie-Boom sowie der europäischen Lebensmittelregulierung orientiert⁰⁸ – ist die ebenfalls sehr weiblich geprägte „Make America Healthy Again“-Strömung (MAHA), angeführt von Trumps Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. Die US-Influencerin Alex Clark zum Beispiel, die eng mit dem Kennedy-Team verbunden ist, spricht in ihrem Podcast „Culture Apothecary“ über „toxinfreies Leben“ mit unpasteurisierter Milch und natürlicher Verhütung, aber auch über ein Leben ohne Röntgen, Ultraschall und Impfungen. Damit zieht sie in den USA ein immer größeres, junges und meist weibliches Millionenpublikum an. Clark ist ein Aushängeschild der MAHA-Bewegung, die der Pharmaindustrie misstraut und sich für alternative Heilmethoden begeistert.

Die weibliche, konservative US-Bewegung gerade im Bereich MAHA führt vor Augen, wie ent-

scheidend digitale Kommunikationsräume für politische Entwicklungen sind. Influencerinnen, Lifestyle-Inszenierungen auf Instagram und TikTok sowie Communitys, die Gleichgesinnte finden lassen, können konservative Weltbilder gleichzeitig ästhetisieren, emotionalisieren und professionalisieren. Der Einfluss entsteht weniger durch traditionelle Parteipolitik, sondern durch soziale Medien als Bühne. Auch in Europa sollte man verstehen, dass konservative Frauenbewegungen nicht „altmodisch“ kommunizieren, sondern modern – und dass die emotionale Ebene wichtiger sein kann als programmatische politische Inhalte. Gepaart mit gesellschaftlichen Krisenerfahrungen können sich auch junge Frauen von rechtskonservativen und sogar radikalen Botschaften angesprochen fühlen. So schwappen Teile der sogenannten „Tradwife“-Ästhetik (Vintage-Kleidung, „homemaking“, „naturverbundenes Muttersein“) auch in die sozialen Medien des deutschsprachigen Raums, Skandinaviens und Osteuropas herüber. Vor allem jüngere Frauen, die vom feministischen Credo der Vereinbarkeit von Kind und Karriere desillusioniert sind, werden damit abgeholt. Die konservative Gegenbewegung verspricht eine Aufwertung häuslicher und familiärer Rollen – nicht als Unterdrückung, sondern als bewusste und souveräne Lebensentscheidung.

WIRD EUROPA WIE DIE USA?

Das bedeutet nicht, dass daraus automatisch eine politische Massenbewegung wird. Schließlich unterscheidet sich Europa auf mehreren Ebenen erheblich von den USA. Religiöse Bindungen sind schwächer ausgeprägt, das Bildungssystem ist staatlicher organisiert, die Medienlandschaft ist pluraler, und es existiert kein Gericht wie der Supreme Court mit vergleichbarem gesellschaftlichen Gestaltungswillen. Europäische Staaten stellen zudem vergleichsweise umfassende soziale Sicherungssysteme bereit (Mutterschutz, Elternzeit, Kindergeld), was Forderungen wie „Zurück zur Familie“ weniger radikal wirken lässt. Und: In den USA gibt es ein stark polarisiertes Zwei-Parteien-System, das identitätspolitische Konflikte deutlich zuspitzt, sowie eine stärker gesplante Massenmedienkultur.

Gleichzeitig zeigt sich aber, dass kulturelle Konflikte zunehmend international ausgetragen werden und rechtspopulistische, nationalistische und rechtskonservative Parteien sich spätestens seit Trumps zweitem Wahlsieg in rasantem Tempo transatlantisch vernetzen – eine Entwicklung,

⁰⁸ Vgl. Annett Meiritz, Trumps Gesundheitsminister will sich an Europa orientieren, 22.3.2024, www.handelsblatt.com/100112732.html.

die wir in unserem Buch „Die Allianz der Neuen Rechten“ beleuchten.⁹⁹ Das bedeutet in der Praxis, dass konservative Influencerinnen aus den USA in Europa wachsende Reichweite bekommen – und dass rechtskonservative Leitthemen wie „Anti-Wokismus“, „Anti-Eliten“ und „Anti-Migration“ auf beiden Seiten des Atlantiks vorangetrieben werden. Der Rechtsruck bei den Europawahlen 2024 zeigte: Europa ist zumindest empfänglich für jene Dynamiken, die die USA prägen.

Dieser Schulterschluss der transatlantischen Rechten hat weibliche Aushängeschilder. So beantragte die rechte Aktivistin Naomi Seibt, Social-Media-Influencerin und Unterstützerin der AfD, 2025 in den USA Asyl. Seibt sagte uns im Zuge der Recherchen für unser Buch, sie werde in Deutschland wegen ihrer politischen Ansichten verfolgt; sie sei ein Ziel „der Überwachung durch den Geheimdienst“ und von „Verleumdung durch staatliche Medien“. Im November 2025 erklärte die Trump-Vertraute und republikanische Abgeordnete Anna Paulina Luna öffentlich, sie unterstütze Seibt und werde sich beim US-Außenministerium dafür einsetzen, dass diese Asyl erhalte. Die Trump-Regierung hatte zuvor signalisiert, Europäer aufnehmen zu wollen, die in ihrer Heimat „wegen ihrer Ansichten verfolgt werden“. Das Ganze hat eine ernsthafte und diplomatisch weitreichende Dimension – denn sollten die USA tatsächlich einer deutschen Staatsbürgerin Asyl gewähren, weil diese angeblich „politisch verfolgt“ wird, würde das sicher zu neuen transatlantischen Spannungen führen.

WOHIN STEUERT DIE BEWEGUNG?

Die Frage, ob Donald Trump das Leben der amerikanischen Frauen besser gemacht hat, ist ein Jahr nach seinem Amtsantritt klar zu beantworten: Nein. Trump holte zwar seine Wahlkampfmanagerin Susie Wiles als Stabschefin ins Weiße Haus – als erste Frau in der Geschichte der USA auf diesem Posten. Doch ansonsten sind Frauen in Machtpositionen nach wie vor rar, nur jedes zehnte größere Wirtschaftsunternehmen in den USA hat einen weiblichen Boss. Außerdem lebten 2024 rund

23 Millionen Frauen und Mädchen in den USA in Armut,¹⁰ und die USA führen weiter internationale Statistiken bei der Müttersterblichkeit in wohlhabenden Industrieländern an – Missstände, die weder demokratische noch republikanische Regierungen bislang in den Griff bekommen haben.

Der Abgang einer einst besonders radikalen Trump-Anhängerin wird derweil als mögliches Indiz für eine Spaltung der MAGA-Bewegung interpretiert: Was die republikanische Abgeordnete Marjorie Taylor Greene nach ihrem Ausscheiden aus dem US-Repräsentantenhaus als Nächstes tun wird, ist offen. Eine Möglichkeit, die für das Team Trump eine Herausforderung darstellen würde: Sie könnte zur Trendsetterin werden, indem sie die reine America-first-Lehre authentischer vertritt, als es die derzeitige Regierung tut.

Fest steht, dass konservative Frauen heute eine der entscheidenden mobilisierenden Kräfte der amerikanischen Rechten sind, sowohl als Aktivistinnen in Gemeinden und Schulbezirken als auch als Politikerinnen, Richterinnen, Influencerinnen und Organisatorinnen ganzer Wahlkampfapparate. Ihr Einfluss ist in allen Bereichen des amerikanischen Alltags spürbar. Bei jeder Debatte, jeder politischen Entscheidung reden sie mit, ob es um Abtreibung, Steuern, zensierte Schulbücher, Rassismus oder Impfmandate geht. Sie bestimmen maßgeblich die institutionelle Ausrichtung des Landes, etwa bei der Besetzung des Supreme Court, im Bildungsbereich oder in der Familien- und Gesundheitspolitik. Ihre Bewegung ist zugleich modern und antimodern, digital vernetzt und traditionell verankert, emanzipatorisch in der Form und konservativ im Ergebnis.

Durch diese Ambivalenz fällt es vielen Beobachtern, auch in Europa, schwer, sie einzuordnen und ihre Wirkung zu greifen. Doch wer die Dynamiken der amerikanischen Gesellschaft und Politik verstehen möchte, kommt an dieser Bewegung nicht vorbei.

ANNETT MEIRITZ

ist Korrespondentin für Außen- und Sicherheitspolitik im „Handelsblatt“-Hauptstadtbüro. Bis Herbst 2025 war sie US-Korrespondentin in Washington, D.C.

JULIANE SCHÄUBLE

ist US-Korrespondentin der „Zeit“ in Washington, D.C. Bis Sommer 2025 war sie in gleicher Funktion für den „Tagesspiegel“ tätig.

⁹⁹ Vgl. Annett Meiritz/Juliane Schäuble, *Die Allianz der Neuen Rechten – Wie die Trump-Bewegung Europa erobert*, München 2025.

¹⁰ Vgl. National Women's Law Center, NWLC Resources on Poverty, 16.9.2025, <https://nwlc.org/resource/nwlc-resources-on-poverty-income-and-health-insurance>.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Januar 2026

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Leontien Potthoff (Volontärin)
Isabel Röder
Luise Römer
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
10/2026, 28. Februar 2026

ERBEN



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz